Nummer 30 | Stuttgart, 25. Juli 1914 | 32. Jahrgang

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Röteſtraße 16a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgespaltene Kolonelzeile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von 575000 EXEMPLAREN erscheint diese Ztg.

Wirtschaftliche Rundschau.

Am deutschen Eisenmarkt ist im Juni wieder eine völlige Geschäftsstille mit neuen Preisrückgängen eingetreten, auch von den ausländischen Märkten lauten die Schilderungen recht unerfreulich. Eine Großbank äußert nun in ihrem letzten Wochenbericht die Auffassung, daß diese Verhältnisse von günstiger Wirkung auf die Bestrebungen zur Verbandsbildung in der Eisenindustrie sein werden. Inzwischen haben die Verhandlungen zur Gründung von Verbänden für Stabeisen, Bleche und Röhren allerdings keinen weiteren Fortschritt, sondern einen Rückschritt erfahren, die vorläufigen Preisvereinbarungen der Röhrenwerke, die bis zum 15. August Geltung haben sollten, sind bereits jetzt aufgehoben worden, weil die Voraussetzungen für das Zustandekommen eines festen Röhrenkartells, das nach dem 15. August hätte in Kraft treten sollen, zunächst fehlen. Für Mitte September sind neue Verhandlungen geplant, angeblich sind unerwartete Schwierigkeiten durch Sonderforderungen schlesischer Werke entstanden. Die Rohrpreise haben in kurzer Zeit abermals einen Tiefstand erreicht, sie sind niedriger als vor der Erhöhung durch das provisorische Kartell. Auf einem andern Gebiete der Eisenindustrie ist der Wettbewerb in jüngster Zeit stark eingeengt oder ausgeschaltet worden, und zwar durch Anschluß der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft an das Schiffbaustahlkontor. Dieses Kontor verfolgt den Zweck, den Verkauf von Material für den Bau von Seeschiffen gemeinsam zu betreiben, es bezweckt also die Kartellierung bestimmter Eisenerzeugnisse, besonders von Platten und sogenanntem Profilstahl. Erst nach scharfen Preiskämpfen ist die Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft, der von den übrigen Mitgliedern die geforderte Beteiligungsmenge nicht zugestanden worden war, dem Kontor beigetreten. In der Zeit des Wettbewerbs ist der Preis für Schiffbaustahl bis um 30 M. für die Tonne ermäßigt worden.

Im Gegensatz zu fast allen anderen Zweigen der deutschen Eisenindustrie blieb die Entwicklung unserer Weißblechfabrikation lange zurück. Neuerdings sind die deutschen Weißblechwerke nach ihren Angaben in der Lage, den Weißblechbedarf Deutschlands annähernd zu decken. Beteiligt sind von deutschen Unternehmungen an der Weißblecherzeugung die Hüstener Gewerkschaft, die Abteilung Westfälische Union des Phönix, die De Wendel-Werke in Hayingen, die Dillinger Hüttenwerke, die Rasselsteiner Eisenwerksgesellschaft m. b. H. bei Neuwied, die Vereinigten Stahlwerke Wissen van der Zypen und das Blechwalzwerk Capito & Klein in Benrath am Rhein, das der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft nahesteht. Im vorigen Jahre nahmen noch zwei kleinere Werke die Weißblecherzeugung auf. Alle Weißblechwerke Deutschlands sind im Weißblech-Verkaufskontor zusammengeschlossen. Im Jahre 1913 ist die Einfuhr von Weißblech aus England, die bisher zur Versorgung des deutschen Marktes erforderlich war, von 48 000 Tonnen bis auf 12 000 Tonnen zurückgegangen, in den letzten Monaten setzte sich die Abnahme der Einfuhr englischer Weißbleche fort. Kaum hat nun die deutsche Weißblecherzeugung den Stand erreicht, der eine Einfuhr entbehrlich machen könnte, so schicken sich die kartellierten Weißblechwerke an, den englischen Wettbewerb gänzlich zu unterbinden. Dieses an sich gewiß erstrebenswerte Ziel wollen die deutschen Weißblechwerke, die dazu noch durch einen Zoll auf Weißblech von 5,50 M. für den Doppelzentner gegen den englischen Wettbewerb geschützt sind, aber keineswegs durch eine entsprechende Preisgestaltung erreichen. Von der Firma L. H. Stein in Köln, die zu dem schon genannten Weißblechkontor gehört, wird nach dem Berliner Tageblatt beabsichtigt, die gesamte Erzeugung der deutschen Weißblechwerke einer neuzugründenden Gesellschaft mit beschränkter Haftung zum Verkauf zu überweisen. Diese Gesellschaft wird die ihr von dem Weißblechsyndikat überwiesene Ware an die Händler, das heißt an die Anteilseigner der G. m. b. H., verteilen, und es verlautet, daß den Händlern von vornherein eine Vorzugsprämie von 1½ bis 2 Prozent auf die Abschlußpreise zugebilligt werden soll. Die Händler müssen dagegen die Verpflichtung übernehmen, den Verkauf von Weißblech englischer Herkunft auszuschalten. Damit nicht genug, die deutschen Weißblechwerke fordern eine Verschärfung des schon hohen Schutzzolles durch Aufhebung des bisher zollfreien Veredlungsverkehrs von Weißblech. Eine Erfüllung dieses Verlangens bedeutete die Aufrichtung einer unbeschränkten Herrschaft der kartellierten Weißblechfabrikanten. Die Weißblechfabrikanten, die jetzt englisches Weißblech einführen und die daraus hergestellten Blechwaren unter Rückvergütung des Zolles ausführen, wären der Willkür der in dem Weißblechkontor vereinigten Händler und Fabrikanten ausgeliefert. Durch die Aufhebung des zollfreien Veredlungsverkehrs würden dem Weißblechkartell geradezu die Wege zu dem rücksichtslosesten Monopolmißbrauch geebnet werden.

Wächst die deutsche Weißblechindustrie weiter, so wird wahrscheinlich bald festzustellen sein, daß deutsche Weißbleche nach dem Auslande billiger als im Inlande verkauft werden. Diese Uebung der deutschen Kartelle blüht jetzt, sie erschwert den weiterverarbeitenden Industrien das Auslandsgeschäft naturgemäß beträchtlich. Wie die Rheinisch-Westfälische Zeitung mitteilt, hat in letzter Zeit in Kreisen der weiterverarbeitenden Eisenindustrie wieder lebhaftere Bewegung eingesetzt, um die Aufhebung der Roheisenzölle durchzusetzen. Nachdem die deutsche Eisenindustrie am Weltmarkt gegen alle wettbewerbenden Länder die stärkste Stellung erlangt hat, läßt sich die Beibehaltung der Roheisenzölle durch nichts mehr rechtfertigen. Wäre die deutsche Wirtschaftspolitik nicht allein darauf eingestellt, den Zwecken des Großkapitals zu dienen, so müßte zum Schutze der kleineren, wirtschaftlich schwächeren Industrien der Weiterverarbeitung schleunigst nicht nur mit den Eisenzöllen, sondern mit zahlreichen anderen staatlichen Zuwendungen, die das Montankapital genießt, aufgeräumt werden. Es sei vor allem dabei auf die vielen billigen Ausnahmetarife hingewiesen, die die Eisenbahnverwaltungen den großen Montanwerken zur Verbilligung der Ausfuhr auf Kosten der Allgemeinheit gewähren.

Von den großen gemischten Betrieben wird der Wettbewerb in der Kleineisenindustrie mehr und mehr verschärft. So macht sich nach vorliegenden Berichten am Nieten- und Schraubenmarkt seit einiger Zeit starkes Angebot der Firma Thyssen & Co. bemerkbar, die die Herstellung dieser Gegenstände aufgenommen hat. Die zahlreichen Fabriken, die sich mit der Herstellung von Nieten und Schrauben beschäftigen, sind durch diesen Wettbewerb beunruhigt worden. Man fürchtet, daß die großen gemischten Werke bei der ungünstigen Geschäftslage für Roh- und Halberzeugnisse noch stärker in die Fertigindustrie eindringen, wodurch das Bestehen auch dieser kleineren und mittleren Betriebe ernstlich gefährdet wird. Natürlich werden die Großindustriellen, die die kleineren und mittleren Unternehmungen an die Wand drücken, sich nach wie vor als die Schützer des Mittelstandes aufspielen, sahen sie doch, daß die sogenannten Mittelstandskreise, die in dem rastlos weiterwachsenden Großkapital ihren Todfeind erblicken müssen, blind für die wirkliche Gefahr, sich immer von neuem für die politischen und wirtschaftlichen Zwecke des Großkapitals einfangen lassen.

Wieder liegt ein Schulbeispiel für das Verfahren besonders gewinnreicher Gesellschaften vor, durch Kapitalserhöhungen den Dividendensatz einschneidend zu kürzen. Von der bayerischen Eisenwerkgesellschaft Maximilianshütte wird bei einem Bruttogewinn von 7 791 425 M. gegen rund 8 Millionen im vorigen Jahre nach Abschreibungen von 4 078 094 M. gegen 3 413 253 M. im vorigen Jahr eine Dividende von 19,60 Prozent (im vorigen Jahr 30,33 Prozent) zur Verteilung vorgeschlagen. Im verflossenen Jahr wurden aus dem allgemeinen Betriebs- und Amortisationsfonds 1 674 250 M. entnommen, um durch Zahlung von 258,71 M. auf jede Aktie von 1000 Gulden eine Umwandlung dieser Aktien in Aktienstücke von je 2000 M. zu bewirken. Ferner wurde das so auf 11,72 Millionen Mark erhöhte Aktienkapital auf 23,44 Millionen vermehrt, und zwar durch Ausgabe von neuen Aktien zum Kurse von 100 Prozent, obwohl die alten Aktien damals einen Kurs von 785 Prozent hatten. Auf jede alte Aktie konnte eine neue Aktie zu dem Kurse von 100 Prozent bezogen werden. Die neuen Kapitalien, auch die aus der Gesellschaftskasse gezahlten 1,67 Millionen Mark, nehmen nun an der Dividende für 1913/14 vom 1. Oktober 1913 an, also zur Hälfte teil. Es besteht kein Zweifel daran, daß der Dividendensturz das gewollte Ergebnis der von der Gesellschaft im vorigen Jahr durchgeführten Kapitalsverwässerung ist, die Geschäftsverschlechterung hat das Ergebnis der Gesellschaft nur in sehr geringem Maße beeinträchtigt.

Recht verschieden wird die Geschäftslage in der Automobilindustrie beurteilt, die Berichte der einzelnen Fabriken selbst weichen sehr von einander ab. Im ganzen genommen, schreibt die Frankfurter Zeitung, habe die Automobilindustrie unter der sinkenden Konjunktur um so mehr zu leiden, als, soweit der Luxuswagenbau in Betracht komme, die Nachfrage und die Preisgestaltung nennenswert gelitten haben dürften. Dies gelte für das europäische Ausland und die dortigen Interessen der deutschen Automobilindustrie wohl in noch stärkerem Maße als für das Inland. Angekündigt wurde ein Dividendenrückgang der Automobilfabrik Benz & Co. von 12 auf 10 Prozent für das am 30. April beendete Geschäftsjahr. Sehr stark hat die Gesellschaft ihr Aktienkapital vermehrt, sie erhöhte es im Sommer 1912 um 4 auf 16 Millionen, und im Herbst 1913 weiter um 6 auf 22 Millionen. Dabei stieg die Dividende in den letzten drei Jahren jedesmal um 2 Prozent, sie stellte sich auf 8, 10 und 12 Prozent. Für 1913/14 nehmen an der Dividende die ganzen 22 Millionen Mark teil, deshalb wird die Dividende von 10 Prozent mit 2,20 Millionen Mark diesmal noch 280 000 M. mehr beanspruchen als im Vorjahr die Dividende von 12 Prozent. — Beschlossen wurde von den Hansa-Lloyd-Werken in Bremen, zur besseren Ausnutzung ihrer Automobilwerke in Varel und Bremen die Bielefelder Automobilfabrikation nach Varel und Bremen zu verlegen und „eine anderweitige Verwendung" ihres im vorigen Jahr von der A.-G. Ramesohl & Schmidt gekauften Bielefelder Werkes in Aussicht zu nehmen. Die nach Angabe der Verwaltung mit gutem Erfolg arbeitende Verkaufsabteilung Bielefeld nebst umfangreicher Reparaturwerkstätte und Garage soll bestehen bleiben. Die Hansa-Lloyd-Werke sind erst im April dieses Jahres aus einer Vereinigung der Hansa-Automobilwerke in Varel und der dem Norddeutschen Lloyd nahestehenden Norddeutschen Automobil- und Motoren-Aktiengesellschaft hervorgegangen. — Zwei andere Automobilfabriken werden demnächst eine Vereinigung vollziehen. Die A.-G. Elite-Motorenwerke in Brand-Erbisdorf beruft eine außerordentliche Generalversammlung zur Beschlußfassung über Erhöhung des Aktienkapitals um 300 000 M. und Ankauf einer auswärtigen Automobilfabrik ein.

Zu dem Rückgang der Dividende von 12 auf 10 Prozent bei der Maschinenbau-Aktiengesellschaft vormals Beck & Henkel in Kassel für das Jahr 1913/14 führt der Geschäftsbericht aus, daß infolge der rückgängigen Konjunktur der Umsatz in Kassel auf 2,27 (im Vorjahre 2,62) Millionen Mark und bei der Eisengießerei auf 0,61 (0,66) Millionen Mark zurückging. Da sich auch die Abwicklung gewinnbringender größerer Aufträge wider Erwarten verzögerte, verminderte sich der Reingewinn. — Von der A.-G. Johannes Haag (Maschinen- und Rohrenfabrik) in Augsburg wird für 1913/14 eine Dividende von 5 Prozent gegen 4 Prozent im Vorjahr zur Verteilung vorgeschlagen. Wesentlich stärker als diese Dividendenerhöhung vermuten läßt, ist der Reingewinn gestiegen, nach Abzug aller Abschreibungen wird er mit 166 294 M. gegen 46 496 M. im Vorjahre ausgewiesen, zuzüglich des Gewinnvortrages von 32 025 M. beträgt er 198 320 M.; im Vorjahre stellte er sich einschließlich des Gewinnvortrages von 61 562 M. auf 108 058 M. Die Dividende beansprucht bei einem Kapital von 1,60 Millionen Mark 80 000 M., zu Gratifikationen werden 10 000 M. verwendet, der außerordentlichen Reserve werden 15 000 M., dem Pensionsfonds 10 000 M., der Talonsteuerreserve 5000 M. überwiesen, zum Vortrag auf neue Rechnung kommen 55 708 M. — Die Isaria-Zählerwerke in München verteilen wieder eine Dividende von 10 Prozent. Die Gesellschaft Brown-Boveri & Cie. in Baden (Schweiz), zu deren Unternehmen die Isaria-Gesellschaft gehört, weist nach Abschreibungen von 2,6 Millionen gegen 1,5 Millionen Franken im Vorjahr einen Reingewinn von 3,09 Millionen gegen 2,7 Millionen Franken im Vorjahre aus, die Dividende steigt von 8 auf 9 Prozent.

Nach unwidersprochen gebliebenen Berichten ist der Abschluß eines deutsch-englischen Diamantentrusts erfolgt. Seit Mitte Juni tagte in London eine Diamantenkonferenz, an der Vertreter des deutschen Kolonialamts, der Diamantenregie sowie der südafrikanischen Regierung und der südafrikanischen Diamantengesellschaften teilnahmen. Bei den Beratungen ist ein grundsätzliches Einverständnis erzielt worden, demzufolge die auf der Konferenz vertretenen Förderer in Zukunft ihre Ausbeute durch eine gemeinsame Verkaufsagentur vertreiben lassen. Als gemeinsame Verkaufsagentur wurde endgültig das De Beers-Syndikat bestellt, und der Verkauf wird abwechselnd in den Geschäftsräumen der drei Firmen stattfinden, die dieses Syndikat bilden. Was die Erzeugungsbeschränkungen anlangt, so setzten die deutschen Unternehmer ihre Förderung von 1½ Millionen Karat auf 1 Million jährlich herab, die englischen die ihrige von einem Jahreswert von 260 Millionen auf 200 Millionen Mark. Die Verkaufspreise bleiben bestehen, was für die deutschen Diamanten gegen die Preise unter der Herrschaft des früheren Antwerpener Syndikats eine 30prozentige Erhöhung bedeutet. Eingeleitet wurde die neue Diamantenpolitik im Frühjahr durch den Verkauf südwestafrikanischer Diamanten an die zur De Beers-Gruppe gehörende Firma L. Breitmeyer & Co. in London, bis dahin hatte die deutsche Diamantenregie es grundsätzlich abgelehnt, ihre Diamanten in die Hände der De Beers-Gruppe gelangen zu lassen.

Die Schuldigen.

II.

E. Noch einmal leuchtete dem Zentrum die Hoffnung, die sozialpolitische Aera von Anno dazumal zum Wiederaufleben zu bringen. Es war nach der Blockwahl im Frühjahr 1907. Die Herren von der schwarzen Partei, die sich aus ihrer ausschlaggebenden regierenden Stellung verdrängt sah, gedachten der Regierung ihre Furchtbarkeit und den Massen im Lande ihre Unentbehrlichkeit zu zeigen. Sie interpellierten den Reichskanzler über den Fortgang der Sozialpolitik (Arbeitskammern, Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, Zehnstundentag für Fabrikarbeiterinnen). Die Regierung drückte durch den Grafen Posadowsky ihr Wohlwollen zu diesen Forderungen aus und die übrigen bürgerlichen Parteien bekundeten ihre Bereitwilligkeit, an dem Ausbau der Sozialreform mitzuwirken. Sonst nichts! Weder der Regierung noch den bürgerlichen Parteien fiel es ein, sich auf etwas Bestimmtes zu verpflichten und auch Graf Posadowsky „hoffte" nur, daß entsprechende Gesetzesvorlagen in der nächsten Tagung eingebracht würden. Niemand wußte, ob und wann und wie es geschieht — aber das Zentrum war in Jubelstimmung. Der Erfolg sei durchschlagend gewesen — schrieb die Essener Volkszeitung. Die Arbeiter sollten sich freuen, sie seien, da alle Parteien sich für die Fortführung der Sozialreform ausgesprochen hätten, die lachenden Dritten. Glück auf zum neuen sozialen Kurs! — schloß das Blatt seinen Jubelartikel. Und damit man nicht meine, es handle sich hier um eine ausnahmsweise heitere Gemütsstimmung eines vereinzelten Zentrumsblattes, höre man, was der Bayerische Kurier sich leistete:

„Die erste positive Arbeit im neuen Reichstage hat die ausgeschaltete Zentrumsfraktion geleistet und ihr ist auch die erste Frucht zugefallen. Die Bahn ist frei und geebnet für eine zielbewußte Sozialreform. Hier wird das Zentrum nun doppelt arbeiten, nachdem es von dem Ballast der Regierungsfreundlichkeit befreit ist.... Wir kennen seit 1890 keine Zeit, in der so sicher und kräftig vorwärts geschritten wurde. Wir freuen uns dessen, wenn wir sehen, wie die Rechte und Linke sich immer mehr dem Zentrumsstandpunkte nähert. Somit ein Zentrumssieg auf der ganzen Linie!"

Die „positive Arbeit", die das Zentrum geleistet hat, bestand in einer Interpellation, und der „Sieg", den es schon errungen, in nichtssagenden Erklärungen der Regierung und der übrigen bürgerlichen Parteien. Und hoch erfreut waren auch die Zentrumsleute in den christlichen Gewerkschaften. Bei ihnen hatte schon der Rückgang des sozialdemokratischen Mandatsbestandes einen Veitstanz der Freude erregt. Was kann es für ein Christenherz auch erhebenderes geben, als eine Niederlage der Sozialdemokratie; was vermag einen christkatholischen Arbeiterführer mit höherer Wonne zu erfüllen, als wenn sozialdemokratische Arbeitervertreter durch Scharfmacher und Arbeiterfeinde ersetzt werden! Und dann, als die Sozialdemokratie mit der Hälfte ihres früheren Besitzstandes in den Reichstag einzog, hofften die Christlichen, die Regierung und die Parteien zu entschiedenem Ausbau der Sozialreform zu veranlassen, da nun ja die Befürchtung widerlegt schien, daß sozialpolitische Zugeständnisse nur der Partei des Umsturzes zum Vorteil gereichten. Jetzt mußte man Sozialpolitik treiben im Interesse der christlichnationalen Arbeiterbewegung, deren Führer sich schon mitten drin in der Ernte sozialpolitischer Erfolge sahen. „Die Bahn ist frei für eine machtvolle Arbeiterbewegung, die

sich auf den Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung stellt", schrieb das Blatt des christlichen Holzarbeiterverbandes nach der Wahl. Die **Baugewerkschaft** stellte eine „gewaltige Niederlage" der Sozialdemokratie fest, ermahnte die christlichen Arbeiter, die Gelegenheit auszunutzen, wenn jene Niederlage dauernde Erfolge haben solle. Und zum Schluß hieß es:

„Eine Mahnung aber auch an das neue Parlament, ein wahres Volksparlament zu sein, das die Rechte der Arbeiter anerkennt und ihren Wünschen Rechnung trägt — und das sind: größere politische Freiheiten, vermehrte Heranziehung von Arbeitern zu öffentlichen Aemtern, eine gesunde Fortführung der Sozialreform —, kurzum: soziale Gerechtigkeit nach allen Seiten!"

Auch das amtliche Zentralblatt der Christlichen äußerte sich zu der Sachlage. Es brachte in seiner Nr. 3 vom 11. Februar 1907 einen Aufruf des Gesamtverbandsvorstandes, worin neben der Mahnung, die günstige Gelegenheit zur Stärkung der christlichen Gewerkschaften zu benutzen, auch die Erwartung ausgesprochen wurde, daß der neue Reichstag „sozialpolitisch fortgeschritten arbeiten" werde. Und in einem von der Redaktion des Zentralblattes angefügten Artikel hieß es, daß die endgültige Beseitigung der sozialdemokratischen Gefahr nicht in der Wegnahme von einigen Dutzend Mandaten, sondern darin liege, daß man ihr den Zuwachs neuer Anhänger abschneide und sodann die irregeführten Mitläufer möglichst zurückzugewinnen sucht. Das könne und werde aber nur geschehen durch eine entschiedene Förderung der christlichen Arbeiterbewegung und den entschiedenen Ausbau der sozialen Gesetzgebung.

Es wäre ein billiges Vergnügen, an den Geschehnissen der folgenden Zeit, namentlich an der Wahl vom Januar 1912, den christlichen Führern zahlenmäßig nachzuweisen, was es mit der „zerschmetternden Niederlage" der Sozialdemokratie und dem Bestreben, ihr dauernde Wirkung zu verschaffen, für eine Bewandtnis hat, oder an dem Wachstum der freien und der christlichen Gewerkschaftsbewegung von 1907 bis heute den Nachweis zu führen, auf wessen Seite die Erfolge sind. Wir versagen uns dieses Vergnügen in der Annahme, daß den Christlichen diese Dinge bekannt sind. Und wie steht es mit der Erwartung, daß die Sozialreform entschieden in Angriff genommen und weiter ausgebaut werde? Man schlage ein christliches Gewerkschaftsblatt oder den Tagungsbericht einer Organisation der christlichnationalen Arbeiterbewegung aus der Zeit von 1907 bis heute nach — und man wird überall und sich mit jedem Jahr verstärkende Klagen über den Stillstand der Sozialreform, über wachsende Unlust der Parteien und sich mehrenden Widerstand des Unternehmertums gegen die Sozialpolitik finden. Konservative und Nationalliberale voran und das Zentrum, wenn auch unter Wahrung eines gewissen Abstandes und unter dem Schein eines gewissen Bedauerns, hinterdrein. Und hier liegt die Wurzel des Uebels, hier sind die Schuldigen des sozialpolitischen Stillstandes: die Parteien wollen nicht und deshalb will auch die Regierung nicht. Die kaiserlichen Erlasse bleiben unerfüllt, weil Konservative, Nationalliberale und Ultramontane ihre Erfüllung nicht wollen!

Aber sind nicht auch die Arbeiter an diesem bedauerlichen Zustand mitschuldig? Gewiß, diejenigen, die sich um nichts kümmern, die weder gewerkschaftlich organisiert sind und womöglich auch nicht einmal oder doch nur gedankenlos und dann gewöhnlich den Unrichtigen wählen. Die **Gleichgültigkeit und Gedankenlosigkeit weiter Kreise der Arbeiter** ist die Grundlage für die Macht der Arbeiterfeinde. Hätten wir statt 2½ Millionen die doppelte Zahl klassenbewußter Leute in unseren Organisationen, es stände besser um die Sozialreform und die Arbeiterklasse in Deutschland. Dazu kommt als zweiter, die Macht der Arbeiterfeinde stärkender Umstand die **Uneinigkeit der Arbeiter**, die unselige Zerrissenheit in verschiedene Organisationsrichtungen, die widereinander streiten und von denen die Gelben und Christlichen keine Bedenken tragen, ihren kämpfenden Klassengenossen in Zeiten schwerster Not in den Rücken zu fallen. Das Gefolge mag's aus Dummheit tun, aber die Führer tun es mit Ueberzeugung und Berechnung, und hier handelt es sich um Taten, die doppelt ins Gewicht fallen: einmal wegen ihrer moralischen Verwerflichkeit, dann aber wegen ihrer, die äußere wie die innere Kraft der Arbeiterklasse schädigenden Wirkung.

Und in letzter Linie kommen wir damit auf den Feind im eigenen Lager, auf den Feind, den wir am tiefsten hassen, der uns umlagert schwarz und dicht: den Unverstand der Massen, der die Arbeiter abhält, ihre wirkliche Lage zu erkennen und ihre Freunde von ihren Feinden zu unterscheiden, der ihre Kampfesreihen schwächt und die der Gegenseite: der Scharfmacher und Rückwärtsler stärkt. Diesem Feinde gilt es zu Leibe zu rücken. Aufklärung unter den uns fern oder feindlich gegenüberstehenden Arbeitern, Aufklärung an unseren Anhängern, daß sie aus bloßen Mitgliedern selbstbewußte Kämpfer werden, äußere Stärkung und innere Festigung unserer Organisationen — das ist unsere Aufgabe, das ist der Weg, der zu unserm Ziele führt: menschenwürdiges Dasein, gleicher Anteil an den Kulturgütern und den staatsbürgerlichen Rechten.

Ferien.

Wir sind nun wieder in die Zeit der Ferien gekommen und die sogenannte Hochsaison ist in lebhaftestem Gange. Ein Teil der Schulen ist bereits geschlossen und die andern werden mit der Betriebseinstellung bald nachfolgen. Die Schüler erleben ihre glücklichste Zeit. Schulfreie Wochen sind für jeden Schüler ein Ideal und ein um so höheres, wenn diese köstlichen Ferien in die schöne Sommerszeit fallen. Leider werden Tausende Proletarierkinder auch um dieses Jugendglück betrogen. Warten doch ausbeutungswütige und profithungrige Agrarier, vor allem die volksverachtenden Junker gerade auf die Schulferien, um viele und billige, fast kostenlose Arbeitskräfte in den armen Kindern zu erhalten. Die Junker kennen daher auch keine Schulferien mit freien Wochen für die Jugend ohne Unterschied, sondern sie reden von **Getreide-** und **Kartoffelferien**. Also nicht der Kinder wegen besteht die Einrichtung der Schulferien, sondern nur der Agrarier wegen.

Es folgen die Gerichtsferien und die Ferien aller reichen Leute, die es haben und vermögen. So sind auch die regierenden Kreise alle in den Ferien, entweder auf Reisen oder für Wochen einquartiert in Hotels oder Villen in den Kur- und Badeorten, so daß wir eigentlich während dieser Zeit gar keine Regierung haben. Das ist gewiß kein Landesunglück, denn gar oft wäre es für das Volk besser, gar keine Regierung zu haben als eine solche, die es gewöhnlich hat. Indessen ist ja der Regierungsapparat da, die untere und obere Bureaukratie, so daß sich das Regieren automatisch vollzieht.

Auch ein großer Teil des Mittelstandes macht Ferien; das staatliche, kommunale und private Beamtentum und nun endlich auch Tausende von Arbeitern, die freilich nicht nach kostspieligen großartigen Genüssen und Vergnügungen jagen, sondern schon darüber glücklich sind, daß sie einmal für kurze Zeit von der alltäglichen Fron ohne Lohnverlust ausspannen, über sich frei verfügen, leben und Menschen sein dürfen. Von der Million oder noch mehr Ferienmenschen, die es in Deutschland geben mag, machen die ferienfrohen Arbeiter erst einen kleinen Teil aus.

Erfreulicherweise bringt jedes Jahr eine weitere Verbreitung dieser schätzbaren sozialen und kulturellen Einrichtung und auch das Jahr 1913 hat mehrfache Fortschritte zu verzeichnen, über die die **Fabrikinspektorenberichte** Mitteilungen machen. So hat nach den Berichten der **württembergischen** Gewerbeinspektion die Schuhfabrik Sigle & Cie. in Kornwestheim für ihre Arbeiter bezahlten Urlaub von 1 bis 6 Tagen eingeführt. Nach einjähriger Dienstzeit wird 1 Tag gewährt, nach 1 bis 3 Jahren werden 2, nach 3 bis 5 Jahren 3, nach 5 bis 7 Jahren 4, nach 7 bis 10 Jahren 5 und nach 10 Jahren 6 Tage gewährt. Die Firma Fink, Eisschrankfabrik in Asperg, gewährt ihren Arbeitern nach einjähriger Dienstzeit 2 bezahlte Urlaubstage. Bei der Firma Teufel in Stuttgart erhalten alle Arbeiter nach fünfjähriger Dienstzeit 2, nach zehnjähriger 3 Urlaubstage unter Fortzahlung des Lohnes. Bei der Firma Werner & Pfleiderer, Knet- und Mischmaschinenfabrik und Dampfbackofenfabrik in Cannstatt und Feuerbach, erhalten die Arbeiter bei 5 bis 10 Dienstjahren 1 Tag Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes, bei über 10 bis 15 Dienstjahren 2 Tage, bei über 15 bis 20 Dienstjahren 3 Tage, bei über 20 Dienstjahren 4 Tage. Die Firma Hauff & Cie., chemische Fabrik in Feuerbach, gewährt nach 5 Dienstjahren jetzt 6 Tage gegen 3 Tage früher bezahlten Ferienurlaub. Bei der Firma Wieland & Cie. in Ulm erhalten die Arbeiter bei 7 bis 10 Dienstjahren 2, bei 10 bis 15 Dienstjahren 4, bei 20 bis 25 6 Tage Urlaub. Die Urlaubsordnung, die in die Arbeitsordnung aufgenommen ist, enthält folgende Bestimmung: Da der Urlaub der Ruhe und Erholung dienen soll und dieser Zweck bei Uebernahme anderweitiger Lohnarbeit nicht erreicht würde, so kann die Verrichtung von Lohnarbeit während des Urlaubs nicht gestattet werden. Bei Zuwiderhandlung wird sofort die Urlaubsgewährung zurückgenommen und es wird für diejenigen Urlaubstage, an welchen Lohnarbeit verrichtet worden ist, kein Urlaubsgeld gewährt. Die Firma Magirus, A.-G. in Ulm, gewährt ihren über 25 Jahre alten Arbeitern unter Bezahlung ihres Tagelohns bei 7 bis 10 Dienstjahren jährlich 2 Urlaubstage; für je 5 weitere Dienstjahre erhöht sich die Urlaubszeit um 1 Tag bis zu 6 Arbeitstagen. Der Luftschiffbau Zeppelin in Friedrichshafen gewährt seinen Arbeitern im 3. bis 5. Dienstjahr 3, vom 11. Dienstjahr an 4 Tage Urlaub. In einer Maschinenfabrik wurde der Urlaub tariflich festgelegt; nach 5jähriger Beschäftigung gibt es 3 Tage, nach 10jähriger 6 Tage Urlaub. In einer Maschinenfabrik für Holzbearbeitung erhält jeder Arbeiter nach 8jähriger Beschäftigung 3, nach 12jähriger 4, nach 20jähriger 6 Urlaubstage unter Fortzahlung des Lohnes. Die Firma Schuler in Göppingen hat den Arbeitern, die mehr als 25 Jahre ununterbrochen in Diensten der Firma standen, 1 Woche Urlaub gewährt. Die Firma Dr. Thomä & Cie., chemische Fabrik in Winnenden, gibt ihren Arbeitern je nach Dienstzeit 3 bis 6 Tage Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes. Die Arbeiter der Firma Reinbold, Stein- und Buchdruckerei in Heilbronn, erhalten nach 3jähriger Dienstzeit Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes von 3 Tagen an steigend bis zu 8 Tagen, je nach Dienstzeit.

In den staatlichen Salzbergwerken Württembergs erhält jeder über 25 Jahre alte Arbeiter bei 5jähriger ununterbrochener Dienstzeit 3 Tage Urlaub, der sich je nach Vollendung von weiteren 5 Dienstjahren bis zum 20. Dienstjahr je um einen Tag verlängert.

Die **Münchener** Gewerbeinspektion berichtet, daß die Urlaubsgewährung an Arbeiter unter Fortzahlung des Lohnes sehr erfreuliche Fortschritte macht, zum Teil mit tariflicher Regelung. Nach dem niederbayerischen Berichte wurde in einer Holzwarenfabrik im bayerischen Walde die Gewährung eines Wochenurlaubs zur Sommerszeit neu eingeführt unter Fortbezahlung des Lohnes für Arbeiter, die über 10 Jahre im Betriebe tätig sind; im Berichtsjahre konnten 41 Arbeiter davon Gebrauch machen. In der **Pfalz** findet die Gewährung von Urlaub unter Fortbezahlung des Lohnes auch im Kleinbetrieb immer mehr Eingang. Namentlich wird beim Abschluß von Tarifverträgen neuerdings mehr als bisher auf die Erlangung einer jährlichen Erholungszeit für die Arbeiter hingewirkt. So erhalten beispielsweise die Brauereiarbeiter, die im Tarifverhältnis arbeiten, in der Regel jährlich bis zu 5 Tagen Urlaub mit Bezahlung des vollen Lohnes. In der badischen Anilin- und Sodafabrik erfuhr die Urlaubsgewährung an Arbeiter in diesem Jahre eine Erweiterung, indem schon nach 5jähriger Dienstzeit ein Urlaub von einer halben Woche gewährt wird. Auch die Korksteinfabrik Grünzweig & Hartmann in Ludwigshafen gewährte auf Vorsprechen der Arbeiter verbesserte Urlaubsbestimmungen (nach 3 Jahren ununterbrochener Fabrikbeschäftigung, jedoch nicht vor vollendetem 21. Lebensjahre 3 Tage, nach 6 Jahren 5 Tage, nach 10 Jahren 1 Woche und nach 20 Jahren und darüber 9 Tage mit Bezahlung der Schichtlöhne). Mißbräuchliche Verwendung des Urlaubs schließt eine Wiedergewährung für den Betreffenden aus. Der Arbeiterausschuß hat das Recht und die Pflicht der Ueberwachung.

Im Städtebezirk **Nürnberg-Fürth** haben im Berichtsjahre 9 Betriebe den bezahlten Ferienurlaub für ihre Arbeiter neu eingeführt. Davon gewähren 2 Betriebe schon nach 1jähriger Dienstzeit 5 bis 8 Tage Urlaub, 3 Betriebe nach 5- bis 10jähriger 3 bis 6 Tage ꝛc. Im **unterfränkischen** Bezirk wurde in einigen Großbrauereien durch Erneuerung der Tarifverträge eine Erweiterung des bisherigen Urlaubs herbeigeführt, in mehreren kleinen Brauereien kam auf Grund des Tarifabschlusses der Urlaub neu zur Einführung. Auch in einer kleinen Farbenfabrik wurde sämtlichen Arbeitern ein entsprechender Urlaub zugestanden. Im **Augsburger** Bericht heißt es: In einer Anzahl von größeren und kleineren Betrieben wurde die immer mehr sich einbürgernde Einrichtung gefunden, den Arbeitern je nach der Zahl der Dienstjahre kürzeren oder längeren bezahlten Urlaub zu gewähren.

Die **hessischen** Berichte führen mehrere Tarifverträge mit Urlaubsbestimmungen im Wortlaut an. So heißt es im Tarifvertrag zwischen einer Schuhleistenfabrik und dem Deutschen Holzarbeiterverband, Zahlstelle Darmstadt: „Die Firma gewährt den bei ihr beschäftigten Arbeitern nach einjähriger Beschäftigung im Betriebe alljährlich einen Ferienurlaub von 3 Tagen, nach 2jähriger Beschäftigung von 4 Tagen und zahlt für diese Zeit den festgesetzten Lohn." Im Tarifvertrag für die beiden Brauereien in Friedberg sowie in dem für die Brauerei in Butzbach und dem für die Malzfabrik Löwensberg in Mainz sind ebenfalls Bestimmungen über den Ferienurlaub enthalten. In dem Friedberger Vertrag heißt es, daß der Urlaub stets an einen Sonntag anschließen muß.

Die **preußischen** Gewerbeinspektoren berichten über den Urlaub der Bäckergehilfen in Königsberg und Lüneburg. Die Gehilfen erhalten den Lohn und volle Entschädigung für Kost und Logis. Sodann wird über die Urlaubsverhältnisse der Bergarbeiter in 14 Bergrevieren berichtet. Es genießen hier Tausende von Bergarbeitern die Wohltat des bezahlten Ferienurlaubs, die indes immerhin erst eine Minderheit bilden, so daß in dieser Beziehung die Bergarbeiter noch viel zu tun haben für weitere Fortschritte. Von den bezüglichen zahlreichen Mitteilungen mag hier nur diejenige aus dem Berichte über den Oberbergamtsbezirk Klausthal erwähnt sein: „Auf den Eisenerzgruben der Ilseder Hütte erhielten 64 Bergarbeiter einen solchen Urlaub von je 2 Wochen. Dieser erst wenige Jahre alte Brauch hat sich bisher auf den anderen Bergwerken trotz seiner günstigen Erfolge noch nicht eingebürgert."

Von Wert ist die Feststellung der erzielten Erfolge, die weitere Fortschritte auf diesem Gebiete bewirken werden und ebenso die zweiwöchige Dauer des Urlaubs, die eine begrüßenswerte Weiterentwicklung in dieser Beziehung bedeutet.

Die kurze Dauer des Urlaubs, oft nach vielen Arbeitsjahren im gleichen Betriebe nur 1, 2 oder 3 Tage, ist noch das höchst Unbefriedigende bei der ganzen Sache. Der Urlaub sollte nach einjährigem Arbeitsverhältnis beginnen und jedenfalls mehr als nur einen Tag dauern. Den Abschluß sollte nach einer bestimmten Dauer des Arbeitsverhältnisses ein vierwöchiger Urlaub bilden. Ueber die **wirtschaftliche Möglichkeit** eines solchen Urlaubs kann es keinen Zweifel geben. Man vergegenwärtige sich, wie viele **Millionen**

Deutsche Werkbundausstellung in Köln.

Vergegenwärtigt man sich, was die Veranstalter sich zum Ziel gesetzt, läßt man sich nicht von den bei Ausstellungen mehr oder minder allgemeinen Charakters landläufig gewordenen Ueberschwenglichkeiten beirren, so wird das Urteil nur ein unterschiedliches sein können.

Zunächst das Gelände, das in Aufteilung und Bebauung vorbildlich im Sinne des Werkbundprogramms sein soll. Der bedeutendste Mangel, der ihm anhaftet, ist seine unglückliche Form. Fast zur Hälfte aus einem Engpaß bestehend und in seinem übrigen Teil sich mit gebrochener Achse keilenförmig erweiternd, bot er den Architekten ganz erhebliche Schwierigkeiten. Was unter diesen Umständen bei einer Aufteilung des Platzes in eine Längs- und Querachse geschehen konnte, ist wohl im großen ganzen erreicht. Jedoch wurden dabei erhebliche Mängel in Kauf genommen. Abgesehen von dem für den zu erwartenden Verkehr zu klein bemessenen Hauptportal, einem von Baurat **Moritz** (Köln) in Anlehnung an ägyptische und römische Motive entworfenen, schlicht und feierlich wirkenden Säulenhof, ist die 200 Meter lange „Ladenstraße", die zum eigentlichen Mittelpunkt der Ausstellung führt, viel zu eng geraten. Dieser Mangel fällt [illegible] wie ärgerlich so stark auf, daß selbst der einzige Trost verjagt, mit dem schmalen Zugang, dem engen Hauptportal und der noch engeren „Ladenstraße" habe man nachträglich ein Stück Alt-Kölner Verkehrspolitik neu erstehen lassen.

Die Bauten selbst sind im Grundriß wie Aufbau durchgehends gut gegliedert, harmonieren im Charakter miteinander und wirken in ihrer Einfachheit und ruhigen Linienführung durchaus vornehm, wozu die Verwendung echten Materials unter Verzicht auf allen unwahren ornamentalen Schmuck nicht wenig beiträgt. Nur beim **Kölner Haus**, von Ludwig **Paffendorf** (Köln) in Anlehnung an altrömische Bauart entworfen, machen sich die großen ungegliederten Flächen zu beiden Seiten des Eingangs unangenehm bemerkbar. Die den rechtwinkligen offenen Lichthof umgrenzenden Arkaden (Hallengänge) sind zwar in ihrer Anlage und Breite der bescheidenen Größe des Baues angepaßt, aber für den gegebenen Zweck erweisen sie sich als ein übles Verkehrshindernis. Um so mehr, als sie den Zugang zu je einem weiteren Ausstellungsraum bilden. Ein ungleich größerer Fehler ähnlicher Art ist beim „**Haus der Frau**" gemacht worden. Unzureichende Zugänge müssen auch an den Hallengängen im **Oesterreichischen Haus** gerügt werden, weil diese auch hier den Zugang zu den Räumen vermitteln. Der gärtnerische Schmuck, dem in Verbindung mit Wasserspielen manch ausgleichende und verbindende Aufgabe zufällt, und der teilweise sehr schön geraten, ist in der langgestreckten Partie des Platzes zwischen Empfangsgebäude und Hauptportal zu kurz gekommen. Wohl eine Folge der dort besonders schwierigen Geländeverhältnisse.

Mich dünkt, die Ausstellung ist stofflich und räumlich über den gesteckten Rahmen hinausgewachsen. Das wäre an sich kein Fehler, nur kann man nicht sagen, daß der Hauptleitgedanke des Werkbundes allenthalben zum Ausdruck kommt: „Künstlerische Durchdringung der Gesamterscheinung unserer Zeit im Zusammenhang mit der modernen technischen Entwicklung in Wechselwirkung zwischen Kunst und Technik, Künstler und Maschine." Eine Aufgabe, an der in den letzten Jahrzehnten berufene und unberufene Kräfte sich versucht haben. Mit Recht kündet der Deutsche Werkbund, wie vor ihm schon viele einzelne Künstler, dem geistlos mechanischen Nachahmen alter Stile Fehde an. Aber was ist letzten Endes verurteilenswerter: das gute Kopieren reiner historischer Stile oder das Suchen nach einem neuen Stil um jeden Preis? Und zwar unter Verwendung von Motiven aus allen möglichen alten Stilarten zu einem gottserbärmlichen Schmarrn? Merzt man alles aus, was auf diese Art zustande gekommen und sich auf der Ausstellung als neuartig oder gar als „Stil" spreizt, und sieht man die massenhaft vertretenen Beispiele futuristischer Verirrungen auf dem Gebiete der **Malerei** und **Bildhauerei** beiseite, so bleibt in bezug auf Formgebung nicht gar zu viel des Guten und Lebensfähigen übrig.

Um gleich diese beiden Kunstarten vorweg zu nehmen, so sei gesagt, daß zum Beispiel die gemalten Friese am Hauptportal wie die in den Säulengängen der [illegible] vornehm wirkenden Haupthalle, ferner die Wandmalerei im Ibachsaal des **Kölner Hauses** auf jeden natürlich denkenden Menschen nur **abschreckend** wirken können. Da ist es eine Wohltat, Versuche neuer Auffassung in figürlicher Zeichnung wahrzunehmen, wie wir sie in der Abteilung **Schlesien** in der Haupthalle nach Entwürfen von Professor **Wislicenus** (Breslau) von Wanda **Bibrowicz** (Oberschreiberhau) gewebt finden. (Eine Venus und eine Diana.) Noch ärger treibt's mit der Bildhauerei aus, die bedeutend stärker vertreten ist. Glücklicherweise aber auch mit zahlreicheren guten Leistungen und befriedigenderen Versuchen als in der Malerei. Des leichteren Vergleichs wegen könnte man wünschen, die Skulpturen alle in einem Saal zu haben. Aber es ist besser so. Denn alsdann wäre der Anblick so vieler rachitischer, gliederverrenkter Figuren und kretinhaft entstellter Köpfe kaum zu ertragen. An dem Ruhm solcher „Kunst" sind die Künstler, die das **Haus der Frau** innen schmückten, sehr stark beteiligt. Im Kölner Haus wartet besonders **Grasberger** neben einem passablen Relief „Begierde" mit mancherlei gräßlichen Unnatürlichkeiten auf, so daß ein in seiner Schlichtheit fast naturalistisch wirkender Frauenkopf von **Albermann** eine Beruhigung ist. Eine Mädchengestalt im **Oesterreichischen Haus**, das im übrigen mit viel Emailleschmuck, Glas, Keramik und Posamentierarbeiten angefüllt ist, überbietet an körperlicher Mißgestalt und unnatürlicher Stellung fast die drei lebensgroßen Mädchenfiguren, die von der staatlichen Kunstgewerbeschule **Hamburg** ausgestellt sind. Anscheinend als abschreckendes Beispiel futuristischer „Kunst", denn ihnen, die aussehen, als wären sie von Kindern zurechtgeknetet, sind eine Mädchen- und Jünglingsstatue gegenübergestellt, die durch ihre Natürlichkeit gleichsam das Gleichgewicht wieder herstellen. Hier sei erwähnt, daß in der Abteilung **Hamburg** (Haupthalle) als Versuch moderner Plastik in Form wie Technik die „Elbe"-Statue in weißem norwegischen Granit nach Modell von Professor **Luksch** zu finden ist. In diesem Zusammenhang sei als lobenswert der im Freien, am Wege zum **Sächsischen Haus** aufgestellte modern stilisierte Löwe aus rotem poliertem Porphyr von Professor **Behn** (München) hervorgehoben.

Im **Sächsischen Haus** begegnen wir mit Vergnügen plastischen Arbeiten von echter Kunst, darunter im Raum der Stadt Leipzig Büsten von Max **Klinger**, Karl **Seffner** und anderen mehr modelliert. Und wer noch im Zweifel sein könnte, daß dem plastischen Körper- und Gliederverrenke-Sport keine Existenzberechtigung im Kunstempfinden des Volkes zusteht, dem wäre zu wünschen, daß er das Modell für das **Goethe-Denkmal** für **New York** von Professor **Hahn** (München) auf sich wirken lassen könnte. Ein Jüngling von riesenhafter Gestalt, das rechte Bein auf einen Felsblock gestützt, sinnenden Auges in die Ferne schauend, einen Adler auf dem Arm, steht in der Vorhalle des Hauptausstellungsgebäudes. Das Werk läßt uns förmlich fühlen, warum und mit welchem Erfolg wahre Kunst in der Plastik sich immer wieder an die großen Vorbilder der alten hellenischen Bildhauerkunst anlehnt. —

Was die Ausstellung auf dem Gebiete des Möbelbaues leistet, ist nicht viel. Mit der Nachahmung alter, reiner Stile ist zwar ziemlich aufgeräumt worden. Dafür sehen wir jedoch fast nichts als Zusammenflickung von verschandelten Motiven aus allen möglichen historischen Stilen; angefangen vom byzantinischen bis zum Rokoko,

Arbeitswochen heute Jahr für Jahr der gesamten Volkswirtschaft durch die unverschuldete Arbeitslosigkeit von Hunderttausenden Arbeitern verloren gehen und dadurch auch ungezählte Millionen an Gütern und Kulturwerten, die erhalten und zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen, also auch zur Gewährung von alljährlichen bezahlten Ferien an sämtliche Arbeiter verwendet werden könnten.

Ferien für alle wird die Zukunft bringen, daran ist nicht zu zweifeln. Was heute auf diesem Gebiete besteht, ist die direkte oder indirekte Errungenschaft der gewerkschaftlichen Tätigkeit, die weitere Fortschritte bringen und so den Boden für die allgemeinen Arbeiterferien vorbereiten wird. Dieses Ziel wird um so früher erreicht werden, je mehr sich die unorganisierten Massen den Gewerkschaften anschließen, sie mächtiger und leistungsfähiger machen werden. Schließlich wird man die Ferien, um auch in dieser Beziehung eine Gleichartigkeit der Produktionsbedingungen für alle herbeizuführen und der bezüglichen Schmutzkonkurrenz der Böswilligen und Rückständigen ein Ende zu machen, gesetzlich regeln und für alle zur Pflicht machen. Inzwischen schreien wir nach dem glänzenden Vorbild der Junker: **Her mit den Ferien!**

Die Verhältnisse der Metallarbeiter in Durlach und Umgebung.

(Schluß.)

Für die Entlohnung ist das Akkordsystem vorherrschend, so daß nur eine kleine Anzahl Arbeiter Stundenlöhne erhalten. Der durchschnittliche Stundenlohn betrug nur 39,5 ₰, der niedrigste 18, der höchste 47,5 ₰. Den niedrigen hatten die jugendlichen Arbeiter von 14 bis 16 Jahren, den höheren die Arbeiter im Alter von 31 bis 35 Jahren; für die von über 55 Jahren beträgt der Stundenlohn nur 37,8 ₰. Die Altersstufe von 36 bis 40 Jahren hält sich mit 47,3 ₰ noch annähernd auf der gleichen Höhe. Von da an geht es aber rasch abwärts. Bei den Verdienstverhältnissen der Durlacher und der ländlichen Arbeiter zeigt sich, daß diese nur in den ersten Altersstufen mehr verdienen. Das rührt daher, daß die Durlacher jungen Leute vorwiegend als Lehrlinge, die auswärtigen meist als jugendliche Arbeiter eintreten.

Die für die Zeiteinheit von 100 Tagen berechnete Lohnsumme deckt sich im wesentlichen mit der Darstellung der Stundenlöhne. Der Durchschnitt beträgt 365 *M.*, der niedrige Verdienst 153 *M.*, der höhere 448 *M.* Die Arbeiter im Alter von über 55 Jahren kommen nur auf 362 *M.* Diese Tabelle bestätigt auch die Regel, daß das Arbeitseinkommen mit der Zunahme der Entfernung des Wohnortes von Durlach sinkt.

Beachtung verdient die statistische Feststellung, daß die ledigen Arbeiter mehr Arbeitsstunden machen als die verheirateten, zum Beispiel in der Altersklasse von 31 bis 35 Jahren 950 gegen 940 Stunden an 100 Tagen; die verheirateten Arbeiter dagegen einen höhern Verdienst erzielen, 48 gegen 39,9 ₰ die Stunde oder 452 gegen 379 *M.* in 100 Tagen in der genannten Altersklasse. Die Unterschiede sind sehr auffallend und Dr. Ritzmann meint dazu, daß die Ursache dieser merkwürdigen Erscheinung sich nur vermuten läßt. „Es spricht — auch nach den Beobachtungen des Betriebsleiters, mit dem die Sache eingehend überlegt wurde — verschiedenes dafür, daß nur die schwächlichen, nicht ganz gesunden und daher minder leistungsfähigen Leute ledig bleiben."

Zusammengefaßt ergibt sich für die 2431 männlichen Personen ein Durchschnittsalter von 30,2 Jahren, 927 Arbeitsstunden, 39,5 ₰ Stundenlohn und 365 *M.* Gesamtverdienst an 100 Arbeitstagen.

Für die 399 Arbeiterinnen ergeben sich ein Durchschnittsalter von 20,4 Jahren, eine gesamte Arbeitszeit von 896 Stunden, ein gesamter Verdienst von 174 *M.* an 100 Tagen und ein durchschnittlicher Stundenlohn von 19,4 ₰, weniger als die Hälfte jenes der männlichen Arbeiter.

Der Verfasser knüpft an seine statistische Darstellung bemerkenswerte Betrachtungen. Er stellt fest, daß rund drei Fünftel der Arbeiter und Arbeiterinnen in Durlach und den unmittelbar benachbarten Vororten Aue und Grötzingen wohnten. Das Durchschnittsalter der hier wohnenden männlichen Arbeiter ist um 6 Jahre höher als das der von den Landorten kommenden Arbeiter. Die Arbeiter der Wohngruppe Durlach sind den übrigen in allen Altersstufen hinsichtlich der Ausnutzung der Arbeitszeit und von der Altersklasse „19 bis 21" an auch im Stundenverdienst überlegen. Diese durch die stärkere Vertretung der älteren Arbeiter noch gesteigerte Ueberlegenheit der Angehörigen der Wohnortgruppe Durlach ist recht bedeutend. Sie macht mit etwa 155 *M.* jährlich rund 15 Prozent des Lohneinkommens aus. „Das Ergebnis überrascht und verträgt sich schlecht mit den hergebrachten Anschauungen über den günstigen Einfluß des Wohnens auf dem Lande auf die Verhältnisse der Lohnarbeiter. Man wagte deshalb nicht, sich von vornherein mit der wahrscheinlichsten, aus den Zahlen unmittelbar herauszulesenden Erklärung zu begnügen, daß ein großer Weg zwischen Arbeits- und Wohnort die Leistungen herabsetzt."

Und so kommt der Verfasser zu dem Schlusse: „Größere Entfernungen zwischen Wohnort und Arbeitsstätte fallen zusammen mit einer Verminderung der ausgenutzten Arbeitszeit und der durch den Stundenverdienst ausgedrückten Leistungsfähigkeit im Betriebe."

Sehr eingehend werden die Nebeneinnahmen untersucht, die in der Mitarbeit der Familienangehörigen, in Kostgeberei, Aftermiete, Landwirtschaft und Gartenbau ihre Quellen haben. So kommt er zur Feststellung der Nebenverdienste und Jahreseinkommen, und zwar nur für die Altersklassen vom 25. Jahre an und für 1165 Familien. 720 Familien hatten Nebeneinnahmen, und zwar durchschnittlich 103 *M.* aus der Aufnahme von Kost- und Schlafgängern, 86 *M.* aus der landwirtschaftlichen Betätigung in Durlach, 138 *M.* in Grötzingen und Aue und 195 *M.* in den übrigen Gruppen. Die durchschnittliche Gesamteinnahme der am Nebenerwerb beteiligten Familien stellte sich in der Gruppe Durlach (mit den beiden Vorortsgemeinden) auf 340 *M.* und in den übrigen Wohnortsgruppen auf 300 *M.* Wozu der Verfasser bemerkt, daß die mit der größeren Entfernung zwischen Wohnort und Arbeitsort belasteten Arbeiter den Vorsprung der nahe Wohnenden im Haupterwerb durch Nebenerwerb nicht einholen.

So gestalten sich die Lohn- und Einkommensverhältnisse der Familien folgendermaßen: Von den nur auf das Lohneinkommen angewiesenen Familien entfielen von der Gruppe Durlach 16 Prozent auf die Lohnklasse bis zu 1150 *M.*, 31 Prozent auf die mit über 1151 bis 1350 *M.*, 34 Prozent auf die mit über 1351 bis 1550 *M.* und 19 Prozent auf die mit über 1550 *M.* Für die übrigen Landorte betragen die Prozentzahlen 32, 41, 25 und 2.

Von allen Familien einschließlich derer mit Nebenverdienst entfielen mit dem Jahreslohn von der Gruppe Durlach 18 Prozent auf die erste, 32 Prozent auf die zweite, 34 Prozent auf die dritte und 16 Prozent auf die vierte Lohnklasse; mit Nebenverdienst (Jahreseinkommen) 10, 20, 31 und 39 Prozent; von der Gruppe der übrigen Landorte 23, 43, 29 und 5 Prozent der Familien ohne Nebenverdienst und 13, 26, 30 und 31 Prozent der Familien mit Nebenverdienst auf die vier Lohnklassen. Ohne Nebenverdienst kommen in der Gruppe Durlach nur 59 Prozent mit einem Jahreslohn von über 1351 *M.*, in den niederen Gruppen gar nur 27 Prozent vor. Und wenn 50 Prozent der Familien mit über 1351 *M.* Einkommen dann auf 70 Prozent mit Nebenverdienst steigen, so leuchtet es wohl ein, daß das reine Lohneinkommen nicht genügt und daher durch Nebenverdienst erhöht werden muß. Noch ungünstiger sind diese Verhältnisse in den Landorten, wo 34 Prozent der Familien der beiden höheren Lohnklassen ohne Nebenverdienst anwachsen auf 61 Prozent mit solchem.

Eine Sonderdarstellung des Verhältnisses von Jahreseinkommen und Familiengröße zeigt, daß von den kleineren Familien ein größerer Prozentsatz auf die niedrigen Lohn- und Einkommensklassen entfällt, von den größeren Familien ein höherer Prozentsatz auf die höheren Lohnklassen. So entfielen in der Gruppe Durlach auf die beiden unteren Lohnklassen 56 Prozent von Familien mit bis zu zwei kleinen Kindern und nur 44 Prozent auf die beiden höheren Lohnklassen, während die zwei größten Familien der höchsten Lohnklasse mit über 1550 *M.* angehörten. Dabei handelt es sich in diesen Familien gleichermaßen um solche ohne Nebenverdienst. Der Ernährer einer größern Familie wird größere Anstrengungen zur Erzielung eines höheren Einkommens machen und sich in der Folge auch früher aufreiben als andere, in günstigerer Lage sich befindliche Arbeiter.

Zur Beurteilung der Lebenshaltung der Gritznerschen Arbeiter in Durlach stellt der Verfasser fest, daß 29 Prozent der städtischen und 33 Prozent der ländlichen Familien unter dem Einkommensatz von 550 *M.* für die Normalperson geblieben sind. Unter Berücksichtigung aller Umstände kommt er zu dem Ergebnis, daß das Gleichgewicht im Arbeiterhaushalt sehr schwankend ist und daher „das Hauptziel aller sozialen Bestrebungen Sicherung sein muß".

Sehr eingehend werden die Wohnungsverhältnisse behandelt. In Durlach überwiegen mit 358 die Zweizimmerwohnungen, denen sich 111 Drei-, 40 Ein- und 10 Vierzimmerwohnungen anschließen. Die Einzimmerwohnungen kosten von unter 120 bis 180 *M.*, die Zweizimmerwohnungen von unter 120 bis 280 *M.*, die Dreizimmerwohnungen von unter 121 bis 140 *M.* im Minimum und 281 bis 330 *M.* im Maximum, die Vierzimmerwohnungen 281 bis über 350 *M.* Die Zweizimmerwohnungen bilden die herrschende Wohnungsklasse, wobei, von verschiedenen Ausnahmen abgesehen, eine Küche dazu gehört. Dem Preise nach entfallen die meisten Wohnungen auf die Preisklassen von 140 bis 200 *M.*

Auch in den Landorten überwiegt die Zahl der Zweizimmerwohnungen. Die Wohnungspreise sind hier viel niedriger als in Durlach, das ja eigentlich auch nur eine kleine Stadt, ein Landstädtchen ist. In den Landorten gehen die Preise herab bis auf 88 *M.* für eine Ein-, 109 *M.* für eine Zwei- und 143 *M.* für eine Dreizimmerwohnung, deren es hier aber überhaupt nur 13 gibt. Was die Güte der Wohnungen betrifft, so sind die Einzimmerwohnungen, die an sich verhältnismäßig die teuersten sind, zugleich auch durchweg die „weniger preiswürdigen" als die größeren Wohnungen. Also „teuer und schlecht".

Was die Größe der Wohnhäuser betrifft, so gibt es in Durlach solche mit 9 und noch mehr Wohnungen. 35 Prozent der Familien wohnen in Häusern mit 5 und 6 Wohnungen, so daß es sich da um Mietskasernen handelt, die zugleich die teuersten Wohnungen enthalten. Das Einfamilienhaus ist auch auf dem Lande nur schwach vertreten, wo vielmehr das Zweifamilienhaus vorherrscht.

Die billigeren Mietzinse auf dem Lande werden durch das Mittagessen am Orte des Betriebs, die Kosten der Eisenbahnfahrt 2c. erheblich erhöht, wozu dann noch der Zeitverlust, körperliche Anstrengungen und Gesundheitsschädigungen kommen, die mit alltäglichem weitem Marsche verbunden sind und die Arbeitsleistung beeinträchtigen.

Der Verfasser kommt in bezug auf die Wohnungsverhältnisse zum Schlusse, daß in der Tat niedrige Wohnkosten und schlechtes Wohnen zusammenfallen. Ueber 60 Prozent der Wohnungen der untersten Wohnkostenstufe sind zu beanstanden, und soweit die Mieter selbst daran schuld sind, bezeichnet er die „verdammte Bedürfnislosigkeit" als Hauptursache daran. Unbefriedigend ist auch die Bettenüberfüllung. In 144 Familien entfällt nur auf zwei Personen ein Bett, in einem Fünftel aller Fälle müssen sich durchschnittlich 3 Personen mit 2 Betten begnügen.

Der Verfasser stellt zum Schlusse die Forderung der Dezentralisation der Industrie zum Zwecke der Abkürzung der Wege zwischen Wohn- und Arbeitsstätte auf, die er als eine „siedlungstechnische von hervorragender Bedeutung" bezeichnet, die besonders Städtebauer und Verkehrsingenieure nicht aus den Augen verlieren dürfen. Dabei will er aber die Lösung der Frage nicht durch die „Arbeitgeberwohnung", sondern durch Baugenossenschaft und Arbeitergartenstadt, in welchen Richtungen heute schon die fortgeschrittene Arbeiterschaft tätig ist.

Fassen auch wir unsere Meinung über die Lohn- und Lebensverhältnisse der mehrtausendköpfigen Arbeiterschaft der großen Maschinenfabrik in Durlach auf Grund der vorliegenden Arbeit des Obergewerbeinspektors Dr. Ritzmann zusammen, so geht sie dahin, daß sie in jeder Beziehung unbefriedigend und verbesserungsbedürftig sind und die Arbeiter noch viel zu tun haben, um die weiteren wünschenswerten und notwendigen Verbesserungen herbeizuführen. Das beste Mittel zur Erreichung dieses Zieles ist die Gewerkschaft, der Deutsche Metallarbeiter-Verband.

Schiffahrts- und Schiffbausubventionsblüten.

In einigen einschlägigen Zeitschriften wurde in letzter Zeit die Wirkung der Staatsunterstützung auf Schiffbau und Schiffahrt untersucht. Es wurden dabei Dinge ausgeplaudert, die, abgesehen von allem andern, der besonderen Beachtung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter wert sind. Das hervorragendste Land der Subventionen ist Frankreich, das seit dem Jahre 1893 die Seeschiffahrt staatlich unterstützt. Im Budget für das Jahr 1912 wurden an Schiffbauprämien 11 Millionen, an Schiffahrtsprämien 21,9 Millionen, an Postsubsidien 27,7 Millionen und an Rückerstattung von Suezkanal-Abgaben 3,6 Millionen, zusammen 64,2 Millionen Francs gefordert. Außerdem erhält die Segelschiffahrt nach dem Gesetz vom 28. Februar 1912 für jede Tonne eine tägliche Unterstützung von 8 Centimes, die das Budget mit 16,3 Millionen Francs belastete. Trotz dieser Riesenunterstützung bringt es keine französische Reederei zu rechter Blüte. Zwar wird die französische Flotte größer: die Dampferflotte wuchs in zehn Jahren um 68 Prozent (in Deutschland um 53 Prozent) und der Anteil Frankreichs an der Weltsegelschiffsflotte (die immer kleiner wird) stieg von 5,8 Prozent auf 7,8 Prozent, aber es ist eine Treibhausblüte. Die meisten Reedereien verteilen keine oder nur geringe Dividenden. Die größte französische Reederei, die Messageries Maritimes, kann seit Jahren nur dank der Subventionen bestehen — aber keine Dividenden verteilen. Auch die Schiffbauprämien scheinen nicht besser zu wirken. So mußte sich vor einiger Zeit die Navigation Sud-Atlantique, weil sie trotz der Meilengelder von erst 10, dann 12 und zuletzt 14 Fr. für die zurückgelegte Meile nicht leben konnte, der Compagnie Generale Transatlantique anschließen. Dabei mußte der Staat die Aussteuer der schwächeren Hälfte bezahlen. Bei der Erörterung, die sich darüber im Parlament entspann, erfuhr man, daß nur ein Schiff der Sud-Atlantique den Ansprüchen gewachsen war. Alle anderen Schiffe konnten nicht die Fahrzeit innehalten und waren auch von der Werft zu spät geliefert worden. Das letzte neue Schiff, die „Gallia", befand sich bei der Ablieferung in einem solchen Zustand, daß sogar die weitherzige Leitung der Sud-Atlantique die Abnahme verweigerte. Das beste Schiff der verkrachten Gesellschaft, so wurde im Parlament behauptet, sei die „Burdigala" gewesen. Diesem Werturteil konnte nicht widersprochen werden, nur, meinte ein Redner, dürfe man das aus nationalen Gründen nicht besonders hervorheben. Die „Burdigala" ist nämlich der auf der Schichauwerft gebaute „Kaiser Friedrich", der zwölf Jahre im Hamburger Hafen lag, ohne daß die Bauwerft einen Abnehmer finden konnte.

Nicht bessere, aber zum Teil seltsame Erfahrungen macht Italien mit den Schiffahrts- und Schiffbauprämien. Im Jahre 1912 erhielten die vier Mittelmeergruppen 19,05 Millionen Lire Unterstützung. Vom 1. Juli 1912 an wollte die italienische Regierung auf zehn Jahre die jährliche Expedition von 700 000 Tonnen Kohlen für die Staatsbahnen und andere Staatsbetriebe vergeben. Die Ausschreibebedingungen lauteten: Bei einer jährlichen Subvention von 300 000 Lire wird für jede Tonne Steinkohle 8,5 Lire Fracht gezahlt. Im Jahre 1913 war aber noch immer kein Angebot bei der Regierung eingegangen. Die weitere Bedingung des Ausschreibens, daß die sich bewerbende Gesellschaft verpflichtet sei, acht Schiffe von 5000 bis 6000 Tonnen Tragfähigkeit und 9 Meilen Geschwindigkeit bauen zu lassen, kann kein Hinderungsgrund für die Reeder sein, da Italien seit dem Jahre 1911 auch Schiffbauprämien zahlt. Im Jahre 1912 wurden für diese Zwecke 6,2 Millionen Lire in den Etat eingestellt. Trotzdem ist der Schiffbau sehr zurückgeblieben, während in Frankreich doch wenigstens gebaut wird.

Noch eine besonders erwähnenswerte Folge des Subventionsunwesens wird aus Italien berichtet. Die italienischen Seeleute sind sehr gut und stark organisiert. Fast alle Lohnbewegungen und Streiks konnten sie zu ihren Gunsten beenden. So auch einen 55tägigen Streik im November und Dezember 1913, der den Seeleuten eine Lohnerhöhung brachte, die von den bestreikten Unternehmern als eine jährliche Mehrbelastung von 2½ Millionen Lire denunziert wurde. Was nun folgte, mag die Zeitschrift Hansa erzählen:

„Ende März (1914) wurde aus Italien gemeldet, daß die drei großen Gesellschaften einen Prozeß gegen den Staat angestrengt haben, um von ihm diese Lohnerhöhung als Zuschlag zur Subvention zu erhalten. Da der Staat durch seine Vermittlung den für die sozialistischen Gewerkschaften so günstigen Ausgang herbeigeführt hat und man in Italien gewöhnt ist, das Defizit im Schiffahrtsgewerbe vom Staat einzutreiben, erscheint dieser Prozeß nicht weiter erstaunlich. Neuerdings ist nun der Kampf wieder entbrannt dadurch, daß die nichtsubventionierten Schiffahrtsgesellschaften Italiens als Protest gegen die schwächliche Haltung

---

vom altdeutschen bis zum sogenannten Biedermeierstil. Und durchgehends in unglaublich geschmacklosester Kombination. Noch nicht einmal zu halbwegs gefälligen Formen hat man es dabei gebracht. Nur ganz vereinzelt ist das gelungen; so zum Beispiel bei einer Schlafzimmereinrichtung und einer „Diele" der Firma Stadler (Paderborn), sowie bei einigen Stühlen von John (Wien und Köln). Die „kunstverständigen" Männlein und Weiblein aus dem zahlungsfähigen Publikum hört man staunen und flöten: „Großartig", „wundervoll", „entzückend"! Und wenn es der gedankenärmste, aber „moderne" Kitsch ist, den man, nur vielfach nicht so plump und charakterlos, in jedem „leistungsfähigen" Möbelgeschäft sehen kann.

Was kann man da an guten Proben zweckmäßiger und neuartiger bürgerlicher Einrichtungen und „Arbeitermöbel" erwarten? Auf der Werkbund-Ausstellung sucht man solche vergebens. Auch die in der Abteilung Bayern ausgestellten Modelle „kleiner" Wohnungen in Puppenstubengröße von Riemerschmidt, Behrens und anderen sind nicht des Aufsehens wert, das von ihnen gemacht wird. Da sind denn doch glücklicherweise schon andere Versuche, dem hier in Rede stehenden Bedürfnis zu entsprechen, gemacht worden, die sich aber sehen lassen können.

Außerordentlich reichhaltig sind vertreten die Edelstein- und Halbedelsteinindustrie, Gold- und Silberarbeiten; Glas, Kristalle, Porzellan, Majolika und echte Emaille. Hier zeigen Berlin (Königliche Porzellan-Manufaktur), Köln, Pforzheim (Kollektivausstellung für Juweliere), Stuttgart, München (Vereinigte Werkstätten für Kunst und Handwerk, Verband bayerischer Hausindustrie, Porzellanmalerei Scholze) sowie Wien und andere Städte sehr beachtenswerte Leistungen.

In der Abteilung Reproduktionen ist die Photographie stark vertreten und in der Gruppe künstlerische Erziehungsmethoden stellen die Fachschulen viel Schülerarbeiten von unterschiedlichem Werte. Sehr anregend ist die Industriehalle mit ihren vornehmlich holzbearbeitenden Maschinen. In schier aufdringlicher Menge machen sich Seidenstoffe, Draperien, Teppiche und unzählige Handarbeiten aller möglichen Art breit, die meisten in unglaublich grotesken Zeichnungen dargeboten.

In der Farbenschau begrüßen uns am Eingang zwei große, auf Fernwirkung berechnete Wandbilder in Mosaik. Im Innern sinnenfällig schöne Proben von guter Farbenzusammenstellung für die Plakatkunst. Seidenstoffe mit Mustern, deren Farben und Zeichnung aus dem Tier-, Pflanzen- und Mineralreich sinnreich entlehnt sind. Echtfärbung von Seide, Plüsch, Leinen 2c. mit lichtbeständigen Farben, die aus der Steinkohle gezogen werden.

Zum Schluß sei der hervorragenden Stücke echter Glasmalerei von Thorn-Prikker, ausgeführt von Heinersdorff (Berlin) gedacht, die in einer Sonderausstellung untergebracht sind. Kirchenfenster für die katholische Dreikönigenkirche in Neuß a. Rh. Die Fenster sind Gegenstand heftigen Streites geworden, weil die Kirchengewaltigen sie in der Auffassung als zu weltlich bezeichnet haben und deshalb nicht gestatten, daß sie ihrer Bestimmung übergeben werden. Ueber den hohen künstlerischen Wert der Arbeit gibt es unter den Fachleuten und der Presse aller Richtungen nur eine Stimme des Lobes. So sagte beispielsweise G. J. Kern, Kustos der Berliner Nationalgalerie, gelegentlich der Ausstellung der Fenster in Berlin: „Thorn-Prikker gehört zu den Männern, deren Bedeutung auch die Mitwelt willig anerkennen wird. Seine Glasfenster zeigen einen Stil von stärkster persönlicher Eigenart und ausgesprochener Modernität. Eine Formensprache, die eine vollkommene Beherrschung der neuzeitlichen künstlerischen Ausdrucksmittel verrät und zugleich eine klare Auseinandersetzung der Persönlichkeit mit den Forderungen der jüngsten Kunst. Und doch ruft gerade der Anblick dieser Fenster die Erinnerung an die Glasgemälde der alten gotischen Kathedralen wach. Aus flammender Lohe wird die Mystik, die Glaubenstiefe und Innigkeit des Mittelalters neu geboren. Die Bilder sind aus kindlichem Glauben entstanden, sie wirken als Visionen mit der Wucht elementarer Naturkräfte. . . ." Auch der Vorwärts brachte im vorigen Jahre ein hochgestimmtes Lob über das großartige Kunstwerk.

Das von Vandevelde erbaute Werkbund-Theater, das auf diesem Gebiete neue Wege zeigen soll, kommt trotz seines zweifellos sehr sympathischen äußeren Baubildes nicht genügend zur Geltung. Der Hochwasserdamm des Rheins mußte als Rampe benutzt werden. Die Folge ist, daß der Bau selbst, der hinter den Damm zu liegen kam, bis zum Sockel gleichsam in der „Versenkung" verschwindet, und daß man zum Parterre hinunintersteigen muß. Der Innenraum ist praktisch angelegt. Der vom Erbauer verfolgte Hauptzweck: Dreiteilung der Bühne bei Vermeidung jeglicher Einrahmung (Nutzbarmachung des Proszeniums) hat vieles für sich, aber auch seine Schattenseiten. Für die seitlich sitzenden Zuschauer nämlich.

Alles in allem: die Ausstellung bietet mancherlei Sehenswertes. Aber neue, lebensfähige Ausdrucksformen im Sinne eines neuen Stils sind selten. Sie werden fast erdrückt von dem massenhaft vertretenen „Edelkitsch", mit dessen Zulassung die Ausstellungsleitung bis an die äußerste Grenze künstlerischer Freiheit gegangen ist.

Paul Wolf (Düsseldorf).

der Regierung und weiter zur Verteidigung gegen die von der Seemannsgewerkschaft gestellten Forderungen sämtliche Seeleute ausgesperrt haben."

Wenn man den Gedanken, der die Reeder zum Prozeß gegen den Staat begeisterte, folgerichtig zu Ende denkt, dann sind es schließlich nicht die Reeder, sondern die Seeleute, die die Subventionen schlucken. Dieser Einwand hätte uns gerade noch gefehlt: Subventionsforderungen „im Interesse der Seeleute und Schiffbauarbeiter". Warum auch nicht, baut man doch sogar Kriegsschiffe und — Zellengefängnisse „im Interesse der Arbeiter".

Zum Schluß sei erwähnt, daß die Linie nach Australien, für die der Norddeutsche Lloyd mit 1,9 Millionen Mark unterstützt wird, der Peninsular and Oriental Steam Navigation Company 2,9 Millionen und der Oriental-Line 3,5 Millionen Mark Unterstützung von der englischen Regierung einbringt. Doch befördern die englischen Linien mit größeren und schnelleren Dampfern vierzehntäglich, während der Lloyd nur eine monatliche Verbindung aufrecht hält. Auf die Tonne der laufenden Schiffe berechnet, stellt sich die deutsche Subvention etwas höher als die englische. Einen wirtschaftlichen Schaden erleidet Deutschland durch die Aufgabe der Linie nicht, da die Frachtdampferverbindung mit Australien von Bremen (Norddeutscher Lloyd) und Hamburg (Deutsche Australi-Linie) bei wöchentlicher Beförderung allen Forderungen gerecht wird. L.

Der Kampf in Breslau ist beendet.

Am 14. Juli fanden Verhandlungen mit den Arbeitervertretern der Linke-Hofmann-Werke statt, die nach einer fast fünfstündigen Dauer den Friedensschluß ergaben. Es wurden für den Wiedereintritt der ausständigen oder infolge des Ausstandes entlassenen Arbeiter die nachstehenden Bedingungen vereinbart:

1. Die Direktion erklärt, daß sie nicht die Absicht hat, die mittleren Durchschnittsverdienste der einzelnen Arbeiterkategorien, wie sie bisher bestanden haben, zu verringern.

Es werden Aenderungen an den im Werk gültigen Akkorden nur vorgenommen, wenn sie durch Vereinfachungen, technische und betriebstechnische Verbesserungen oder Massenarbeit begründet sind. Bei Massenarbeit wird die Mindeststückzahl, für die der Akkord gilt, angegeben.

Bei Akkordfestsetzungen, bei denen sich bei fleißiger und sachgemäßer Arbeit herausstellen sollte, daß mit der Festsetzung eine Härte verbunden ist, soll auf Antrag der beteiligten Arbeitnehmer eine Nachprüfung und gegebenenfalls eine Erhöhung stattfinden.

2. Die Direktion wird weder eine Antastung des Koalitionsrechtes noch eine Agitation in den Werkstätten, ganz gleich für welche Organisation, dulden. Eine Bevorzugung oder Benachteiligung der Arbeiter wegen ihrer Organisationszugehörigkeit wird nach wie vor nicht stattfinden.

3. Die Einstellung erfolgt für Mitglieder der Betriebskrankenkasse ohne ärztliche Untersuchung.

Es soll versucht werden, jeden Arbeiter wieder auf seinen von ihm verlassenen Platz zu bringen, soweit es die Betriebsverhältnisse und die Rücksicht auf die zurzeit im Werk arbeitenden Leute zulassen.

Fremde Arbeiter werden bis zum 15. September 1914 nicht eingestellt, ehe nicht die ausgeschiedenen, die den betreffenden Platz besetzen könnten, berücksichtigt worden sind. Die Einstellung derjenigen Arbeitnehmer, die bis zum Tage des Friedensschlusses von den Linke-Hofmann-Werken einberufen sind, wird dadurch nicht berührt.

Bei der Wiedereinstellung werden die älteren und verheirateten Arbeiter möglichst zuerst berücksichtigt.

Maßregelungen werden nicht stattfinden.

4. Den wieder eingestellten Arbeitern sollen nach einer Frist von einem Jahre, sofern sie während dieser Zeit zu Störungen im Betriebe keine Veranlassung gegeben haben, auf ihren Antrag für die von den Linke-Hofmann-Werken zu gewährenden Vergünstigungen die früher im Werk zugebrachten Jahre in Anrechnung gebracht werden. Diese Anrechnung tritt im Falle einer Invalidität infolge eines Betriebsunfalles, sowie bei Todesfall eines Arbeiters sofort ein.

Die im § 9 des Statuts der Unterstützungskasse angegebene Karenzzeit von drei Monaten fällt für die Frauen der Wiedereingestellten fort.

5. Die am 22. Mai 1912 für die Gießerei getroffenen Bestimmungen bleiben bestehen.

Soweit die Dieselmotorarbeit schlechtere Verdienste gebracht, soll ein Ausgleich durch besser bezahlte Arbeit möglichst herbeigeführt werden.

Alle sonstigen Erklärungen, die in den Verhandlungen während der diesjährigen Bewegung abgegeben sind, werden durch vorstehende Vereinbarungen ersetzt.

Die Zusagen in den Punkten 2 und 4 werden von der Direktion nur dann aufrechterhalten, sofern die Arbeiterschaft die Punkte 1, 3 und 5 unverändert annimmt.

Der Tag, an dem die Wiedereinstellung der Arbeiter beginnen kann, und die Art und Weise, wie sie zu erfolgen hat, bleiben besonderen Bestimmungen der Direktion vorbehalten.

Die unterzeichnete Kommission nimmt die vorstehenden Bedingungen an und verpflichtet sich, sowohl in der Art Kommission als auch in den Ausschußversammlungen diese voll zu vertreten und zur Annahme zu empfehlen.

Am 15. Juli beschäftigte sich eine Sitzung der Vertrauensleute der Ausgesperrten mit dem Vertragsentwurf. Die Aussprache war den neuen Bedingungen nur günstig. Bei der Abstimmung stimmte nur ein Vertreter gegen die Annahme der Vereinbarung. Mehr als 200 waren dafür. Auch die Versammlungen der Ausgesperrten äußerten sich weit überwiegend für die Annahme der neuen Abmachungen. Es wurden auch Stimmen laut, denen die Zugeständnisse der Firma nicht weit genug gingen. Aber auch sie ließen sich schließlich zum weitaus größten Teil davon überzeugen, daß dieser Abschluß des Kampfes ehrenvoll genug für die Arbeiter sei. Die Abstimmung ergab 3007 Stimmen für Annahme der Einigungsbedingungen, 406 für Weiterführung des Kampfes. Zu einzelnen Firmen mit

	Ja	Nein		Ja	Nein
Metallarbeiter	1544	288	Landsportarbeiter	290	26
Holzarbeiter	389	25	Maler und Lackierer	128	11
Fabrikarbeiter	437	43	Gewerkverein	224	13

*

Zu dem Ausgang des Kampfes wird uns aus Breslau noch geschrieben:

—k— Die Ausgesperrten der Linke-Hofmann-Werke haben die Einigungsbedingungen, die ihnen die Verhandlungskommission unterbreitete, angenommen.

Damit stehen wir am Ende eines wirtschaftlichen Kampfes von der größten Bedeutung. Zwei gigantische Gegner maßen ihre Kraft. Da stand auf der einen Seite eine der leistungsfähigsten Firmen Deutschlands. In arbeitsreichen Jahren häuften sich die Millionen in ihren Tresors. Trotz hoher Dividende an die Aktionäre war es ihr möglich, aus dem Schweiße ihrer Arbeiter einen Goldschatz anzuhäufen, der unverzeihlich schien. Er sollte nicht nur die Reserve für schlechte Zeiten sein, nein, mit seiner Hilfe sollten auch die eigenen Erzeuger, die fleißigen Arbeitsbienen des Werkes, niedergehalten werden. Denn schon lange sind der Firma die alten patriarchalischen Grundsätze fremd geworden, die man ihren Begründern nach nachrühmen muß. Strengere Herren und gefühllose Rechner sind an ihre Stelle getreten. Nicht das Wohl und Wehe der vielen tausend Arbeiter ist heute ausschlaggebend, sondern der bare Gewinn der Aktionäre. Wie er erzielt wird, ist gleichgültig, die Hauptsache ist, daß er erzielt wird.

Und nur darum trat ein Mann an die Spitze der Direktion, der mit geradezu amerikanischer Fähigkeit die Arbeitskraft der Angestellten auszunützen verstand. Die Steigerung der Leistungsfähigkeit des einzelnen bis zum äußersten war sein Grundsatz. Ob dabei der Körper des Arbeiters vorzeitig dahinsiechte, das war gleich. Mehrwert hieß die Losung. Ihr galt das Bestreben, den Lohn herabzusetzen.

Da aber erhob sich die geknechtete Arbeiterschaft in furchtbarer Größe. Lange genug hatte sie Elend und Ungemach ertragen, jetzt war das Maß voll. Und einig standen 4000 ernste Männer vor den Werktoren. Lieber feiern, lieber Not und Hunger leiden, als sich einem Tyrannen dauernd beugen. Und dem Riesen Kapital starrte ein anderer Riese furchtlos in die Augen: das organisierte Proletariat war kampfbereit.

Wohl wußte jeder, daß dies ein bitter ernster Kampf werden sollte. Denn hier handelte es sich nicht um die vorgeschobenen Lohnfragen. Die waren nur der Vorwand der Direktion, ein billiges Mittel, den Widerstand der Arbeiter zu erproben. Um Machtfragen sollte gekämpft werden. Will die Leitung des Werkes etwa bestreiten, daß sie den Kampf schon lange vorbereitet hatte? Hatte man sich nicht alle Mühe gegeben, einen „Werkverein" aufzupäppeln? Versuchte man nicht mit allen Mitteln, die Arbeiter werkabhängig zu machen? Jetzt glaubte man endlich so weit zu sein, den wuchtigen Schlag gegen die noch aufrechten Arbeiter wagen zu können.

Der Schlag ging fehl. Die klugen Diplomaten hatten sich verrechnet. Es kam ein Morgen, da waren die Werkstätten verödet. Nur hier und da mühte sich ein arbeitswilliges Männchen, den Tag hinzubringen. In den Bureaus standen die Beamten zusammen und unterhielten sich, denn sie hatten nichts zu tun. Die Betriebsführer und Ingenieure aber eilten verzweifelt durch die kalten Schmieden.

Und dann kamen die Streikbrecher in Scharen. Mit ungeheuren Kosten schleppte man sie aus allen Ländern Europas zusammen. Seuchengefahr und Läuse hielten ihren Einzug in Breslau. Nie hat es so viele zweifelhafte Existenzen beherbergt, wie in diesen Tagen. Aber sie verklärte der Heiligenschein des Arbeitswilligen, und dem beugen sich alle Gewalten. Dafür wurden die aufrechten Arbeiter, die den schweren Kampf um ihre Menschenrechte wagten, von der Polizei verfolgt und von einer gewissen Presse des satten Bürgertums in gemeiner Weise beschimpft. Die schändlichsten Lügen wurden über sie in die Welt gesetzt, und die ganze Scharfmacherpresse Deutschlands druckte sie mit Wonne nach. Alles, was irgend in Breslau Böses geschah, hing man den Männern an, die zehnmal besser sind als ihre Feinde.

Niemals aber ist ein so schwerer wirtschaftlicher Kampf so ruhig und würdig geführt worden, wie dieser. Da haben viele Tausende Arbeiter fast ein halbes Jahr hindurch Not und Sorge getragen. Sie haben die Massen der Arbeitswilligen anrücken sehen, mußten sich öffentlich verhöhnen und beschimpfen lassen. Und doch blieben sie ruhig und besonnen. Nicht ein einziger Fall von Ausschreitung, trotz aller Herausforderung, trotz des manchmal sehr scharfen Vorgehens der Polizei und der Gerichte. Wer so diszipliniert ist, vor dem muß man den Hut ziehen. Die Art, wie die Arbeiter der Linke-Hofmann-Werke ihren gerechten Kampf führten, sichert ihnen ein bleibendes Denkmal in der deutschen Arbeiterbewegung.

Mit einem solchen Gegner hatten die Leiter der Werke auch nicht gerechnet. Sie glaubten vielleicht, daß es ihnen möglich sein würde, die Arbeiter im ersten Ansturm niederzuwerfen. Zuversichtlich diktierten sie schon in den ersten Tagen des Kampfes die Friedensbedingungen. Völlige Unterwerfung, das war das mindeste, was sie von ihren Arbeitssklaven verlangten. Aber dieser erhabene Ton sollte bald kräftig gedämpft werden. Die ersten, die Herrn Eichberg schnöde im Stich ließen, das waren die noch einigermaßen brauchbaren Arbeitswilligen aus Elberfeld, Berlin und anderen Orten. Sogar diesen Braven graute vor dem Paradiese in der Grundstraße. „Wir sind nicht gekommen, um zu arbeiten, sondern um Geld zu verdienen," erklärte einer dieser Musterarbeiter. „Kollegen, noch eine solche Kolonne wie wir, dann habt Ihr gesiegt!" rief ein anderer den am Wege stehenden Streikposten zu.

Und er hatte recht. Furchtbar haben die Lieblinge des Kapitals im Werke gehaust. Fast sah es manchmal so aus, als ob sie absichtlich für den Schutthaufen arbeiteten. Da war selten ein Stück Arbeit, das einwandfrei aus ihren Händen kam. Unschätzbar sind die verlorenen Werte. Das konnte der prallste Geldsack auf die Dauer nicht aushalten. Das hatte die Direktion wohl nicht erwartet. Schleunigst suchte sie sich die gefährlichsten Subjekte vom Halse zu schaffen. Aber die Geister, die sie rief, sollte sie nicht so leicht wieder los werden. Unzählige Male wurde die Firma vor das Gewerbegericht gezogen, und sehr oft mußte sie schwer zahlen, um die lieben Plagegeister abzufinden. Auch der ingeniöse Plan des Herrn Eichberg, die Ausgesperrten nach Möglichkeit durch weibliche Arbeitskräfte zu ersetzen, scheiterte an der erfreulichen Tatsache, daß sich sehr wenig Frauen und Mädchen fanden, die ihre Arbeitsehre so in den Schmutz traten.

Da ist es kein Wunder, daß der Direktion das Wasser bald bis zum Halse stand und sie weder aus noch ein wußte. Auch die Streikbrecherinserate, die sie in fast allen bürgerlichen Blättern Deutschlands und einigen des Auslandes losließ, hatten keinen Erfolg. Dabei sank die Produktion trotz der prahlerisch angekündigten 3000 Arbeitswilligen auf die denkbar niedrigste Stufe. Das fünfzigfache hätte mit derselben Zahl des alten Arbeiterstammes geleistet werden können. Schon lag die Möglichkeit sehr nahe, daß die einst so überlegene Firma im Konkurrenzkampf ausgeschaltet werden konnte. Da endlich, in der höchsten Gefahr, kam der Direktion die Erleuchtung. Sie lenkte ein.

Vom ersten Tage des Kampfes an hatten die Arbeiter ihre Friedensliebe betont. Sie stellten keine Forderungen, sie wollten keine Vorteile, die über den Rahmen des alten Arbeitsverhältnisses hinausgehen würden. Nur die Akkordkürzungen sollten aufgehoben werden. Daran aber glaubten sie festhalten zu müssen. Das war der Gedanke, der sie alle zusammenschweißte. Die freiorganisierten Arbeiter aller beteiligten Organisationen, die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinler, ja auch die Christlichen standen einig und fest dem übermütigen Kapital gegenüber. Nur die katholischen Fachvereine dürfen neben dem sehr verdächtigen Werkverein den ironischen Ruhm für sich in Anspruch nehmen, Arbeitswillige geworden und ihren Brüdern im schwersten Kampfe in den Rücken gefallen zu sein. Mögen sie das mit ihrem frommen Gewissen abmachen. Den Lohn ihres Verrats ernten sie nicht, denn nicht als Geschlagene kehren die Ausständigen ins Werk zurück. Diesen ist der Ruhm beschieden, einen gewaltigen wirtschaftlichen Streit ehrenvoll ausgekämpft zu haben. Sie können mit Recht erhobenen Hauptes durch die Fabriktore ziehen.

Der Kampf ist beendet, und jetzt lohnt es sich wohl, seine Schlußrechnung zu würdigen. Gewiß, nicht alles, was die Arbeiter gewünscht, ist erstritten worden, und der Erfolg scheint klein gegen die Opfer, die er gekostet. Aber das scheint nur so. Gewaltig ist der moralische Erfolg des Kampfes. Eine übermütige Direktion, ausgerüstet mit allen Hilfsmitteln einer raffinierten Technik und mit riesigen Geldmitteln, unterstützt vom Bunde der Industriellen, wirft sich auf ihre armen, seit Jahren ausgebeuteten Arbeiter. Können die dem gewaltigen Druck des vereinten Kapitals widerstehen?

O, sie können es wohl, denn sie sind nicht allein. Millionen aufrechter Arbeitsbrüder stehen hinter ihnen. Ihre Sache ist die Sache der Brüder im ganzen Reiche. Die Organisation ist es, die den Kampf für sie führt, und sie wird das äußerste wagen. Wenn auch Not und Sorge über die Schwelle des Arbeiterheims treten, wenn man auch blutenden Herzens sehen muß, wie den Lieben das Brot fehlt, doch heißt es ausharren. Hier handelt es sich um das Höchste und Heiligste eines aufrechten Mannes, um seine Menschenwürde. Für sie ist kein Opfer zu groß, und sei es selbst das Leben.

Diese Ueberzeugung mußte siegen, und sie siegte auch. Schwer waren die langen Wochen des Ausstandes mit ihrer bangen Ungewißheit der Zukunft. Aber die Breslauer Arbeiter haben gezeigt, daß sie Männer sind, sehr achtenswerte Gegner eines übermütigen Unternehmertums. Dieser Ausgang ihres so begeistert unternommenen Feldzuges wird allen Industriellen einen heilsamen Schreck in die Knochen jagen. Sie werden es sich in Zukunft zehnmal überlegen, einen ähnlichen Streich zu wagen. Den Arbeitern Deutschlands aber zeigt dieser Kampf, daß der Einigkeit gegenüber auch der gefährlichste Feind ohnmächtig ist. Eine starke, in sich gefestigte Organisation ist der mächtigste Rückhalt gegen die Ausbeuter.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 26. Juli der 31. Wochenbeitrag für die Zeit vom 26. Juli bis 1. August 1914 fällig ist.

* * *

An Stelle des aus dem Vorstand ausgeschiedenen Kollegen Richard Ochsle, Former wurde gemäß § 25 des Verbandsstatuts von der Verwaltungstelle Stuttgart der Kollege Former Hermann Kost bestimmt.

* * *

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts gestattet:

Der Verwaltungstelle **Kaiserslautern** 10 ₰ pro Woche.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

* * *

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Breslau:**

Der Arbeiter Paul Schotenstroh, geb. am 4. Febr. 1895 zu Schönfeld, Buch-Nr. 1,859481, wegen Unterschlagung und Betrug.

* * *

Für nicht wieder aufnahmefähig wird erklärt:

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Konstanz:**

Der Monteur Leopold Sauter, geb. 5. März 1885 zu Dillingen. Buch-Nr. 1,983962, wegen Streikbruch.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Saalfeld:**

Der Hobler Otto Josinger, geb. 3. Juni 1878 zu Witzendorf. Buch-Nr. 270030, wegen Streikbruch.

* * *

Öffentlich gerügt werden:

Auf Antrag von Untersuchungskommissionen in **Leipzig:**

Der Ankerwickler Heinrich Fratz, geb. 7. April 1886 zu Rheydt, Buch-Nr. 1,376229;

der Ankerwickler Friedrich Ohme, geb. 5. Oktober 1891 zu St. Michaelis, Buch-Nr. 1,255506;

der Former Gustav Schmidt, geb. 16. September 1880 zu Zeitz, Buch-Nr. 811793, sämtlich wegen unkollegialem Verhalten.

* * *

Aufforderung zur Rechtfertigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimaligen Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Dresden:**

Der Eisendreher Kurt Hoeger, geb. am ?, Buch-Nr. 2,279638, wegen Diebstahl.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Erfurt:**

Der Former Otto Märtens, geb. 7. Juli 1888 zu Braunschweig, Buch-Nr. 2,269382, wegen Betrug.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Kulmbach:**

Der Hilfsmonteur Gustav Emil Richter, geb. 4. Okt. 1878 zu Krumhermsdorf, Buch-Nr. 2,191134, § 22 Abs. 1a.

Auf Beschluß des **Vorstandes:**

Der Mechaniker Adolf Ringwald, geb. 6. Juli 1890 zu Kirchheim u. T., Buch-Nr. 2,105041, wegen Unregelmäßigkeiten in seinem Mitgliedsbuch.

* * *

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den „Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rötestraße 16 a" zu adressieren. Geldsendungen adressiert man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Rötestraße 16 a; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Zur Beachtung! • Zuzug ist fernzuhalten:

von **Ankerwicklern** nach Dortmund („Glückauf", Inh. H. Miebach) D.;
von **Bronzearbeitern** und **Metallgießern** nach Hersbruck (Firma Gustav Lepper i. Fürth, Betrieb Hersbruck) M.;
von **Drahtarbeitern** und **Nadlern** nach Hannover (F. Hentschel) D.;
von **Drahtziehern**

von **Elektromonteuren** nach Dortmund (Firma „Glückauf", Inh. Hugo Miebach) D.; nach Schwerin, L.;
von **Feilenhauern** und **Feilenschleifern** nach Hamburg (Firma W. Menge) L.; nach Kaiserslautern (Fa. Fried. Dommasch) M.; nach Kassel (Gebr. Kellner) St.; nach Mülheim a. Ruhr (Firma G. Henig) D.;
von **Formern, Gießereiarbeitern** und **Kernmachern** nach Eberswalde (Fa. Budde & Göhde) St.; nach Haspe i. W. (Fa. Ackermann) St.; nach Meerane D.; nach Oberburg, Kanton Bern, Schweiz, D.; nach Webau b. Weißenfels (Riebeckſche Montan-Werke) Mi.;
von **Gold- und Silberarbeitern** nach Hanau (Fa. Ferd. C. Heyler, Silberwarenfabrik) D.;
von **Klempnern, Installateuren** und **Rohrlegern** nach Bamberg, St.; nach Köln, L.; nach Krefeld D.; nach Plauen (Firma Schuster); nach Singen; nach Thorn, St.;
von **Kupferschmieden** nach Krefeld D.;

von **Metallarbeitern** aller Branchen nach Breslau (Linke-Hofmann-Werke) St.;
nach Eßlingen (Eßlinger Maschinenfabrik) D.; nach Gera (Fa. Todt); nach Göppingen (Fa. Speifer) St.; nach Greiz (Firma Strauß & Plarre) D.; nach Groß-Auheim b. Hanau (Firma Framag) D.; nach Großenhain (Firma Werner, Blechwarenfabrik) L.; nach Halle a. S. (Fa. Paul Feller) St.; nach Halle a. S. und Diemitz b. H. (Fa. Ludwig Kathe & Sohn, Karosseriefabrik) A.; nach Hartha b. Döbeln (Fa. Otto Striehl) St.; nach Leipzig-Eutritzsch (Jäger, Roth und Siemens-Werke) D.; nach München (Luxuswagen- und Karosseriefabriken) St.; nach Stuttgart (Karosseriewerk Reutter & Co. und Febeaswerke) St.; nach Stuttgart-Cannstatt (Karosseriewerk Auer) St.; nach Wiesbaden (Maschinenfabrik Wiesbaden) D.;
von **Metalldrückern** nach Sebnitz (Firma Fried. Hoffmann) L.;
von **Schlossern** nach Magdeburg (Bauschlosser) L.; nach Waldenburg (Fa. Aug. Mai, Inhaber Aug. Grundmann) D.;
von **Schmieden** nach Dortmund-Körne (Firma „Hansa", Kettenfabrik, Inh. Haunschild) L.; nach Stuttgart und Cannstatt (Karosseriewerke Reutter & Co. und Febeaswerke, St., und Auer) v. St.;
von **Schraubendrehern** nach Friedlingen bei Basel (Firma Gissinger, Sutter & Fahr, Uhrenschraubenfabrik) M.;
von **Stahlwarenarbeitern** nach Sheffield (Shear & Jackson) St.;
von **Waffenarbeitern** aller Art nach Solingen, St.;
von **Werkzeugschlossern** nach Göttingen (Firma E. Wiehle, Briefordnerfabrik) D.

(Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, die überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohn- oder Tarifbewegung; A.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; R.: Lohn- oder Akkordreduktion u. s. w.)

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Verhängung von Sperren müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungstelle beglaubigt sein.

Vor Arbeitsannahme in Orten, wo keine der obigen Anlässe in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Diese Anfragen sind von der Verwaltungstelle, der das Mitglied angehört, abstempeln zu lassen. Anfragen über Orte, wo keine Verwaltungstelle besteht, wolle man an den Vorstand richten. Das gleiche gilt für alle die, die an ihrem bisherigen Arbeitsort ihre Stelle wechseln.

Korrespondenzen.

Former.

Velbert. Die Ursachen des Streiks bei der Firma Hohagen, Hut & Co., G. m. b. H. Ein altes Sprichwort sagt: „Versprechen und halten, steht bei Jungen und Alten." Anders denkt Herr Klausing, Inhaber der Firma. Wir konnten früher berichten, daß die Differenzen bei der Firma durch einen Vertragsabschluß zur beiderseitigen Zufriedenheit erledigt seien, doch dieser Friede sollte nicht von langer Dauer sein. Schon am 27. Juni versuchte Herr Klausing den Vertrag zu brechen. Er stellte nämlich dasselbe Ansinnen an die Former, das auch zu den Differenzen geführt hatte. Er verlangte, daß die Former die Riemenverbinder für 10 ₰ das Kilo machen sollten, trotzdem am 20. Juni ausdrücklich vereinbart worden war, daß der frühere Preis von 12 ₰ beibehalten werden sollte. Selbstverständlich wurde dies von den Arbeitern rundweg verneint. Darauf mußten die drei Former, die an den Sachen beschäftigt waren, ihre Muster zum Kontor bringen, wo ihnen sofort gekündigt wurde, aber andere Modelle gab's nicht. Zu gleicher Zeit wurde auch sämtlichen Hilfsarbeitern gekündigt. Vorher war den Tempergußformern mitgeteilt worden, daß sie kein Eisen bekämen, weil Herr Klausing angeordnet hatte, den Deckel unter dem Kupolofen wegzureißen, trotzdem der Ofen schon am Brennen war. Weil die Temperformer nun nicht weiterarbeiten konnten, hatten sie den Betrieb verlassen, jedoch den Meister davon benachrichtigt. Denen wurde nun am andern Morgen ebenfalls gekündigt. Während der Kündigungszeit hat sich Herr Klausing auffallend viel um den Betrieb geklimmert, was man früher an ihm nicht gewohnt war. Der Herr versuchte nun, bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit seine Wut an den Arbeitern auszulassen. Nicht nach Bedarf, sondern auf Anordnung des Herrn K. mußte bald dieser, bald jener Arbeiter aussetzen, man schickte Hilfsarbeiter nach Hause, angeblich wegen Arbeitsmangel, trotzdem dadurch das Voranarbeiten der Former verhindert wurde. Die Arbeiter machten den Herrn darauf aufmerksam, daß sie in Kündigung ständen und die Firma verpflichtet sei, für genügende Beschäftigung zu sorgen, worauf ihnen erklärt wurde: „Er (Klausing) bezahle nichts, er sei nicht die Firma, sondern nur Teilhaber, die Firma sei eine G. m. b. H., das sei Revanche, er sei Stabsingenieur der Kaiserlichen Marine." Bei einer andern Gelegenheit, als wiederum kein Eisen geliefert wurde und ihn die Former darauf aufmerksam machten, daß dann die Ware nicht gut würde, weil die Kerne dann feucht geworden seien, gab er den Formern den guten Rat, die Kerne wieder herauszunehmen ohne jegliche Vergütung. Ein andermal gab er den Formern den Rat, die eingeformten Kusten wieder auf den Sandhaufen zu werfen und dieselben wieder neu einzuformen, dann verdienten sie doch immer noch mehr, als wenn alles Schrott werde. Auch hierbei wurde eine Entschädigung für die angefertigte Arbeit strikte abgelehnt. Am 14. Juli bekamen nun sämtliche Arbeiter ihre Abkehr, wurden aber auf Mittwoch den 15. morgens 8 Uhr sämtlich wieder bestellt mit der Motivierung, Herr Klausing wolle mit ihnen reden. Da stellte sich denn nun heraus, daß ein Teil der Arbeiter wieder dableiben sollte; natürlich wurden diese von der Firma ausgesucht. Doch die Arbeiter gingen nicht auf den Leim, sondern beschlossen einmütig, entweder bleiben alle oder keiner, zumal sie den Worten des Herrn Klausing doch nicht mehr trauten. Ein Teil der Arbeiter ist nun ausgelöhnt worden, ein anderer Teil wird noch sein Recht suchen müssen. Man hat nun versucht, den einen oder andern zu bewegen, doch wieder anzufangen, doch bis jetzt vergeblich. Aufgabe der Kollegen ist es, dafür zu sorgen, daß, wenn der Betrieb wieder eröffnet werden sollte, der Firma begreiflich gemacht wird, auch Arbeitern habe man sein gegebenes Wort zu halten. Kein Arbeiter darf bei der Firma Hohagen, Hut & Co. Arbeit annehmen.

Gold- und Silberarbeiter.

Hanau. Unternehmerterrorismus in der Edelmetallindustrie. Obwohl es ja noch wenig Arbeitern vergönnt ist, im Besitz von Ferien zu sein, gehörten die Hanauer Juwelenarbeiter bisher zu den Glücklichen, jedes Jahr sechs Arbeitstage in Ferien gehen zu können unter Fortzahlung des Lohnes. Die Ferien haben zum größten Teil schon vor der großen Lohnbewegung vor 1906 bestanden, sie wurden zum Teil auf Verlangen der Arbeiter und zum Teil freiwillig von den Unternehmern eingeführt. Bei der Bewegung 1906 konnte anderer wichtiger Abmachungen wegen die Ferienfrage für die genannte Industrie nicht geregelt werden, jedoch wurde abgemacht, daß die Ferien bestehen bleiben sollen; weitere Bewilligungen von Ferien sollten in das Ermessen der Unternehmer gestellt werden. Es wurden von diesen auch nachdem noch Ferien bewilligt. Auf einmal sollte es anders kommen; die Unternehmer faßten den Beschluß, ihre Mitglieder zu verpflichten, keine Ferien mehr zu bewilligen; die Arbeiter, denen man bisher Ferien bewilligte, sollten sie gnädigst behalten, dagegen sollen neuausgelernte und neueingestellte Arbeiter keine mehr bewilligt bekommen. Der Beschluß wurde gefaßt, ohne die vertragschließende Partei, nämlich den Deutschen Metallarbeiter-Verband, Zahlstelle Hanau und Umgegend, davon in Kenntnis zu setzen. Nur ein kleiner Teil von Scharfmachern in der Schmuckwarenindustrie soll diesen Beschluß gefaßt haben, wird er doch von einer Anzahl Unternehmer als lästig empfunden. Das beweist die Tatsache, daß sich einige von ihnen nicht an den Beschluß halten. Dieser Zustand trägt natürlich dazu bei, große Erbitterung unter den Arbeitern hervorzurufen, kommt es doch in einzelnen Geschäften vor, daß ein Teil Arbeiter in die Ferien geht, der andere das Nachsehen hat. Dieser unhaltbare Zustand fördert zweifellos die Arbeitsfreudigkeit nicht. In einigen Geschäften haben sogar die Lehrlinge Ferien, haben sie dann ausgelernt und kommen wo anders hin, dann verweigert man sie ihnen. Wie lange werden die Arbeiter diesen Zustand ertragen, der selbst von einigen Unternehmern als unhaltbar bezeichnet wurde? Aber die Ursache des geänderten Verhaltens der Unternehmer liegt eben darin, daß seit 1906 die Scharfmacher aus der Ketten- und Silberindustrie, die jedenfalls befürchteten, daß ihre Arbeiter auch einmal einen ähnlichen Wunsch äußern könnten, Oberwasser gewannen, und so kam der einseitige Beschluß zustande, der jedem Fabrikanten bei einer Konventionalstrafe verbietet, den Neuausgelernten und Neueintretenden die Ferien weiter zu geben. Wir sind auch heute noch der Meinung, daß ein großer Teil der Juwelenfabrikanten allen Arbeitern Ferien geben würde, wenn der andere Teil das nicht verhinderte. So hat zum Beispiel eine größere Firma anläßlich einer Jubiläumsfeier allen ihren Leuten Ferien bewilligt. Warum geht es denn da? Was in diesem Betrieb möglich ist, müßte auch jedem andern noblen Unternehmer gestattet sein. Bei der Dunlop-Aktiengesellschaft erhalten die Arbeiter jetzt alle Ferien, in der Eisengießerei Wilhelms-Kesselstadt und in der Möbelschreinerei Körner wurden Ferien eingeführt, also überall Fortschritt, nur die edlen Herren der Juwelenbranche wollen eine Beseitigung des Urlaubs.

Klempner.

Frankfurt a. M. Am 3. Juli wurde zwischen der hiesigen Spengler- und Installateur-Zwangsinnung und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband ein Tarifvertrag auf drei Jahre bis zum 1. April 1917 abgeschlossen. Vor drei Jahren war es uns nicht möglich, mit der Innung einig zu werden, die Kollegen mußten erst fünf Wochen streiken, um dann mit dem Verband der Unternehmer des Spengler- und Installateurgewerbes, dem die meisten größeren Firmen hier angehörten, einen Vertrag abzuschließen. Diesmal waren nicht allein die Gesellen, sondern auch die Unternehmer für die Kündigung des Vertrages; die Unternehmer wohl deshalb, damit der neue Vertrag mit der Innung abgeschlossen werde und dadurch alle Meister infolge der Zwangsinnung ihn anerkennen müssen. Daß er diesmal zustande gekommen ist, dazu mag der letzte fünfwöchige Streik, sowie der Kampfesmut der Kollegen beigetragen haben. Auch der jetzige Vorstand der Innung war unseren Forderungen entgegenkommender als der von 1911. Die wichtigsten Verbesserungen des neuen Tarifs sind: Die Arbeitszeitverkürzung von 55 auf 54 Stunden die Woche. Hier wurde von den Kollegen die Verkürzung auf Samstag verlangt, weil sich doch die eine Stunde auf sechs Tage nicht gut verteilen läßt; jedoch hielten die Meister grundsätzlich am bisherigen Schluß um 4 Uhr am Samstag fest, so daß der § 1 folgenden Wortlaut hat: „Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 54 Stunden. Beginn und Ende der Arbeitszeit, sowie die Festsetzung der Pausen bleiben der freien Vereinbarung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern überlassen. Jedoch ist die Arbeitszeit spätestens 6 Uhr abends, Samstag um 4 Uhr nachmittags zu beenden." Wir wollen hier nicht die Gründe aufführen, die für die Ablehnung unserer Forderung vorgebracht wurden. Daß es nur an dem guten Willen liegt, beweist, daß jetzt schon einige Meister diesem Wunsche der Arbeiter nachgekommen sind. Der Lohn beträgt für Junggesellen im ersten Halbjahr nach der Lehre 40 ₰ (früher 37), im zweiten Halbjahr nach der Lehre 43 ₰ (früher 40), ein Jahr nach beendeter Lehrzeit bis zum 21. Jahre 49 ₰, vom 1. Januar 1916 an 52 ₰ (früher bis 21 Jahre 45 ₰). Gesellen von 20 bis 24 Jahre erhalten 59 ₰, vom 1. Januar 1916 an 61 ₰ (früher von 21 bis 25 Jahre 55 ₰). Gesellen über 24 Jahre erhalten 67 ₰, vom 1. Januar 1916 an 70 ₰ (früher nach 25 Jahren 62 ₰). Alle zurzeit in Arbeit Stehenden, auch angelernte und Hilfsarbeiter, erhalten eine Lohnzulage von 3 ₰ die Stunde. Arbeiter, die durch diese Zulage die Mindestlöhne nicht erreicht haben, entsprechend mehr. Bei Arbeiten außerhalb der Werkstatt bis zur Entfernung von 5 Kilometer Luftlinie zwischen Arbeitsplatz und Hauptpost, Zeil 106/110 (die als Mittelpunkt für Frankfurt gilt), ist die Arbeitszeit einzuhalten; jedoch erhält der Arbeiter, falls die Entfernung mehr als 2 Kilometer Luftlinie zwischen Arbeitsstelle und Hauptpost beträgt, das Fahrgeld vergütet. Beträgt die Entfernung zwischen Arbeitsplatz und Hauptpost mehr als 5 Kilometer Luftlinie, so erhält der Arbeiter das Fahrgeld und die Fahrzeit vergütet, sowie eine Zulage von 50 ₰ den Tag. Bei Arbeitsstellen, von wo aus der Wohnort abends nicht zu erreichen ist und übernachtet werden muß, wird für den Tag eine Zulage von 3,20 ℳ bezahlt (bisher 3 ℳ). — Spengler und Installateure erhalten an den Feiertagen zu Ostern, Pfingsten und Weihnachten auf Verlangen Urlaub, desgleichen bei Montagen, die länger als drei Monate dauern, falls in diese Zeit nicht die genannten Festtage fallen. Fahrzeit und Fahrgeld vom Arbeitsort nach dem Sitz der Firma und zurück sind vom Arbeitgeber zu vergüten. — Auch der „christliche" Metallarbeiterverband hat sich bei dieser Bewegung wieder einmal bemerkbar gemacht. Nachdem die ersten Verhandlungen zwischen dem Gesellenausschuß und dem Innungsvorstand sowie einem Vertreter unserer Organisation stattgefunden hatten, die Vorlage der Meisterversammlung unterbreitet und daran verschiedene Verschlechterungen vorgenommen wurden, erschien bei der nächsten Verhandlung auch der christliche Vertreter Hainz. Man merkte es, daß er bei der neuen Vorlage die Hände mit im Spiel hatte, denn nicht allein die Meister, sondern auch Hainz legte sich besonders für eine neue Bestimmung ins Zeug, die da lautete: „Das Zusammenarbeiten mit anders- oder nichtorganisierten Arbeitnehmern darf nicht beanstandet werden." Er wollte „authentisches" Material bringen (was er jedoch nicht tat), sprach im allgemeinen von Terrorismus rc. Wirklich ein würdiger „Arbeitervertreter", dieser Christliche, der in der jetzigen Zeit, wo Scharfmacher und Regierung gegen die Arbeiterbewegung schon das Menschenmögliche tun, noch ein solches Vorgehen durch solche Begründungen unterstützt, obwohl selbst die Unternehmer nicht den geringsten Beweis für die Notwendigkeit, eine solche Bestimmung aufzunehmen, erbringen konnten. Daß aber die „Christlichen" dort, wo sie die Mehrheit haben, den schlimmsten Terrorismus treiben, wurde von Hainz anzuführen vergessen, jedoch vom Kollegen Bernard bei der Berichterstattung nachgeholt. Der Hauptzweck der „christlichen" Erscheinung war natürlich, mit uns zusammen den Vertrag zu unterzeichnen, was wir jedoch in Anbetracht der „großen Zahl" von 8 christlichen gegen unsere 430 Spengler ablehnten. Bemerkenswert war auch die Redewendung des Hainz: er lege besonders Wert darauf, mit uns zusammen den Vertrag abzuschließen. Ja, das glauben wir ihm ganz gern, daß es ihm weniger auf den Vertrag, als darauf ankommt, unsere Firma mit auf „seinem" Vertrag zu haben, um nach außen hin prahlen zu können: Seht, wie stark wir sind, der Deutsche Metallarbeiter-Verband muß uns anerkennen. Jedoch diesmal ist's vorbeigelungen. Wenn auch der Tarif nicht alle Wünsche der Kollegen erfüllt, so können wir doch im allgemeinen damit zufrieden sein. Aufgabe der Kollegen ist es, das Errungene hochzuhalten und für den nötigen Ausbau der Organisation zu sorgen. Der Eintritt in den Deutschen Metallarbeiter-Verband muß die Folge für den letzten unorganisierten Spengler sein, denn wer ernten will, muß auch säen.

Krefeld. Die Klempner und Installateure haben wegen Nichtbewilligung ihrer Forderungen am 17. Juli die Arbeit eingestellt. Zuzug ist fernzuhalten.

Osnabrück. Die Lohnbewegung der hiesigen Klempner und Installateure wurde mit einem guten Erfolg beendet. Der Mindestlohn für 21 Jahre alte Gehilfen wurde von 49 auf 53 ₰ erhöht; die Erhöhung um 4 ₰ kommt auch den älteren Gesellen zugute, die einen höheren als den Mindestlohn haben. Im Jahre 1915 und 1916 erfolgt je 1 ₰ Zulage. Am 31. März 1916 tritt die 9½stündige Arbeitszeit in Kraft mit einem Lohnausgleich von 3 ₰ über 50 ₰ Lohn und 2½ ₰ unter 50 ₰. Für Ueberstunden werden 10 ₰, für Nachtarbeit 50 ₰ Zulage bezahlt. Sonntagsarbeit wird doppelt bezahlt. Als Entschädigung für Mittagessen wird 1,25 ℳ, für auswärtige Montagen 2,75 ℳ bezahlt. Für Grubenanschlüsse mit Tonrohrabreißen werden 5 ℳ, ohne letzteres 4 ℳ bezahlt; für Grubenreinigung 20 ℳ. Für besonders schmutzige Arbeiten, Reinigen der Klosetts, Pissoirs oder Abfluß von diesen werden 50 ₰ besonders vergütet. Der Vertrag gilt bis zum Jahre 1917. In einer am 24. Juni abgehaltenen Klempnerversammlung wurden diese Vereinbarungen angenommen. Waren auch die Wünsche einzelner Kollegen höher als das Ergebnis der langen Verhandlungen, so verschlossen sich die Kollegen dem Gedanken nicht, daß sie die Zugeständnisse nicht von der Hand weisen dürfen. Ob durch einen Streik mehr herausgeholt würde, ist sehr zweifelhaft. Die Kollegen haben alle Ursache, mit dem Erfolg zufrieden zu sein. Es darf nicht verkannt werden, daß unser gesamtes Organisationsleben noch in der Entwicklung steht und die Lohn- und Arbeitsverhältnisse nur nach und nach verbessert werden können. Eins mögen aber die Osnabrücker Kollegen aus der Bewegung lernen: den Ausbau der Organisation nachhaltiger zu betreiben als bisher. Schon bei dieser Bewegung konnten sich die Meister dem Eindruck nicht entziehen, daß die Gesellen gut organisiert waren und es mit ihren Forderungen sehr ernst nahmen. Aber viele Kollegen waren noch nicht lange Mitglieder und vielfach fehlte ihnen die notwendige Schulung. Deshalb muß die Vertragszeit von drei Jahren dazu ausgenutzt werden, ein reges Versammlungsleben zu pflegen und für die Ausbreitung und Festigung des Verbandes tätig zu sein. Wird dieses durchgeführt, dann sind wir in der Lage, bei Ablauf des Tarifes 1917 das begonnene Werk weiter auszubauen.

Metallarbeiter.

Aschersleben. Ein Obergelber der Ascherslebener Maschinenbau-Aktiengesellschaft hat dem Dorado den Rücken gekehrt. Der Former Schönsee befand sich beim Streik unter der Katzmarecktruppe, und zwar als „Berliner". In der „Blütezeit" war er wegen seiner großstädtischen Herkunft der „geistige" Leiter seiner Kumpane. Diesen Nimbus suchte er sich auch zu bewahren, als aus den Reihen der Streikenden Arbeitswillige in die Fabrik zurückkehrten. Mit Uebereifer wirkte er deshalb für die Gründung des gelben Werkvereins, wobei er es verstand, bei der Betriebsleitung sich angenehm zu machen. Aber es fehlten ihm die Eigenschaften, sich mit guter Arbeitsleistung seine Stellung zu sichern. Nach und nach bemerkte die Betriebsleitung seine Unfähigkeit, trotzdem er von seinen übrigen in der Kolonne beschäftigten Formern über Wasser gehalten wurde. In der guten Zeit hatte S. jedoch das Bedürfnis, seine Finanzen neben seinem Verdienste etwas aufzubessern. Machte dies doch zur Zeit wenig Schwierigkeiten, zumal von der Betriebsleitung selbst Angebote gemacht wurden. Der Vorschuß sollte als „Bindeglied" zwischen der Betriebsleitung und den Arbeitern wirken. Die Betriebsleitung hatte nun wohl nach „angemessener" Zeit die Absicht, die entsprechenden Raten einzuziehen, aber das bereitete Schwierigkeiten. S. hatte doch mit den ihm zu Gebote stehenden Mitteln nur gerade die Möglichkeit, den Geschäften als Werkvereinsagitator nachkommen zu können. Hielt er es doch für seine höchste Pflicht, den Bekanntmachungen am schwarzen Brett: „Die Kameraden treffen sich zum Frühschoppen bei Kamerad Specht, Paulecke" (oder bei List) eifrigst nachzukommen. So geschah es, daß das Konto sich nur langsam verringerte. Dieses und noch anderes bedrückten S. derartig, daß er sich entschloß, diesem Zustand mit einem Schlage ein Ende zu bereiten. In dem Bewußtsein, seinen Namen mit „ehernem" Griffel eingetragen zu wissen, „überwand" er eine achttägige Krankheit und schied auf Nimmerwiedersehen. Wie schwer mag ihm dieser Schritt geworden sein! War er doch einer von denen, die beim Familienabend des Werkvereins mit innigstem Gefühl die Weise sang: „Ach bleib bei mir und geh nicht fort, in der ‚Ama' ist der schönste Ort." Leider hat S. seine Entschließung zu früh durchgeführt, sonst wäre es ihm vergönnt gewesen, seine Werkvereinskollegen in Kampfstimmung beobachten zu können. Diese haben es unternommen, ihren Vorstand zu beauftragen, bei der Direktion vorstellig zu werden, daß die Abzüge, die auf verschiedene Arbeiten vorgenommen wurden, unterbleiben sollen. Der Vorstand hat diese ehrenvolle Aufgabe auch erfüllt und hat seinen Auftraggebern dahin berichtet, daß die Direktion erklärt habe, „Abzüge seien nicht gemacht worden". Sie, die Vorstandsmitglieder konnten dies auch aus eigener Beurteilung bestätigen, indem ihnen Abzüge nicht gemacht worden seien. Die Werkvereinsmitglieder waren trotz ihrer wirtschaftsfriedlichen Gesinnung nicht überzeugt, daß das, was ihnen ihr Werkvereinsvorstand berichtete, mit der Wahrheit übereinstimmt. Tiefer Groll wühlt deshalb in ihrer Brust, und bei einem ist in bezug auf Gründung der Pensionskasse aus einem Paulus ein Saulus geworden. Strebte und schwärmte er bisher für dieses Ideal, so erklärt er jetzt, daß es unmöglich sei, mit dem erreichten Verdienst einen Beitrag von 60 ₰ wöchentlich für die Pensionskasse leisten zu können. Durch diese Vorgänge erhalten die Ausführungen des Herrn Direktors Noé in der Arbeitgeber-Zeitung (siehe Metallarbeiter-Zeitung Nr. 25) eine etwas eigentümliche Beleuchtung.

Chemnitz. „Betriebsverhältnisse bei der Firma Gebr. Langer & Co." Mit dieser Tagesordnung beschäftigte sich eine am 8. Juli abgehaltene Versammlung der Arbeiter dieses Betriebes. Den Anlaß dazu gab der Wunsch der Arbeiter, die tägliche Arbeitszeit, die jetzt mit Ausnahme am Sonnabend noch zehn Stunden beträgt, um eine Viertelstunde zu verkürzen. Der Betrieb von Langer gehört noch zu den wenigen, wo abends nach 6 Uhr Schluß ist. Es ist leicht erklärlich, daß die Arbeiter den Wunsch haben, von den schönen Tagen auch etwas zu genießen. Man glaubte auch, daß Herr Langer diesem berechtigten Wunsch keine Schwierigkeiten bereiten würde. Es kam aber anders. Als der Arbeiterausschuß vor längerer Zeit versuchte, mit Herrn Langer zu verhandeln, erklärte er, daß es ihm nicht möglich sei, zu verhandeln, weil er herzkrank wäre. Der Arbeiterausschuß nahm darauf Rücksicht und verhandelte mit dem Obermeister Brand, der jedoch von einer Kürzung der Arbeitszeit nichts wissen wollte. Erschwert wurde das Verhandeln noch durch das Verhalten der von der Firma ernannten gelben Gesangvereinsbrüder. Bei einer späteren Aussprache mit Herrn Langer zeigte es sich, daß von Herzkrankheit bei ihm nicht viel zu merken war, wohl aber desto mehr von Mangel an sozialem Verständnis. Herr Langer will die Arbeitszeit nicht verkürzen, weil er anderen Betrieben nicht „nachäffen" will. Es ist nur merkwürdig, wie gern man anderen Betrieben nachäfft, wenn man die Löhne kürzt, da scheut man die Nachäffung nicht, da scheut man es auch nicht, sich auf die Konkurrenz zu berufen. Dem Arbeiterausschuß wurde die tröstliche Versicherung gegeben, daß, wenn es einmal faul gehe, vielleicht nur einen halben Tag gearbeitet würde. Für den berechtigten Wunsch der Arbeiter hat also Herr Langer nur Hohn. Bei dieser Verhandlung wurde vom Arbeiterausschuß auch darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, bessere Ventilation im Betriebe zu schaffen. Herr Langer stellte sich auch da auf einen ablehnenden Standpunkt. Er sagte, die Gewerbeinspektion hat meinen Betrieb besichtigt und keine Mängel gefunden. Wenn die Beamten der Gewerbeinspektion nur an die Arbeiterschaft selbst herangehen würden, dann würden ihnen gar viele Mißstände nachgewiesen werden. Herr Langer hatte für die Wünsche des Arbeiterausschusses nur die eine Antwort: „Wem's nicht paßt, kann gehen." Zwei Arbeiterausschußmitglieder hat er kurz nach der zweiten Verhandlung unter nichtigen Vorwänden gemaßregelt. Wenn er die unbequemen Mahner herauswirft, kann er die Sache aber nicht bessern. An Stelle der Gemaßregelten tritt jetzt die Organisation, die die Zustände der Oeffentlichkeit unterbreitet. Die Einrichtungen des Betriebes lassen in mancher Beziehung zu wünschen übrig. So wird darüber geklagt, daß bei den am Boden befindlichen Vorgelegen der sogenannten Berliner Schraubenbänke keine Schutzkasten sich befinden, trotzdem hinter diesen Vorgelegen Leute in unmittelbarer Nähe arbeiten. In der Revolverdreherei werden Elektromotoren von 50 und 60 Pferdestärken mit einem Gewicht bis zu 15 Zentnern an die Decke gehängt, ohne daß genügende Schutzvorrichtungen gegen das Herabfallen vorhanden sind. An vielen Maschinen fehlen die Räderverdecke. Unter Antreibriemen fehlt ebenfalls die Schutzvorrichtung, trotzdem eine Arbeiterin und ein Arbeiter darunter arbeiten. Die Unfallgefahr wird erhöht durch das System der Akkordpreisberechnung. Ein Vorarbeiter probiert die Arbeit eine Viertelstunde lang aus, würgt dabei die Werkzeuge herunter, ohne sich neue vorzurichten, und was er in einer Viertelstunde gemacht hat, berechnet

er auf den ganzen Tag. Daß ein Arbeiter nebenbei noch Werkzeuge vorzurichten, Material zu suchen und noch andere Dinge zu tun hat, berechnen diese Vorarbeiter nicht. 30 *M* Wochenverdienst erscheinen diesen Leuten noch als zu viel. Man kann das ja verstehen, wenn man hört, daß es Vorarbeiter gibt, die nur 28 bis 30 *M* Wochenlohn erhalten. Es gibt eben Leute, die durch einen Titel glücklich werden. Die Firma macht auch Abzüge vom Lohn, die vom Gewerbegericht schon längst als ungesetzlich erklärt wurden. Den Arbeitern werden zerbrochene Schneidbohrer vom Lohn abgezogen. Es ist das um so mehr zu verurteilen, weil die Firma diese Schneidbohrer von einem Lehrling herstellen läßt, der im zweiten Lehrjahre steht. Daß da das Härten nicht immer richtig gelingt, ist erklärlich. Ein weiteres Glanzstück der Firma ist, daß Bücher zum Lohneinschreiben, die 5 ₰ kosten, mit 50 ₰ bezahlt werden sollen, sobald sich ein Fettfleck darin befindet. Putzlappen sollen mit 35 ₰ bezahlt werden. Das Stehenbleiben bei anderen Arbeitern kostet 1 *M*. Auf die Lohnzahlung muß oft 15 bis 20 Minuten nach Feierabend gewartet werden. Die Beiträge für die Krankenkasse werden nicht durchweg für die richtige Klasse abgezogen. Es fehlt im Betriebe vor allen Dingen an Ventilation. Im Automatensaal, in der Werkzeugschlosserei, in der Schmiede herrscht oft ein unerträglicher Gestank. Wenn Herr Langer das Geld, das er für die Fahne seines gelben Gesangvereins und die Fahnenweihe oder für das Bild im neuen Rathaus ausgegeben hat, für eine bessere Ventilation verwendet hätte, so hätte er soziales Verständnis bewiesen. Es heißt, daß Herr Langer Absichten auf den Sitz eines Stadtverordneten hat. Wenn das wahr ist, so kann man aus der Stiftung des Bildes Schlüsse ziehen. Herr Langer sagt, er könnte die Maschinen nicht mit Eau de Cologne einschmieren lassen. Das haben die Arbeiter nicht verlangt, denn Eau de Cologne wird meist nur von denen gebraucht, die es notwendig haben, ihrem Körper künstlichen Wohlgeruch zu verleihen. An Schleifmaschinen für Eisenstangen fehlen Absaugvorrichtungen, auch bei einem Teil der Schleifmaschinen im dritten Saal. In der Schleiferei ist die Ventilation im ganzen ungenügend. Garderobe, Speisesaal und Waschraum werden wöchentlich nur einmal gereinigt. Der Waschraum dient zugleich als Garderobe. Da stehen auch die Fahrräder. Durch das herumspritzende Wasser rosten die Räder. Einen Fahrradständer, der nur wenig kostete, hat Herr Langer noch nicht beschaffen lassen. Für die Frauen und Mädchen ist ein Raum von zirka 50 Quadratmeter Speisesaal, Garderobe und Waschraum. Darin sollen sich über 80 Frauen aus- und ankleiden, waschen und auch ihr Essen einnehmen. Der Verdienst schwankt zwischen 8 und 18 *M*. Die Frauen erhalten immer einen niedrigeren Akkordpreis als die Männer. Die Behandlung der Arbeiterinnen durch Vorgesetzte läßt zu wünschen übrig. Ihnen gleich tun es verschiedene gelbe Gesangvereinsbrüder. Es sind überhaupt liebe Leute, diese gelben Gesangvereinsbrüder. Sie lassen sich in die Versammlung schicken, um den Meistern und Vorgesetzten Bericht zu erstatten. — Aus Vorstehendem ist zu ersehen, daß die Verhältnisse im Langerschen Betriebe sehr viel zu wünschen übrig lassen. Durch die Gelben werden die Arbeitsbedingungen verschlechtert. Herr Langer hat zwei Mitglieder des Arbeiterausschusses gemaßregelt, damit glaubt er, die Wünsche der Arbeiterschaft unterdrückt zu haben. Er irrt sich. Die Arbeiter werden nun den Weg gehen, den ihnen auch Herr Obermeister Brand empfohlen hat, nämlich den, sich zu organisieren im Deutschen Metallarbeiter-Verband. Dann wird Herr Langer auch noch mit sich reden lassen, wenn er sieht, daß die Arbeiter nicht gewillt sind, sich auf die Dauer auf der Nase herumtanzen zu lassen.

Schlosser.

Hannover. Von der Handwerkskammer zu Hannover erhalten wir folgendes Schreiben vom 18. Juli 1914: In Nr. 23 Ihrer Zeitung vom 6. Juni 1914 wird auf der Seite 186 in einer Zuschrift aus Hannover das Lehrlingswesen im hiesigen Schlosserhandwerk beleuchtet. Wir ersuchen, nachdem wir erst vor kurzem davon Kenntnis bekommen haben, um Veröffentlichung folgender Berichtigung: Für das Schlosserhandwerk sind im Bezirk der Handwerkskammer Hannover Vorschriften über die Höchstzahl der Lehrlinge noch nicht erlassen. Es kann daher jeder Schlossermeister soviel Lehrlinge einstellen, wie es der Umfang und die Art seines Betriebs zulassen. Es ist daher möglich, daß einige Meister im Verhältnis zu der Größe ihres Betriebs zuviel Lehrlinge beschäftigen. Diese Erscheinung ist aber lediglich eine Folge des starken Ueberangebots von Schlosserlehrlingen. Etwa 90 Prozent aller Knaben, die sich zur Erlernung eines Handwerks entschließen, wählen den Schlosserberuf, teils weil dieser Beruf die Grundlage vieler anderer Erwerbszweige bildet, teils weil die Schlossergesellen gegenüber anderen Handwerkern die weitaus größte Aussicht haben, in staatliche Werkstätten zu gelangen. Vielfach spielt der Gedanke, einmal „Ingenieur" zu werden, mit. Die Handwerkskammer hat schon mehrfach öffentlich vor dem Zudrang zu dem Schlosserhandwerk gewarnt und hat vielen Eltern, die die Lehrstellenvermittlung der Kammer in Anspruch nahmen, geraten, ihre Söhne anderen Handwerken zuzuführen. Selbstverständlich drückt der Zudrang auch auf die allgemeinen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Wenn gute Schlossermeister wegen Lehrlingsstellen überlaufen werden, so ist es kein Wunder, wenn sie nicht gerade glänzende Bedingungen bieten. Die in der Zuschrift aufgemachte Statistik ist nicht richtig. Es ist hierbei übersehen, daß die in die Lehrlingsrolle der Kammer eingetragenen 1337 Lehrlinge nur bei solchen Meistern lernen, die keiner Innung angehören. Die bei den Innungen angemeldeten Lehrlinge sind nicht berücksichtigt. Bei der amtlichen Zählung der Handwerksbetriebe sind im Bezirk der Handwerkskammer Hannover, der den Regierungsbezirk Hannover, den Kreis Grafschaft Schaumburg im Regierungsbezirk Kassel und das Fürstentum Pyrmont umfaßt, im Jahre 1913 19 004 Handwerksbetriebe mit 21 381 Gesellen und 7599 Lehrlingen festgestellt worden. Hierunter befinden sich 362 selbständige Schlosser, die 762 Lehrlinge beschäftigen, so daß auf einen Meister nicht 4,7, sondern nur 2,1 Lehrlinge entfallen. Richtig ist es, daß die Ausbildung der Lehrlinge in einigen Werkstätten (nicht allgemein) noch zu wünschen übrig läßt, jedoch läßt sich hier eine Aenderung nur dann schaffen, wenn die Namen der Lehrmeister bekannt sind. Wir sind für Bekanntgabe der Namen solcher Lehrmeister dankbar, die angeblich ihre Lehrlinge ungenügend ausbilden oder ihnen die nötigen Ruhepausen usw. nicht gewähren. Besonders bitten wir um Angabe der Fälle, in denen 1. der Lehrling nach 3½ Jahren weder Stange noch Knarre kannte und 2. der Lehrmeister seinen Lehrling als Erntearbeiter ausgeliehen und den Verdienst des Lehrlings für sich beansprucht hat. Der Obermeister der hiesigen Schlosserinnung weiß von diesen Vorkommnissen nichts, ihm ist auch nie eine Anzeige der Ortsverwaltung Hannover des Metallarbeiter-Verbandes zugegangen. Die ihm in der Zuschrift unterschobene Aeußerung ist falsch. Ueber die Krankenversicherungspflicht der Schlosserlehrlinge sei bemerkt, daß vor dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung bei der hiesigen Schlosserinnung eine auf Innungsbeschluß beruhende Krankenkasse für die Lehrlinge bestand. Bei der Eintragung in die Lehrlingsrolle hatte der Lehrling insgesamt 30 *M* zu entrichten, worin die Krankenkassenbeiträge während der ganzen Lehrzeit enthalten waren. Die Lehrmeister bezahlten jährlich 5 *M* pro Lehrling in diese Kasse. Erst im vorigen Jahre hat die Innung für die Krankenkasse eine Sonderumlage beschlossen, wofür jeder Meister pro Lehrling und Vierteljahr 1.25 *M* zu entrichten hatte. Mit dem 1. Januar 1914 ist die Lehrlingskrankenkasse eingegangen. Die Innungsmitglieder sind eingehend über ihre Pflichten der Ortskrankenkasse gegenüber aufgeklärt. Wir bitten, uns die Namen der Lehrmeister mitzuteilen, die angeblich den vollen Kassenbeitrag von ihren Lehrlingen erheben. Den Vorwurf, daß die Handwerkskammern versagen, müssen wir, soweit hannoversche Verhältnisse in Frage kommen, zurückweisen. Die Handwerkskammer Hannover betrachtet die Regelung des Lehrlingswesens als eine ihrer vornehmsten und wichtigsten Aufgaben. Aus dieser Erkenntnis heraus hat sie bisher alle Mißstände auf dem Gebiete des Lehrlingswesens zu beseitigen versucht und alle ihr zugehenden Anzeigen untersucht und weiterverfolgt. Es bleibt [illegible], daß die [illegible] keine Strafrechtbefugnisse haben, sondern nur Anträge an die Verwaltungsbehörden und Gerichte stellen könnten. Schon mehrfach sind diese Stellen den Anträgen der Kammer nicht gefolgt; sie haben zum Beispiel Lehrmeister, die sich schwerer Pflichtverletzungen gegenüber den Lehrlingen schuldig gemacht haben, bedeutend milder bestraft, als es die Kammer in ihren Anträgen gefordert hatte. Anderseits hat die Kammer mit diesen Behörden aber auch mehrfach festgestellt, daß die besonders aus der Gesellenschaft gegen einige Betriebe erhobenen Beschwerden ungerechtfertigt waren. Es sei daran erinnert, daß im Jahre 1905 gegen zwei der größten handwerksmäßigen Schlossereien in Hannover aus der Gesellenschaft der Vorwurf der Lehrlingszüchterei erhoben war. Bei der im Beisein von Vertretern der Regierung, des Magistrats, der Handwerkskammer, der Innung und ihres Gesellenausschusses vorgenommenen Besichtigung der Betriebe mußten sich jedoch die Gesellen davon überzeugen, daß von einer Lehrlingszüchterei keine Rede sein konnte, daß vielmehr sämtliche Lehrlinge eine dem Stande ihrer Lehrzeit entsprechende gute Ausbildung aufwiesen. Werden in einzelnen Betrieben dennoch Mißstände beobachtet, so wird ihnen am schnellsten abgeholfen, wenn die zuständigen Stellen, Innung oder Handwerkskammer, hierauf hingewiesen werden. Die Handwerkskammer zu Hannover. H. Plate. Dr. Wienberg.

Waldenburg i. Sachsen. Herr August Grundmann, Inhaber einer Bau- und Kunstschlosserei (Firma: August Mai) in Waldenburg i. Sachsen, hat es den großen „Herren im Hause" glücklich abgeguckt, wie diese sich räuspern und wie sie spucken. Bei ihm besteht noch die 65stündige wöchentliche Arbeitszeit. Die Löhne sind nicht besonders hoch und die Auslösung für Montagearbeiten gering. Der Wunsch der Kollegen, die Arbeits- und Lohnbedingungen zu verbessern, war deshalb begreiflich. Die von den Arbeitern aufgestellten Forderungen sind der Firma von der Bezirksleitung unseres Verbandes übermittelt worden. Darauf hat Herr Grundmann folgenden Ukas erlassen: „Bekanntmachung! Auf Grund der hinter meinem Rücken stattgefundenen Agitation verbiete ich dieselbe in meinem Betriebe ein für allemal und mache ganz besonders darauf aufmerksam, daß ich jeden sofort entlasse und nach Befinden sofort zur Anzeige bringe, wer zuwiderhandelt. § 153 der Gewerbeordnung sagt, daß derjenige mit drei Monaten Gefängnis bestraft wird, der andere durch Bedrohung zwingt, oder Verrufserklärung bestimmt oder zu bestimmen sucht, an Verabredungen und Vereinbarungen zur Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen teilzunehmen, oder mit einem andern Arbeiter nicht mehr zusammenarbeiten will, der von derartigen Bestrebungen nichts wissen will." — Das ist wenigstens einmal etwas ganz Neues: Herr Grundmann verbietet „die Agitation auf Grund derselben"! Die sächsischen Streikpostenverordnungs-Juristen werden sich nun beschämt an die Brust schlagen, wenn sie hieraus ersehen, wie einfach es doch gewesen wäre zu sagen: Das Streikpostenstehen wird verboten auf Grund desselben! — Aber Herrn Grundmann scheint sein „Grund" doch auch nicht ausreichend gewesen zu sein, deshalb steckte er sich hinter den § 153, den er für seine grundmännische Auffassung durch die Schlußbemerkung zurechtzumachen suchte. Jedenfalls ersieht man aus dem Ukas, welches Unheil die Hetze in der Unternehmerpresse gegen die Arbeiterbewegung in leicht erregbaren Gehirnen anrichtet.

Werftarbeiter.

Kiel. Die Arbeitsverhältnisse der Werft- und Metallarbeiter in Kiel und Umgegend. In jeder Woche kommen Dutzende von Anfragen von den Kollegen aus dem Innern Deutschlands, wie es mit den Arbeitsverhältnissen auf den hiesigen Werften und in den sonstigen Betrieben der Metallindustrie stehe. Soweit die anfragenden Kollegen arbeitslos sind, geben wir Auskunft. Denen aber, die noch in Arbeit stehen, werden wir in Zukunft eine schriftliche Antwort nicht mehr geben. Damit die Kollegen aber im allgemeinen unterrichtet sind, wollen wir für jetzt folgendes berichten. Unsere Kollegen wissen ja, unter welchen Bedingungen die Werftarbeiter im vorigen Jahre die Arbeit aufgenommen haben. Man hätte nun nach allem, was während der Zeit vor der Aufnahme der Arbeit von der bürgerlichen Presse geschrieben wurde, erwarten können, daß die Werftbesitzer, um für die Zukunft ruhige Arbeitsverhältnisse herbeizuführen, die Arbeit nach den alten Bedingungen aufnehmen ließen. Das ist aber nur in wenigen Fällen gestattet worden, bei der Mehrzahl der Abteilungen wurden Verschlechterungen eingeführt. Auf die einzelnen Fälle hier einzugehen, hat keinen Wert. Wenn wir von der Organisation versuchten, durch Verhandlungen geordnete Verhältnisse zu schaffen, dann wurden wir entweder abgewiesen oder die Direktoren machten Versprechungen, die unteren Organe taten jedoch, was sie wollten! So ist es denn nicht zu verwundern, wenn das Arbeiten auf den Werften sich in dumpfem Groll fortsetzt. Um den Arbeitern zu zeigen, daß die Werftbesitzer Herren der Situation sind, wurde bei Einstellung der ungelernten Arbeiter darauf gedrungen, daß sich diese der gelben Organisation anschließen. Da die Geschäftslage im Baugewerbe Kiels eine ziemlich schlechte ist, so hat man mit diesem Trick auch bei einer Anzahl Glück gehabt. Allzu groß ist der Fang aber nicht gewesen, das beweisen die Zahlen der Mitgliedschaften der freien Gewerkschaften. Zugute kam den Unternehmern, daß der Zuzug von Arbeitern nach Kiel im Laufe des letzten Jahres ein sehr großer war. Dieses Angebot von Arbeitskräften, besonders im Maschinenfach, wurde von den leitenden Organen im Maschinenbau der Germaniawerft besonders ausgenutzt. Strafen und Akkordabzüge sind an der Tagesordnung. Wenn die Kollegen sich dagegen wehren, das Arbeitsverhältnis lösen und nicht abreisen, dann kommen die Gewaltigen vom Arbeitsnachweis auf Anordnung der Werftbesitzer bei und lassen die Leute 6 bis 8 Wochen arbeitslos umherlaufen. Einmal erklärt man: „Wem's nicht paßt, der kann ja aufhören, wir können Leute genügend erhalten", zu gleicher Zeit aber spielt das Telephon und es wird angeordnet: Die und die haben unnötigerweise das Arbeitsverhältnis gelöst und sind vorläufig nicht zu beschäftigen. Wenn die Leute dann infolge der Familienverhältnisse den Meister angehen um Wiedereinstellung, dann heißt es bei den Verhandlungen: „Ja, sehen Sie, die Leute legen frivolerweise hin und nachdem betteln sie sich wieder bei uns an, die Verdienste müssen doch noch gute sein." Neben der Verschlechterung der Akkordverdienste hat man in bezug auf Einstellung der Arbeitszeit Einrichtungen getroffen, daß die Arbeiter jetzt länger arbeiten müssen als vor der Bewegung. In welch schikanöser Weise man vorgeht, beweist folgender Fall, der neben den vielen anderen den Beweis liefert, daß wir in Deutschland gar nicht so sehr das „amerikanische System" zu studieren brauchen, unsere deutschen Unternehmer bringen es schon recht gut ohne ausländischen Unterricht fertig, die Arbeiter auszubeuten. Ein Teil der Dreher arbeitet auf der Germaniawerft, wie auch in den anderen Betrieben, an zwei Bänken. An der zweiten Bank erhielten sie bis vor kurzem 40 Prozent ausgezahlt. Jetzt, wo es in der Dreherei flau ist, bot man den Drehern nur noch 25 Prozent an der zweiten Bank. Um aber den Anschein zu erwecken, man sei human, wurde erklärt, daß man niemand zwinge, an zwei Bänken zu arbeiten. Wer nicht mehr an zwei Bänken arbeiten wolle, der könne ja an einer Bank arbeiten. Die Sache steht nun aber so: Dadurch, daß die Dreher in Zukunft nur an einer Bank arbeiten, wurde ihr Verdienst um 20 *M* die Woche (Nachtschicht) gekürzt. Durch diesen Druck bewirkte man dann, daß die Kollegen sich bereit erklärten, für weniger Prozente an der zweiten Bank zu arbeiten, denn einen derartigen Verlust auf einmal zu erleiden, ist für einen Familienvater nicht so leicht. Jetzt haben Verhandlungen stattgefunden und man hat versprochen, in gerechter Weise vorzugehen. Wie aber berichtet wird, handeln die unteren Organe noch wie vor in ungerechter Weise, die Strafen hageln nur so nieder. Wie es auf den Werften ist, so ähnlich sieht es auch in den anderen Betrieben aus, auch in denen versucht man, aus dem großen Angebot von Arbeitskräften Nutzen zu ziehen. Daß die Unternehmer sich mit diesem Ausnutzungssystem selbst am meisten schädigen, scheinen sie nicht einzusehen. Da wird bei den Verhandlungen und in den Stadtparlamenten immer davon geredet, die Arbeiterführer sollten dafür sorgen, daß die Arbeiter seßhafter werden. Ja zum Teufel noch einmal, wie sollen denn die es fertig bringen? Mit einem Akkordverdienst, der nur den blanken Taglohn zeigt, damit kann in Kiel kein Arbeiter bestehen und deshalb ist es auch zu verstehen, daß Tausende im Laufe des Jahres ihr Arbeitsverhältnis lösen. Von der Mitgliedschaft unseres Verbandes scheidet im Laufe des Jahres ein Drittel aus dem Arbeitsverhältnis. Da nutzt alles Reden nichts. Wenn die Herren Unternehmer nur ein wenig zurückdenken wollten, da würden sie finden, daß sie vor nicht allzu langer Zeit den Gewerkschaftsführern die besten Worte gegeben haben, damit Arbeiter nach Kiel kämen, jetzt aber, nach der Bewegung des vorigen Jahres, treiben sie ihre Rachepolitik. Die Herren haben wirklich in der Zeit nichts gelernt. Oder ist man etwa der Meinung, daß die Verhältnisse immer so bleiben, wie sie jetzt sind? Es kann über Nacht anders kommen, denn alles hat seine Grenzen. Den Kollegen Deutschlands empfehlen wir, es sich zweimal zu überlegen, bevor sie nach Kiel kommen, denn rosig sind die Arbeitsverhältnisse hier nicht.

Rundschau.

Ortskrankenkassentagung.

k. Zum erstenmal, nachdem das zweite, die Krankenversicherung behandelnde Buch der Reichsversicherungsordnung in Kraft getreten ist, kam der Hauptverband der Deutschen Ortskrankenkassen vom 12. bis zum 15. Juli in Darmstadt zu seiner diesjährigen Tagung zusammen. Der Hauptverband wurde in diesem Jahre neu aufgebaut. Nach der Reichsversicherungsordnung mußte die Zugehörigkeit der Ortskrankenkassen zu Kassenverbänden von Unternehmern und Arbeitern getrennt beschlossen werden. Das hatte zur Folge, daß einzelne Kassen dem Hauptverband nicht mehr beitraten, so die Münchener und die Kölner. Anderseits schlossen sich aber auch neue Kassen dem Verbande an. Die Zahl der ihm angehörenden Kassen ging im Berichtsjahre zwar von 504 auf 374 zurück. Doch hat dies seine Ursache in der Vereinigung der betreffenden Kassen zu allgemeinen Ortskrankenkassen. Die Mitgliederzahl der angeschlossenen Kassen stieg von rund 4 700 000 auf rund 5 Millionen. So ist heute der Mitgliederstand des Hauptverbandes größer als je zuvor. Verbandsvorsitzender Fräßdorf (Dresden) konnte darum auch in seiner Eröffnungsrede mit Freude auf diesen günstigen Stand des Hauptverbandes hinweisen.

An der Tagung nahmen 468 Delegierte teil — darunter 145 Unternehmer, 202 Versicherte und 121 Angestellte —, die 211 Kassen vertraten. Ferner hatten die Reichsregierung und die hessische Landesregierung sowie mehrere Versicherungsämter Vertreter entsandt.

Nach den üblichen Begrüßungsansprachen machte zunächst der Redakteur des kürzlich gegründeten Verbandsorgans, Die Ortskrankenkasse, Mitteilungen über diese Zeitschrift. Sie werde frei von aller Parteipolitik im Sinne einer fortgeschrittenen Sozialpolitik geleitet. Der Redner bat um größere Mitarbeit der Fachleute und um größere Verbreitung des Organs.

Der Vorsitzende der Ortskrankenkasse Frankfurt a. M., Eduard Gräf, referierte hierauf über die unmittelbare Abgabe von Arzneien und Heilmitteln durch die Krankenkassen. Die Ausgaben für Arzneien und Heilmittel seien so bedeutend gestiegen, daß man nicht achtlos daran vorübergehen könne. Die Patienten der Krankenkassen verbrauchen viel mehr Arznei als die Privatpatienten. Der Bezug von Waren im großen und ihre direkte Abgabe an die Kassenmitglieder bringe erhebliche Ersparnisse mit sich, auch werde dadurch ermöglicht, bessere Waren einzuführen. Auch die Errichtung von Badeanstalten, Zahnkliniken usw. brächten neben ganz bedeutenden Ersparnissen die Möglichkeit, den Mitgliedern größere Leistungen zu gewähren.

In der Aussprache stimmten die Redner den Ausführungen des Referenten zu. Vorgeschlagen wurde, eine Kommission einzusetzen, die unter Hinzuziehung von Aerzten die ganze Frage gemeinsam beraten soll. Diesem Vorschlag und den Leitsätzen des Referenten stimmte der Kongreß einmütig zu.

Ueber die Stellung der Zwangskassen zu den Ersatzkassen verbreitete sich Direktor Thier (Halle). Nach der Reichsversicherungsordnung sind alle Personen, die in versicherungspflichtiger Beschäftigung stehen, zur Krankenversicherung anzumelden. Die Mitglieder der Ersatzkassen haben aber das Recht, das Ruhen der Rechte und Pflichten zu beantragen. Für diesen Fall wird der Beitrag des Versicherten nicht erhoben, während von dem Unternehmerbeitrag vier Fünftel an die Ersatzkasse abzuliefern sind. Das der Ortskrankenkasse verbleibende Fünftel reicht aber nicht zur Deckung der Kosten aus. Der Meldezwang belastet darum die Ortskrankenkassen sehr. Der Referent forderte darum Aufhebung der Meldepflicht der Ersatzkassenmitglieder. — Nach einer zustimmenden Aussprache nahm der Kongreß einen im Sinne der Ausführungen des Referenten gehaltenen Antrag an.

Ueber die Entwicklung des Kassenbeamtenrechts seit dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung sprach Justizrat Dr. Mayer (Frankenthal). Die Reichsversicherungsordnung erstrebe aus politischen Gründen die Fesselung der Krankenkassen und ihrer Angestellten. Die staatsbürgerlichen Rechte der Angestellten sollten eingeschnürt werden. Sie würden zum Treueide verpflichtet und sollten, wenn sie durch ihr Verhalten in oder außer dem Amte sich der Achtung, des Ansehens oder des Vertrauens, das ihr Beruf erfordert, unwürdig zeigen, mit Dienstentlassung bestraft werden. Diese Bestimmungen bildeten eine Gefahr nicht nur für sozialdemokratische, sondern für alle freiheitlich gesinnten Angestellten. Der Kongreß unterstrich diese Ausführungen durch lebhafte Zustimmung.

Herr Professor Dr. Herxheimer (Frankfurt a. M.) sprach dann über Salvarsanbehandlung der Syphilis. Im Frankfurter Städtischen Krankenhaus, dessen Leiter der Referent ist, wurden in den letzten vier Jahren 11 500 Syphilitische nach dem Salvarsan-Quecksilberverfahren behandelt. Auf Grund der dabei gemachten Erfahrungen urteilt Dr. Herxheimer, daß Salvarsan das beste Mittel zur Bekämpfung der Syphilis ist. Er unterbreitete folgende Leitsätze:

„Bei jedem syphilitisch erkrankten Menschen ist, je frühzeitiger desto besser, eine kombinierte Salvarsan-Quecksilberbehandlung einzuleiten.

Das Salvarsan soll nach genauer Untersuchung des Patienten im Krankenhaus angewendet werden, wo der Patient mindestens die nächsten 24 Stunden verbleiben soll. Durch diese Kur wird der Ansteckungsgefahr anderen Menschen und speziell der Familie gegenüber nach dem heutigen Stande der Wissenschaft am besten entgegengewirkt.

Da durch die genannte Behandlung die Syphilis geheilt wird, oder doch Rückfälle außerordentlich eingeschränkt werden, so erwächst, neben den Vorteilen für die Patienten und für die Allgemeinheit, auch für die Krankenkassen ein sehr wesentlicher finanzieller Vorteil."

Die Versammlung nahm die Darlegungen des Referenten mit großem Beifall auf. Ein Redner meinte zwar, man müßte auch die Gegner hören und solle darum die Leitsätze nicht zum Beschluß erheben. Von anderer Seite wurde aber hervorgehoben, daß die Gelehrten in dieser Frage ziemlich einig seien. Man müsse sich auf den Boden der Wissenschaft stellen. Gegen zwei Stimmen wurde den Leitsätzen zugestimmt.

Einen sehr wichtigen Punkt der Tagesordnung bildete auch die Stellungnahme zu dem Abkommen mit den Aerzten, das im Dezember 1913 in Berlin abgeschlossen wurde. Der Referent Dr. Baum meinte, die Forderungen der Aerzte seien in der Hauptsache abgewehrt worden. Durch die Zustimmung zu den Abmachungen hätten die Kassenvertreter nicht nur ihrer Kasse einen großen Dienst erwiesen, sondern auch die deutsche Volkswirtschaft vor einer großen Erschütterung bewahrt.

In der Aussprache machte sich auch Unzufriedenheit mit dem Abkommen bemerkbar. Es hätte mehr für die Kassen erreicht werden können. Besonders wurde die Frage der Abfindung der „Nothelfer" — der Aerzte, die Kassenstellungen annahmen — besprochen. Der Leipziger Verband biete diesen Aerzten ein Trinkgeld als Abfindung an. Man müsse diese Herren anständig unterstützen, nachdem man sie vorher gebraucht habe. Der Kongreß stimmte einer Entschließung zu, in der er das Berliner Einigungsabkommen anerkennt. Die Verbandskassen werden verpflichtet, die vorgesehenen Beiträge zur Abfindung

der während der Konfliktszeit angenommenen Aerzte zu entrichten. Das soll auch geschehen in den süddeutschen Staaten, in denen besondere Abkommen bestehen, wenn die dort tätigen Kassenärzte sich gleichfalls auf den Boden des Berliner Abkommens stellen und sich an der Aufbringung der Mittel beteiligen.

Der Kongreß erörterte dann noch eine ganze Reihe Verwaltungsfragen. Damit waren seine Arbeiten beendet. Verbandsvorsitzender Fräßdorf konnte am Schlusse der Tagung mit Recht betonen, daß diese als sehr gelungen bezeichnet werden könne. Sie habe wirklich gute Arbeit geleistet und alle etwaigen Befürchtungen haben sich nicht erfüllt. Die Beschlüsse der Tagung werden sicherlich zum Wohle der Versicherten wirken.

Aus den Unternehmerverbänden.

Bundestag der Graveure und Ziseleure. Am 12. und 13. Juli hielt der Bund selbständiger Graveure und Ziseleure in Frankfurt a. M. seinen 10. Bundestag ab. Bemerkenswert war dabei der Ueberblick, den der Vorsitzende G. Siebmann (Berlin) über die verflossenen neun Bundestage gab. 1904 habe erst der Streik der Berliner Gehilfen die Meister auf den Plan gerufen, die dann eine wirtschaftliche Vereinigung gründeten, der sich später auch die Leipziger Prinzipale anschlossen. In den übrigen Städten bildeten sich erst nach und nach Ortsgruppen. Auf der letzten Agitationstour des Vorstandes wurden solche in Frankfurt a. M., Hanau, Kassel und Offenbach gegründet. Heute zählt der Bund in 130 Städten ungefähr 700 Mitglieder. Als eine seiner Hauptaufgaben betrachtet der Bund die wirtschaftliche Hebung des Berufs, der, obwohl zu den Kunstgewerben gehörend, sehr unter der Preisdrückerei und Schmutzkonkurrenz zu leiden habe. Weiter sei man auch bestrebt, das gute Einvernehmen mit den Gehilfen zu fördern und auch die Arbeitszeit zu regeln. Für die Mitglieder sei der neunstündige Maximalarbeitstag maßgebend. Am Vorstand habe es nicht gelegen, wenn die Berliner Vorarbeiten für eine tarifliche Regelung der Arbeitsverhältnisse nicht zum Ziele geführt hätten. Doch betonte der Vorsitzende bei einer späteren Gelegenheit, daß die Tarifverträge, wie auch der Achtstundentag kämen, ob man wolle oder nicht. Die Heimarbeit, die bei manchen Gehilfen leider noch willige Abnehmer finde, bekämpfe der Bund ebenfalls. Vor allem sei es Pflicht eines jeden Bundesmitgliedes, dafür zu sorgen, daß die Lehrlinge gut ausgebildet würden, denn nur ein Gehilfe, der etwas gelernt habe, brauche später einmal kein Preisdrücker zu werden. Auch in der Zahl der einzustellenden Lehrlinge soll weise Beschränkung geübt werden.

Der Antrag auf dem diesjährigen Bundestage, für die Golddruck- und Buntdruckbranche in den nächsten zwei Jahren keine Lehrlinge mehr anzunehmen, wurde abgelehnt. Dafür aber wurde beschlossen, daß die einzelnen Ortsgruppen verpflichtet sein sollen, alljährlich die Zahl der beschäftigten Gehilfen und Lehrlinge anzugeben, damit der Vorstand die Möglichkeit der Kontrolle habe. Es wurde weiter beschlossen, dafür einzutreten, daß auch die in den Fabriken ausgebildeten Lehrlinge sich der Gehilfenprüfung zu unterziehen hätten. Auch soll bei den Handwerkskammern dahin gewirkt werden, daß der für den Beruf künstlerisch ausgeführte Lehrbrief anerkannt wird.

Den Bundesvorstand durch die Kreisobmänner zu vergrößern, wurde abgelehnt. Ebenso der Antrag, den Zwangsinnungen bei korporativem Beitritt ermäßigten Beitrag zu gewähren. Da man schon auf dem letzten Bundestage den Beitrag von 12 auf 8 M. das Jahr herabgesetzt hatte, so sah man sich aus finanziellen Gründen gezwungen, lieber auf die Herren der Zwangsinnungen zu verzichten.

Sehr unzufrieden war man mit dem Bundesorgan, das nicht nur allgemein als ungenügend ausgestattet bezeichnet wurde, sondern man beklagte sich auch über den Verleger, der den wöchentlichen Arbeitsmarkt und die ausgeschriebenen Wettbewerbe ohne Einverständnis mit dem Vorstand herausgegeben habe, wodurch man sich in Gegensatz zu den Gehilfen gebracht, die zu dieser Angelegenheit in der Metallarbeiter-Zeitung Stellung genommen haben. Auch von anderen wichtigen Veröffentlichungen werde der Vorstand nicht zeitig genug unterrichtet. Man beschloß daher, nach Ablauf des sechsjährigen Vertrages diesen nicht mehr zu erneuern. Der Kassenbericht ergab eine Einnahme und Ausgabe von 5223,05 M. Empfohlen wurde eine bessere Benutzung der Kredit- und Sparkasse, die in der Lage sei, vier Prozent Zinsen zu gewähren. Auch sollen die schlechten Zahler mehr als bisher dem Vorstand gemeldet werden, damit dieser durch Verbreitung der Liste in der Lage ist, die Mitglieder vor weiterem Schaden zu bewahren. In den Vorstand wurden wiedergewählt die Herren G. Siebmann, P. Bennhold und J. Metzkow aus Berlin, als Stellvertreter die Herren Groß und Flock aus Leipzig und Maier aus Köln.

Staatsgefährliche Fahrräder.

Aus Notizen in früheren Nummern der Metallarbeiter-Zeitung ist unsern Lesern bekannt, mit welchem Haß das vom Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität ins Leben gerufene Fahrradhaus Frisch-Auf in Offenbach von Fabrikanten und Händlern bekämpft wird. Auch von der Marineverwaltung ist die Verkaufsstelle des Fahrradhauses in Kiel seit langer Zeit mit Boykott belegt. Den Mannschaften ist es verboten, dort auch nur eine Kleinigkeit zu kaufen. Die Verwaltung der Verkaufsstelle war nun nicht wenig erstaunt, als sie am 6. Juli von der Marine-Intendantur ein Schreiben erhielt, das mit den Sätzen beginnt:

„Im Mobilmachungsfall tritt für die Kaiserliche Marine ein erhöhter Bedarf an kriegsbrauchbaren Fahrrädern ein. Da Sie uns als leistungsfähig bezeichnet sind, werden Sie um baldgefällige vertrauliche Mitteilung gebeten, wieviele Fahrräder Sie gewillt und mit Sicherheit in der Lage sind, innerhalb der beiden ersten Mobilmachungstage an die Kaiserliche Marine zu verkaufen."

Es folgen dann die Vorschriften über Beschaffenheit der Räder und der zu liefernden Ersatzteile. Das Schreiben schließt:

„Die Intendantur behält sich vor, sich jederzeit von den Lagerbeständen und den sonstigen Vorbereitungen für den Mobilmachungsfall zu überzeugen. Ergibt die Prüfung eine Unvollständigkeit des Lagers oder die Unmöglichkeit des Lieferanten zur Ausführung der Mobilmachungsverpflichtungen, ist die Behörde berechtigt, in jedem Fall eine Vertragsstrafe bis zu 100 M. von ihm einzuziehen; außerdem steht ihr das Recht zu, sofort vom Vertrag zurückzutreten. Auf dieser Grundlage würde ein Vertrag mit Ihnen eventuell abgeschlossen werden."

Die Hauptverwaltung des Fahrradhauses Frisch-Auf in Offenbach a. M. hat nun der Marine-Intendantur in Kiel mitgeteilt:

„22. Juni 1914.

Durch unsere Kieler Filiale wurde uns das vom 6. Juni datierte Schreiben betr. Lieferung von kriegsbrauchbaren Fahrrädern für den Mobilmachungsfall übermittelt.

Hierzu möchten wir mitteilen, daß wir wohl in der Lage sind, derartige Räder zu liefern. Bevor wir jedoch eine zusagende Antwort geben, ersuchen wir um gefl. Mitteilung, weshalb denn seitens der dortigen Marineverwaltung unser Geschäft in Friedenszeiten boykottiert wird, demzufolge wir an die Marineverwaltung keine Räder verkaufen können.

Wir sind nun der Meinung, wenn unsere Räder in Friedenszeiten schon staatsgefährlich sind, dieses für den Kriegsfall in bedeutend höherem Maße der Fall sein müßte.

Wir haben nun unser Vaterland zu lieb, um dasselbe im Falle eines Krieges einer solchen Gefahr auszusetzen, daß vielleicht durch die von uns gelieferten Räder der Fall eintreten könnte, daß der Feind Sieger würde. Eine so schwere Verantwortung möchten wir nicht auf uns laden, bevor wir nicht wissen, ob die von uns zu erhaltenden Räder auch in Friedenszeiten brauchbar, mithin nicht staatsgefährlich sind, und der über unser Geschäft verhängte Boykott nur durch Irrtum geschehen.

Wir sehen also einer geneigten Rückantwort entgegen und werden nach zufriedenstellender Beantwortung gern mit Offerten dienen.

Hochachtungsvoll gez.: Fahrradhaus Frisch-Auf."

Eine Antwort auf dieses Schreiben ist noch nicht erfolgt. Sie wird auch nicht kommen.

Die Kriegervereine gegen die Konsumvereine.

In der Provinz Brandenburg werden gegenwärtig einmal wieder die Kriegervereine gegen die Konsumgenossenschaften mobil gemacht; so in Havelberg und Beelitz. Ein Landrat v. Graevenitz hat die Parole ausgegeben: „Kameraden, kauft bei Kameraden!" Wenn organisierte Arbeiter ähnliche Aufrufe erlassen, schreit man bekanntlich den Staatsanwalt um Hilfe an gegen solchen „Terrorismus". In Beelitz will man sogar die Mitglieder aus den Kriegervereinen entfernen, deren Frauen dem Konsumverein angehören. Vielleicht erweitert man die Vorschrift noch auf Groß- und Schwiegermütter. Der Erfolg solcher Maßnahmen pflegt eine Verminderung der Mitgliederzahl der Kriegervereine und eine Hebung des Umsatzes der Konsumvereine zu sein. Gleichwohl muß gegen die kameradschaftliche Unduldsamkeit Protest erhoben werden. Die Gewerkschaften werden bekanntlich in gleicher Weise behandelt. Ein Mensch, dem seine wirtschaftliche Selbständigkeit lieb ist, wird deshalb bestens für die Zugehörigkeit zu Vereinen danken, in denen er den Profitinteressen einer kleinen Clique von Leuten zuliebe sich kommandieren lassen muß, wo er einkaufen soll, und in denen man ihm untersagt, sich mit seinen Kollegen zur Verbesserung seiner Lohn- und Arbeitsverhältnisse zusammenzuschließen.

Den Vorwurf schlimmster Verletzung seiner Pflichten als Lehrherr

mußte sich der Maschinenfabrikant Fitze aus Saarbrücken durch das Kammergericht machen lassen. Fitze hatt 38 jugendliche Arbeiter unter 17 Jahren, die bei ihm als Lehrlinge beschäftigt sind, nicht zur Fortbildungsschule gehen lassen. Er wurde deshalb wegen Uebertretung des § 120 der Gewerbeordnung und des Ortsstatuts der Stadt Saarbrücken angeklagt. Der Angeklagte berief sich auf eine Bestimmung des Ortsstatuts, wonach nicht handwerksmäßig beschäftigte reine Fabrikarbeiter von der Schulpflicht befreit sind. Seine Lehrlinge, für die übrigens eine dreijährige Lehrzeit vereinbart ist, würden nicht handwerksmäßig beschäftigt. Dann erklärte er: Die Frage, ob er verpflichtet sei, die fraglichen Jugendlichen in die Fortbildungsschule zu schicken, sei für ihn wichtig. Er habe so viele jugendliche Arbeiter hauptsächlich deshalb, um Arbeitslöhne zu sparen. Wenn er sie alle in die Fortbildungsschule schicken müßte, dann würde das für ihn jährlich einen Verlust von 30 000 M. bedeuten.

Das Landgericht in Saarbrücken verurteilte den Angeklagten zu der niedrigen Geldstrafe von 20 M. Mit Rücksicht auf die Tatsache des Abschlusses eines Lehrvertrages und mit Rücksicht auf die Art der Ausbildung der jungen Leute nahm das Landgericht an, daß es sich um Lehrlinge handle, die auch handwerksmäßig beschäftigt würden und auf die die Ausnahmebestimmung des Ortsstatuts nicht zutreffe. Daß der Betrieb ein Fabrikbetrieb sei, wäre demgegenüber unerheblich. Die Gewerbeordnung kenne Lehrlinge in allen gewerblichen Unternehmungen, nicht bloß im Handwerk.

Der erste Senat des Kammergerichts unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Lindenberg verwarf die Revision des Angeklagten. Begründend wurde ausgeführt: Die Anwendbarkeit des Ortsstatuts sei ohne Rechtsirrtum angenommen worden. Höchst charakteristisch sei es, daß sich der Angeklagte selbst kühn zur sogenannten Lehrlingszüchterei bekenne und sage, er nehme die vielen jugendlichen Arbeiter, um Löhne zu sparen, und er würde 30 000 M. einbüßen, wenn er sie alle in die Fortbildungsschule schicke. Das sei fürwahr ein krasses Eingeständnis, daß er seine Pflichten als Lehrherr in schlimmster Weise verletzt habe. — An dem geringen Strafmaß könne der Senat leider nichts ändern.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1913.

Die letzte Nummer des christlichen Zentralblatts enthält den Bericht des Kölner Generalsekretariats über den Stand der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1913. Wie die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine und die freien Gewerkschaften, so sind auch die christlichen Organisationen im Berichtsjahre nicht von Mitgliederverlusten verschont geblieben. Der Bericht führt diese zunächst auf die gedrückte Wirtschaftslage zurück, dann aber macht er mehrere Spalten hindurch krampfhafte Versuche, zu beweisen, daß die Gesamthaltung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung einer gesunden Entwicklung des Gewerkschaftsgedankens nicht förderlich gewesen sei. Die sozialdemokratische Bewegung habe die gegenwärtige sozialpolitische Reaktionsperiode auf dem Gewissen, hinzu komme ihre „negative parlamentarische Tätigkeit". Aber Gott sei Dank, es zeige sich jüngst in der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung das Bestreben, sich den bürgerlichen Sozialreformern zu nähern, um mit diesen gemeinschaftlich das nachzuholen, was mit der sozialdemokratischen Isolierpolitik bisher nicht erreicht werden konnte. Diese Schwenkung sei nichts weniger als eine umfassende, unumschränkte Anerkennung der Politik der christlichen Gewerkschaften! „Was den christlichen Gewerkschaften bisher als Verrat an der Arbeiterklasse mit Schimpf und Verdächtigung zu verekeln gesucht wurde, erscheint jetzt auf einmal als der neue Weg, um der Arbeiterschaft zu praktischen, positiven Erfolgen zu verhelfen! Eine solche aus der unmittelbarsten Erfahrung geborene Anerkennung ist von der allergrößten Bedeutung und geeignet, die Position der christlichen Gewerkschaften für die Zukunft weiter zu festigen."

Wir sehen, für das „christliche" Generalsekretariat gibt es keine Blüte, aus der es nicht Honig saugen kann. Nach ihm ist es ein Unglück, daß die sozialdemokratische Bewegung überhaupt existiert. Wäre sie nicht da, so könnte Adam Stegerwald das ganze Arbeitervolk unter dem „christlichen" Gewerkschaftsbanner sammeln, keinem Reaktionär würde es einfallen, störend in die Gewerkschaftsbewegung einzugreifen, und in den parlamentarischen Körperschaften wäre stets Hochkonjunktur für eine sozialpolitische Gesetzgebung. Heidi, wäre das ein Wonnezustand! So aber steht die Sozialdemokratie dieser paradiesischen Entwicklung im Wege. Sie, die nach der Ansicht des Leiters des christlichen Generalsekretariats, Adam Stegerwald, nicht die geringste Existenzberechtigung hat, erlaubt sich, da zu sein und Millionen von Arbeitern als Anhänger zu haben. Der Sozialismus beging nach der Ansicht vieler Leute ein Verbrechen, als er die Arbeiterschaft aufrief, ihren inneren Wert in der Gesellschaft zu erkennen. Auf ihm lastet der Fluch, in der Brust des Jahrtausende hindurch geknechteten Arbeitssklaven die Menschenwürde erweckt und ihn zum Kampf gegen Unrecht und Ausbeutung aufgerufen zu haben. Der Sozialismus hat die Arbeiterklasse mit den Lehren der Disziplin und Solidarität bekannt gemacht, hat sie mit Kampfesfreude erfüllt. Welche Infamie! Und ist es nicht unerhört, daß die freien Gewerkschaften so erfüllt und durchsetzt von sozialistischem Geiste sind, daß sie in der ganzen Welt als die anerkannt mustergültigsten Arbeiterorganisationen dastehen, gehaßt und gefürchtet von allen Scharfmachern, Reaktionären und sonstigen Arbeiterfeinden. Warum haben die deutschen Arbeiter mit der Gründung von Organisationen nicht solange gewartet, bis die Stegerwald, Giesberts, Brust, Behrens und Konsorten auf der Bildfläche erschienen, warum fingen sie schon an, ihre Häupter zu erheben, als die Sturmtrompete des Kommunistischen Manifestes die Reveille blies! So etwas erscheint den erhabenen christlichen Gewerkschaftsführern verkehrt, das macht sie ganz paff! Für sie hat die Sozialdemokratie keinen größeren Fehler begangen als den, überhaupt da zu sein. Existierte sie nicht, dann brauchten die Reaktionäre keine auf sie zugeschnittene Sammlungs- und Verfolgungspolitik zu treiben. Dies Urteil des christlichen Generalsekretariats im Zentralblatt wirkt nicht einmal hart, sondern nur erheiternd.

Wenn nun aber in dem Bericht weiter gesagt wird, daß die sozialdemokratische Arbeiterbewegung so quasi den Bremsklotz der sozialpolitischen Gesetzgebung bildet, so trieft dieser Vorwurf von einer Heuchelei, die nicht zu überbieten ist. Die Sozialdemokratie stellt zum Besten der Arbeiterklasse seit Jahrzehnten in den Parlamenten die berechtigtsten Forderungen, die bürgerlichen Parteien lehnen sie ab oder die Regierungen widersetzen sich ihnen — aber was liegt dem Berichterstatter im Zentralblatt näher, als die zu beschimpfen und zu verleumden, die diese Forderungen zugunsten der Arbeiter aufstellen! Es ist wenig christlich, die Sozialdemokratie für das verantwortlich zu machen, was ihre Gegner verschulden. Unvorsichtig aber ist es, daß in dem Jahresbericht auf die Haltung der christlichen Arbeiterabgeordneten im Reichstage anläßlich der Beratungen der Reichsfinanzreform und der Reichsversicherungsordnung hingewiesen und sie als mustergültig hervorgehoben wird. Die Sozialdemokratie hat sich 1909 gegen die Steuerbedrückung der armen und ärmsten Arbeiter gewendet, hat die Sache auch des letzten christlichorganisierten Arbeiters vertreten, während die christlichen Arbeiterabgeordneten den Volksbedrückern die Steigbügel gehalten haben. Genau so trieben diese es bei der Durchpeitschung der Reichsversicherungsordnung, wo die Sozialdemokraten gegen die christlichen Arbeiterabgeordneten und ihre Helfershelfer sogar Forderungen verteidigen mußten, die von den christlichen Gewerkschaften und ihren Kongressen selbst vorher aufgestellt worden waren. Das kann nicht oft genug hervorgehoben werden. Ob die Durchführung der sozialdemokratischen Forderungen Geld gekostet hätte oder nicht, ob sie noch so bescheiden und berechtigt waren, sie wurden mit Hilfe christlicher Gewerkschaftsführer niedergetrampelt! Und die gleichen Leute stellen sich dann hin und erklären, die sozialdemokratische Partei habe eine negative Politik getrieben! So oft das christliche Zentralblatt diesen Vorwurf erhebt, muß es sich schon gefallen lassen, daß vernünftig denkende Leute diesen Vorwurf als gemeinen Schwindel tiefhängen.

Die „christlichen" Gewerkschaftsführer brauchen ja nicht christlich handeln zu lernen, sie sollten aber wenigstens so viel Grütze im Kopfe haben, um die Wirkung beurteilen zu können, die solche niederträchtigen und gemeinen, fortgesetzt wiederholten Beschuldigungen nach sich ziehen müssen. Diese Wirkung zeigt sich gewerkschaftlich — und darauf kommt es bei Beurteilung der Vorwürfe nicht wenig an — schon in dem beiderseitigen Stärkeverhältnis der christlichen und freien Gewerkschaften. Die erbärmliche Kampfesweise der christlichen Gewerkschaftsführer, ihr an Blödsinn grenzender Haß gegen die Millionen sozialdemokratischer Arbeiter und gegen deren Organisationen ist eine der Hauptursachen, daß es trotz aller aufgewendeten Mühen mit der christlichen Gewerkschaftsbewegung nicht vorwärts gehen will. Dafür zeugt ganz besonders der Arbeiterverrat des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter beim großen Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet.

Das Zentralblatt bestätigt es, daß die christliche Bergarbeiterorganisation in den Jahren 1912 und 1913 21 192 Mitglieder verloren hat. Allerdings hat auch die freie Bergarbeiterorganisation durch die Streiks, die durch die Schuld des christlichen Gewerkvereins verloren gingen, Verluste an Mitgliedern gehabt, aber weniger als der „christliche" Gewerkverein. Verluste wie die des Bergarbeiterverbandes bucht nach verlorenen Schlachten jede Organisation. Aber das Zentralblatt ist bisher nie müde geworden, den Streikbruch als „großen moralischen Erfolg der christlichen Gewerkschaftsbewegung" hinzustellen; und nun sehen wir, daß der gefeierte „Sieger" mehr als ein Viertel seiner Mitglieder verloren hat! Ohne diesen gewaltigen Rückgang hätten die christlichen Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit die Krise im Jahre 1913 gar ohne Mitgliederverluste überstanden. Also am Anschauungsunterricht fehlt es nicht. Und wenn das der christlichen Gewerkschaftsführung als Lehrmittel noch nicht genügt, dann mag sie die Gesamtentwicklung der christlichen und freien Gewerkschaften studieren.

Die christlichen Gewerkschaften bestehen nun schon 20 Jahre, sie haben keine Zeit durchgemacht, die diese Entwicklung gewaltsam gestört hätte. Am Jahresschluß 1913 zählten sie 341 735 Mitglieder, Ende 1912 350 930 und Ende 1911 350 574 Mitglieder. Stolz braucht die christliche Heerführung also auf ihren gewerkschaftlichen Anhang nach zwanzigjähriger, von tausend Seiten unterstützter Agitationsarbeit nicht zu sein. Es hat eine Zeit gegeben, wo die christlichen Gewerkschaften bessere Waffenbrüderschaft mit den freien Verbänden hielten, wie in den letzten Jahren. Dafür ging es früher auch schneller und lebhafter mit ihnen voran; nachdem aber ein christlicher Streikbruch den andern jagt, ein Verrat dem andern folgt, geht es nicht mehr vorwärts, mag die Geschäftslage gut oder schlecht sein. Vermag die christliche Gewerkschaftszentrale hieraus denn gar nichts zu lernen?

Die Gesamteinnahmen betrugen im Berichtsjahr 7 177 764 M., davon waren reine Mitgliederbeiträge 6 308 245 M.; die Ausgaben betrugen 6 102 688 M. und der gesamte Vermögensbestand am 31. Dezember 1913 belief sich auf 9 682 796 M. Für Streik- und Gemaßregeltenunterstützung wurden 989 631 M. ausgegeben, an sonstigen Unterstützungen 1 509 007 M. Für Agitation wurden 775 688 M. aufgewendet, für persönliche Verwaltungsausgaben 191 959 M. und für sachliche Verwaltung 304 040 M.; der Anteil der Lokalkassen betrug 1 192 429 M. Die Ausgaben für Verwaltung und Agitation halten sich so ziemlich die Wage mit den Ausgaben für Streiks und Unterstützungszwecke.

Streiks fanden statt:

	Anzahl 1912	Anzahl 1913	Beteiligte Personen 1912	Beteiligte Personen 1913
Angriffstreiks . . .	250	284	8599	6672
Abwehrstreiks . . .	77	72	1345	1308
Aussperrungen . .	32	35	3180	12756

Das ist alles, was an Mitgliedern in ernsten wirtschaftlichen Kämpfen verwickelt war; die meisten Ausgesperrten — in Krefeld und Bochum — wurden so frühzeitig von den christlichen Gewerkschaftsführern vom Kampfplatz zurückgerufen, daß von einem wirklichen Kampf in diesen Fällen gar nicht geredet werden kann. Die abgeschlossenen Tarife, über die Zahlen nicht angegeben sind, konnten meist auch nur im Schatten der freien Gewerkschaften miterzielt werden. Ohne die Kraft dieser Organisationen sähe es mit dem christlichen Tarifwesen windig aus. Wir haben keine Lust, die Zahlen aus der freien Gewerkschaftsbewegung, die auf obige Zahlen Bezug nehmen, zum Vergleich heranzuziehen. Das aber kann gesagt werden: Müßten sich die deutschen und auch die christlichorganisierten Arbeiter auf die Kämpfe der christlichen Gewerkschaften allein stützen, es sähe jämmerlich mit ihnen aus. Man versteht daher wirklich nicht, woher die christlichen Gewerkschaftsführer den Mut nehmen, die freien Verbände, überhaupt die sozialdemokratische Bewegung in solcher Weise zu bekämpfen, wie es fortgesetzt geschieht. Sie hätten alle Ursache, sich dankbar zu erweisen, anstatt gehässig zu sein. Aber wie sagte August Brust: „Wenn die Roten nicht so geschildert werden, wie wir es tun — und wie das auch im Zentralblatt fortgesetzt geschieht —, laufen schließlich die christlichen Arbeiter alle zur sozialdemokratischen Bewegung über."

Es könnte uns reizen, an dieser Stelle die „Annäherung der freien Gewerkschaften an die bürgerlichen Sozialreformer" zu besprechen. Die christliche Zentrale legt — wie wir sehen — viel Wert darauf, wir nicht mehr als nötig. Jedenfalls haben wir keine Ursache, das Gute, das die bürgerlichen Reformer wollen und bezwecken, zurückzuweisen. Es gibt sogar Fragen, in denen beide Richtungen zusammenarbeiten können, aber die künftige Entwicklung der freien Gewerkschaftsbewegung hängt von diesem Zusammenarbeiten nicht ab.

Vom Ausland.

Schweiz.

Chauffeurstreik in Zürich. In Zürich streiken die Taxi-Chauffeure zur Abwehr von teils durchgeführten, teils beabsichtigten Lohnkürzungen und vorgekommenen Maßregelungen. Die Streikenden fordern die Festlegung der heutigen Lohnregeln durch einen Tarifvertrag, ferner die Beseitigung der 24stündigen Wechselschicht und die Regelung der freien Tage, der Ferien. Bezahlung des Lohnes während des Militärdienstes und Regelung des Verhältnisses zur Unfallversicherung. Verhandlungen blieben erfolglos. Leider haben sich auch schon Streikbrecher gefunden, die den Uebermut der Unternehmer stärken. Bemerkenswert ist das den Streikenden vom Vertreter einer italienischen Automobilfabrik in Zürich gemachte Anerbieten zur Gründung eines

genossenschaftlichen Motordroschkenbetriebes, dem er sofort 10 Taxameter zu sehr günstigen Bedingungen liefern wollte. Das Kapital ist also bereit, auch mit streikenden Arbeitern ein Geschäft zu machen. Der Handels- und Transportarbeiterverband will das Anerbieten prüfen.

*

Strafe für betrügerischen Streikbrecherfang. Der Genfer Bauunternehmer Rubin stellte in Sitten 23 Maurer ein unter der unwahren Angabe, daß der dortige Bauarbeiterstreik beendet sei. Als die in Genf angekommenen Arbeiter vom Fortbestehen des Streiks erfuhren, verweigerten sie die Arbeitsaufnahme und verlangten vom Unternehmer die Rückerstattung der Reiseauslagen sowie den Lohn für drei Arbeitstage. Das Genfer Gewerbegericht gab der Klage Folge und verurteilte den betrügerischen Streikbrecherfänger zur Entschädigung an die 23 Arbeiter mit Beträgen von 25 bis 32 Franken. Das gerechte Urteil werden sich nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Unternehmer und Streikbrecherfänger für die Zukunft merken. —r.

Großbritannien.

Der Dampfmaschinenbauerverband (Steam Engine Makers' Society), die älteste Gewerkschaft der Maschinenbauer in Großbritannien, gab eben den 89. Jahresbericht heraus, der sich auf 1913 bezieht. Die Zahl der Zweigvereine nahm von 154 1912 auf 161 1913 zu, die Mitgliederzahl vermehrte sich in der Zeit von 15 504 auf 16 660, also um 1156 oder 7,4 Prozent. Beigetreten sind im Laufe des letzten Jahres 1776 Mitglieder (1943 1912, 1574 1911, 1059 1910 2c.). Seit Ende 1910 nahm die Mitgliederzahl dieses Verbandes von 13 401 auf 16 660 zu, das ist um 3259 oder 24,3 Prozent.

Ende 1913 waren von den Mitgliedern des Dampfmaschinenbauerverbandes 472 oder 2,8 Prozent Altersinvalide. Verstorben sind seit der Einführung der Altersinvalidenunterstützung 547 Mitglieder, die diese Unterstützung bezogen. Die Unterstützungsdauer währte bei 93 weniger als 1 Jahr, bei 187 1 bis 5 Jahre, bei 150 über 5 bis 10 Jahre, bei 108 über 10 bis 20 Jahre und bei 9 über 20 Jahre; ein Mitglied des Zweigvereins Nottingham stand nahezu 34 Jahre lang im Genuß der Invalidenunterstützung.

Die Zahl der arbeitslosen Mitglieder bewegte sich 1913 zwischen 82 im April und 128 im November; durchschnittlich waren 102 Mitglieder arbeitslos (193 1912, 152 1911, 339 1910, 840 1909, 534 1908 2c.). Von tatsächlicher Arbeitslosigkeit als wirtschaftlichem Uebel war 1913 überhaupt keine Rede; denn es kamen nur durch den Stellenwechsel bedingte kurzfristige Arbeitslosigkeitsfälle vor.

Zu einem bemerkenswerten Ausstand, der 15 Wochen dauerte, kam es im Berichtsjahr nur in Southampton. Der Kampf, der gegen den Willen des Verbandsvorstandes begonnen wurde, endete mit einem vollständigen Mißerfolg der Arbeiter. Außerdem kamen nur einige unbedeutende Streiks vor. Ohne Arbeitseinstellung wurden in einer Reihe von Orten Lohnerhöhungen und andere Verbesserungen der Arbeitsbedingungen erzielt, so in Preston, Grantham, Lowestoft, Yarmouth, St. Helens, Weymouth, Burton, Prescot Harecastle, Coventry, Norwich, Bradford, Ashton, Newark, Nottingham 2c. Wie viele Mitglieder an den Lohnerhöhungen und sonstigen Erfolgen teilhatten, wird in dem Bericht des Verbandes (obwohl er 541 Seiten umfaßt) nicht angegeben. In dieser Organisation, wie bei den meisten britischen Gewerkschaften überhaupt, erfährt die Statistik der Arbeitsbedingungen nicht die ihr zukommende Pflege.

Die günstigen wirtschaftlichen Verhältnisse, die 1913 in der Maschinenbauindustrie Großbritanniens herrschten, bewirkten, daß die Unterstützungseinrichtungen des Dampfmaschinenbauerverbandes im allgemeinen weniger in Anspruch genommen wurden als in den Vorjahren, und daß die Ausgaben beträchtlich hinter den Einnahmen zurückblieben. Die Gesamteinnahmen betrugen 1913 1 112 184 M. (1912: 934 279 M.). Die Ausgaben stiegen von 658 981 M. 1912 auf 809 342 M. 1913. Der Ueberschuß betrug 1912 275 298 M., 1913 302 842 M. Am Schlusse des letzten Jahres war ein Vermögen von 2 667 766 M. vorhanden (160,13 M. auf ein Mitglied).

Gegen 1912 zurückgegangen sind die Kosten der Reise- und Arbeitslosenunterstützung sowie der Altersinvalidenunterstützung; gestiegen sind 1913 die Ausgaben für Kranken- und Sterbegeld sowie für Notfallsunterstützung und Unfall-Invalidenabfindung.

Die Verteilung der Ausgaben in den Jahren 1912 und 1913 zeigt die folgende Tabelle:

	1912	1913
	Beträge in Mark	
Reiseunterstützung	4386	2811
Arbeitslosenunterstützung einschließlich Streikunterstützung	140312	91351
Altersunterstützung	216158	214624
Krankengeld	142514	176801
Sterbegeld	37210	40372
Invalidenabfindung	2040	5100
Andere Unterstützungen	4141	7285
Verwaltung und sonstiges	112220	270998
Zusammen	658981	809342

Die Kosten der Arbeitskämpfe können auf Grund des vorliegenden Berichts nicht gesondert angegeben werden.

Nicht einbezogen sind in den vorstehenden Beträgen der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung die auf Rechnung des Staats an die zwangsversicherten Mitglieder geleisteten Zahlungen, die aus dem staatlichen Versicherungsfonds rückvergütet werden. Wie bei den meisten anderen Gewerkschaften, so ist auch bei den Dampfmaschinenbauern das Erfordernis der Krankenunterstützung mit der Einführung der staatlichen Erwerbsunfähigenversicherung beträchtlicher gestiegen, als der Mitgliederzunahme entsprechen würde. Das ist wohl die Folge davon, daß sich nun auch an leichten Erkrankungen leidende Personen krank melden, während sie vordem, um den bedeutenden Einkommensausfall zu vermeiden, in der Regel die Arbeit fortsetzten. Die auf das Mitglied treffenden Kosten der Krankenunterstützung stiegen von 9,27 M. 1912 auf 10,54 M. 1913. Die Arbeitslosen- und Streikunterstützung erforderte 1912 auf ein Mitglied 9,05 M., 1913 nur 5,48 M. Die Kosten der Altersunterstützung betrugen 1912 14,03 M. und 1913 12,88 M. auf ein Mitglied. Bei allen übrigen großen Verbänden, die Altersinvalidenunterstützung zahlen, ist das Erfordernis auf ein Mitglied höher als bei den Dampfmaschinenbauern.

Der Abteilung für staatliche Erwerbsunfähigenversicherung, die dieser Verband gebildet hat, gehörten Ende 1913 rund 11 000 Mitglieder an; ein großer Teil der Verbandsmitglieder ist also für den Zweck der staatlichen Versicherung anderen Organisationen beigetreten. An staatlicher Krankenunterstützung wurden durch die Versicherungsabteilung des Verbandes 90 392 M. und an Mutterschaftsunterstützung wurden 28 645 M. ausgezahlt. Der Verband hat zwar keine weiblichen Mitglieder, doch wird nach dem Gesetz die Mutterschaftsunterstützung nicht nur den selbstversicherten ehelichen Müttern, sondern auch den nichtversicherten Ehefrauen versicherter Männer gezahlt. An staatlicher Arbeitslosenunterstützung zahlte der Verband seinen Mitgliedern 15 403 M. aus. S.

*

Streik der seefahrenden Metallarbeiter. Seit vier Wochen streiken seefahrende und solche Schlosser, die bei Anlegung von Schiffen auf Werften Reparaturen ausführen. Die Arbeiter verlangen eine Lohnerhöhung von 40 Schilling für den Monat für Schlosser erster Klasse und 30 Schilling für andere Schlosser. Der Streik wird geleitet von einem Komitee, zusammengesetzt aus den Hauptvorständen der Verbände der Maschinenbauer, der Dampfmaschinenbauer und des Vereins der seefahrenden Schlosser. Etwa 10 000 auf den Frachtschiffen beschäftigte Schlosser kommen in Betracht. Von einem einheitlichen Streik kann jedoch keine Rede sein, da viele Schiffe auf See sind. Sobald die Schiffe einlaufen, weigern sich die Schlosser, sich von neuem anwerben zu lassen. Die Verbände der Arbeiter haben Monate vor Ausbruch des Kampfes versucht, die Sache auf friedlichem Wege zu regeln. Diese Versuche scheiterten jedoch an der Halsstarrigkeit der mächtigen Unternehmer-Föderation des Schiffswesens und auch jetzt noch verharren die hinter der Föderation verschanzten Unternehmer auf diesem Standpunkt. Es sind jedoch bereits einzelne Siege zu verzeichnen, die Erfolge aber [illegible] B. B.

Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter

(V. a. G.), Hamburg.

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im Juni 1914.

Einnahmen:

Von Aachen 200 M. Altheikendorf 50. Amberg 800. Annweiler 100. Aplerbeck 80. Artern 100. Aschaffenburg 200. Audorf 80. Bamenohl 50. Bautzen 50. Berg.-Neukirchen 100. Berlin XI 200. Bernau 75. Bissingen 50. Bitterfeld 125. Breiten 100. Buchholz 150. Burg a. W. 100. Buschhütten 100. Büsendorf 140. Cannstatt 300. Cassel-Bettenhausen 100. Cöln-Poll 100. Cöln-Rondorf 100. Dansenberg 120. Dietrichsdorf 200. Döbeln 60. Dresden-Löbtau 300. Dresden-Plauen 100. Düren 450. Düsseldorf-Heerdt 100. Duisburg-Beeck 250. Duisburg-Laar 300. Duisburg-Meiderich I 700. Duisburg-Wanheim 150. Durlach 750. Eckernförde 70. Eibelstadt 150. Eilenburg 150. Einbeck 30. Elsterwerda 163. Eschweiler II 150. Faurndau 100. Fechenheim 100. Flensburg 300. Frankfurt a. M. 300. Frankfurt-Niederrad 150. Freiberg i. S. 120. Fürth 200. Gelsenkirchen 200. Göttingen 100. Gr.-Zschachwitz 150. Grünberg 250. Gütersloh 80. Hagen-Eppenhausen 75. Hamburg-St. Georg 100. Hamm i. W. 100. Haspe II 200. Heidelberg 100. Hennef 100. Höchberg 150. Hörde 200. Homberg a. Rh. 300. Ingolstadt 100. Kaitz 100. Kessenich 200. Kirchheim u. T. 80. Konstanz 200. Kulmbach 100. Kupferdreh 190. Lehe 200. Liblar 150. Lindau i. B. 80. Luckenwalde 50. Magdeburg-Friedrichstadt 85,50. Magdeburg-Salbke 120. Metzingen 40. Mußbach 100. Mühlenrahmede 50,39. Neureuth 150. Nordhausen 100. Oberndorf 100,05. Offenbach a. M. 200. Olching 170. Oranienburg 100. Oschersleben 60. Osterath 50. Pfeddersheim 200. Pfullingen 100. Potsdam 120. Randersacker 100. Remscheid I 300. Rheingönnheim 150. Rosenheim 130. Rosenthal 100. Roßwein 50. Rott 100. Rückersdorf 400. Schkeuditz 100. Schlebusch 250. Schmiedeberg 200. Schwerte 400. Siegen I 100. Solingen II 400. Spandau 900. Steele 200. Stockdorf 100. Stuttgart-Stöckach 200. Triberg 300. Uerdingen 50. Unterlenningen 150. Wehbach 100. Weiden i. B. 400. Weil im Dorf 100. Weilbach 100. Weisenau 50. Weißensee 100. Wesel 60. Westhoven-Ensen 150. Worringen 99. Zirndorf 150. Beiträge 1. Klasse 1062; 2. Klasse 331,60; 3. Klasse 67,50; 4. Klasse 15. Von Berufsgenossenschaften 21,68. Zinsen 7785,09. Mieten 494,89. Vergütung an Porto 40,29. Sonstige Einnahmen 74,13. Summa 30 105,12 M.

Ausgaben:

Nach Abenrade 300 M. Altbach 200. Alteneffen 100. Altwasser 75. Ammen 150. Anrath 50. Apolda 300. Attendorn 200. Aue b. D. 150. Augsburg 1500. Bamberg 150. Baumschulenweg 130. Beckum 50. Berghausen i. B. 100. Berlin I 400. Berlin II 1400. Berlin IV 500. Berlin VII 400. Berlin VIII 920. Berlin IX 1000. Berlin X 300. Berlin XII 200. Berlin XIII 600. Biberach a. R. 150. Birkenfeld 400. Bischofsheim 100. Bochum 300. Bremen 600. Bremen-Hastedt 200. Breslau 1000. Bruckhausen 200. Burg b. M. 100. Cassel-Wehlheiden 100. Charlottenburg 300. Chemnitz 300. Chemnitz-Glösa 50. Chemnitz-Kappel 200. Cöln-Nord 100. Cöln-Süd 600. Cöln-Bayenthal 150. Cöln-Deutz II 100. Cöln-Ehrenfeld 800. Cöln-Höhenberg 100. Cöln-Humboldkolonie 200. Cöln-Kalk 1600. Cöln-Lindenthal 100. Cöln-Rodenkirchen 200. Cöln-Sülz 150. Coburg 100. Conweiler 80. Coswig 100. Crefeld 200. Crumbach 120. Cüstrin 180. Dahlerbrück 100. Dattenfeld 100. Dellbrück 100. Delmenhorst 100. Deuben 200. Diemitz 100. Dingelstädt 75. Dinkelsbühl 200. Dresden-Naußlitz 600. Dresden-Pieschen 300. Dresden-Striesen 500. Düsseldorf-Bilk 500. Düsseldorf-Derendorf 300. Düsseldorf-Eller 300. Düsseldorf-Flingern 600. Düsseldorf-Grafenberg 270. Düsseldorf-Oberbilk 150. Düsseldorf-Obercassel 200. Düsseldorf-Wersten 150. Duderstadt 50. Edigheim 200. Eiringhausen 220. Ende 60. Erfurt 200. Eschweiler I 400. Essen I 400. Essen II 300. Essen IV 200. Feudenheim 200. Finsterwalde 150. Frankenberg i. S. 50. Frankenthal 500. Frankfurt-Bockenheim 200. Frankfurt-Bornheim 150. Frankfurt-Heddernheim 100. Frankfurt-Oberursel 200. Frankfurt-Sachsenhausen 100. Freiberg i. S. 60. Freiburg i. B. 800. Friedrichshagen 350. Fulda 60. Fürstenwalde 550. Gassen-Sommerfeld 120. Gelsenkirchen-Schalke 200. Gerasmühle 150. Gorbitz 200. Gotha 100. Groß-Ottersleben 240. Großenbaum 200. Grumbach 100. Gsteinach 100. Gummersbach 400. Hagen i. W. 300. Hagen-Altenhagen 350. Hagen-Selbecke 100. Hagsfeld 100. Halle-Nord 200. Halle-Süd 400. Hamborn 100. Hamburg-Barmbeck 250. Hanau 300. Hannover 550. Harburg 100. Haspe III 400. Hasbethal 150. Heddesheim 100. Heidelsheim 80. Heumar-Rath 100. Hockenheim 30. Höchst a. M. 100. Holzen 20. Horchheim 60. Hünge 150. Jöhlingen 50. Itter 400. Kaiserswerth 50. Karlsruhe 500. Kendenich 100. Kiel 200. Kitzingen 50. Königshardt 80. Kotzenau 300. Landshut 150. Lechhausen 200. Leipzig-West 400. Leipzig-Kleinzschocher 200. Letmathe 150. Liegnitz 150. Linden 400. Lottstetten 100. Ludwigshafen-Mundenheim 150. Magdeburg 300. Magdeburg-Buckau 800. Magdeburg-Cracau 100. Magdeburg-Fermersleben 600. Magdeburg-Neue Neustadt 300. Magdeburg-Sudenburg 800. Mainaschaff 150. Mannheim 300. Mannheim-Käferthal 200. Mannheim-Neckarvorstadt 900. Mannheim-Schwetzinger Vorstadt 300. Mannheim-Waldhof 200. Meggen 80. Memmingen 100. Merscheid 150. Merseburg 100. Minden i. W. 50. Mörsch b. Fr. 100. Mülheim-Ruhr 240. Mümling-Grumbach 120. München 1000. München-Gladbach 250. Muggensturm 60. Neckargartach 100. Neiße-Neuland 70. Neukölln 2000. Neumünster 50. Neuß 200. Niederhermsdorf 150. Niedervellmar 200. Nürnberg 1000. Oberhausen II 200. Oehringen 150. Ohle 110. Ohligs 400. Opladen 50. Osterode a. H. 150. Pankow 800. Pforzheim 1500. Plauen i. V. 400. Potschappel 400. Potsdam 150. Primkenau 100. Ratingen 75. Ravensburg 100. Reinickendorf-Ost 200. Reinickendorf-West 200. Remscheid II 800. Reutlingen 200. Rheinhausen 300. Rheydt 300. Rohrbach 100. Saarbrücken II 100. Salchendorf 160. Sandhofen 200. Schladern a. S. 60. Schönungen 125. Schönebeck 100. Selb 150. Siegen II 270. Sinn 50. Söllingen 100. Solingen I 300. Stammheim 100. Steglitz 300. Stettin 400. Sulz 100. Tegel 300. Torgau 60. Untergrombach 150. Unterliederbach 50. Urbach 150. Vohwinkel 300. Waldmichelbach 400. Walldorf 80. Wangen 61,50. Weddersleben 50. Weiden b. Cöln 210. Weingarten b. K. 200. Weingarten b. R. 200. Weißenfels 50. Wendelheim 100. Wettbergen 90. Wetter 400. Wiesbaden 300. Wilden 600. Wirghausen 100. Würm 100. Zeitz 150. Zeulenroda 200. Zwickau 100. Krankengeld 1. Klasse 1039,60; 2. Klasse 168,36; 3. Klasse 105,40. Beerdigungsgeld 3. Klasse 90. Zurückgezahlte Beiträge 1,20. Verwaltungskosten a) persönliche 4743,17; b) sächliche 1050,97. Sonstige Ausgaben 187,25. Summa 69 747,55 M.

Bilanz:

Ausgaben	69747,55 M.
Einnahmen	30105,12 „
Mehrausgaben	39642,43 M.
Kassenbestand am 1. Juni 1914	2652052,45 „
„ „ 30. „ 1914	2612410,02 M.

Sterbekasse für Mitglieder der „Allgemeinen Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter" (V. a. G., Hamburg) und deren Frauen.

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im 2. Quartal 1914.

Einnahmen:

Von Filialen eingesandt	23922,34 M.
Beiträge von Einzelmitgliedern	169,50 „
Zinsen	5812,50 „
Sonstige Einnahmen	11,05 „
Zusammen	29915,39 M.

Ausgaben:

An Filialen gesandt	9900,86 M.
Beerdigungsgeld	50,— „
Persönliche Verwaltungskosten	774,17 „
Sächliche „	320,53 „
Sonstige Ausgaben	19,— „
Zusammen	11064,56 M.

Bilanz:

Einnahmen	29915,39 M.
Ausgaben	11064,56 „
Mehreinnahmen	18850,83 M.
Kassenbestand vom 1. Quartal 1914	413834,93 „
Kassenbestand am Schlusse des 2. Quart. 1914	432685,76 M.

Alle für die Krankenkasse sowie für die Sterbekasse bestimmten Postsendungen sind stets nur an das Bureau der Kasse unter der Adresse: Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (V. a. G.), Hamburg 1, Besenbinderhof 70, zu richten.

Bei jeder Geldsendung an die Hauptkasse ist stets auf dem Coupon der Anweisung anzugeben, ob der Betrag für die Krankenkasse oder für die Sterbekasse bestimmt ist, und wenn für beide Kassen, dann wieviel für jede.

Mit Gruß

C. Butenuth, Hauptkassierer.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

Sonntag, 26. Juli:

M.-Gladbach-Rheydt. Elschenbroich, Limmittenstr., halb 11 Uhr.

Montag, 27. Juli:

Landsberg a. W. Tivoli, halb 9.

Dienstag, 28. Juli:

Rawitsch (Posen). Straube, 8 Uhr.

Mittwoch, 29. Juli:

Wetzlar. K. Schreier, Lahnstr., halb 9.

Donnerstag, 30. Juli:

Lübeck. Gewerkschaftshaus, halb 9.

Freitag, 31. Juli:

Karlsruhe (Bauschlosser.) Gambrinushalle, halb 9.

Samstag, 1. August:

Aschersleben. Prinz v. Preußen, 1/29.
Augsburg (Spengler). Prinz Karl, 8.
Barmen-Elberfeld (Elektromont.). Jos. Fabers, Barmen, halb 9 Uhr.
Barmen-Elberfeld (Knopfarbeiter). Gewerkschaftshaus, Barmen, 1/29.
Bergedorf. Deutsches Haus, halb 9.
Bernburg. Gewerkschaftshaus, 1/29.
Bitterfeld-Jeßnitz. Volkshaus, 1/29.
Bochum (Klempner u. Installateure). Pauli, Rottstr. 53, halb 9 Uhr.
Chemnitz (Bauklempner). Kulmbacher Bierhalle, halb 9 Uhr.
Delmenhorst. Hennicke, halb 9 Uhr.
Döbeln (Grav.). Muldenterrasse, 1/29.
Dortmund (Klempner u. Installat.) Lauferfiek, Auf dem Berge, halb 9 Uhr.
Dortmund-Unna. Bachmann, halb 9.
Elmshorn. H. Krause, halb 9 Uhr.
Emden. Hotel Bellevue, 1/29 Uhr.
Essen (Heizungsm.) Eiffelturm, halb 9.
Gaggenau. Volkshalle, halb 9 Uhr.
Görlitz (Gold- und Silberarbeiter). Binners Restaurant, halb 9.
Görlitz (Klempner u. Installateure). Namenlos, halb 9 Uhr.
Kneuttingen. Kreutler, Großstr., 8.
Lüneburg. Gewerkschaftsheim, halb 9.
Magdeburg (Elektromonteure). Lindigkeit, Bahnhofstr. 15b, halb 9.
Münster i. W. A. Brinkmann, Kr. Timpen, halb 9 Uhr.
Niesky. Deutscher Kaiser, Neu-Dendernitz, 8 Uhr.
Pforzheim (Bauschlosser). Klostermühle, 6 Uhr.
Saarbrücken 3. Tivoli, Gewerkschaftshaus, halb 9 Uhr.
Senftenberg. Stadtkeller, kl. Saal, halb 9 Uhr.
Wiesbaden. Gewerkschaftsh., halb 9.

Sonntag, 2. August:

Bernbg.-Könnern. Bürgergarten, 4.
Bonn a. Rh. (Heizungsmonteure.) Volkshaus, halb 11 Uhr.
Breslau (Hammerschmiede). Siehe Volkswacht, 10 Uhr.
Breslau (Installateure). Gewerkschaftshaus, halb 11 Uhr.
Cassel (Heizungsmonteure). Kleiner Stadtpark, 10 Uhr.
Chemnitz (Heizungsbranche). Volkshaus Kolosseum, halb 11 Uhr.
Erfurt (Heizungsmont.) Tivoli, 10.
Hannover (Elektrom.) Gewerksch., 10.
Karlsruhe (Heizungsmonteure und Helfer). Salmen, 10 Uhr.
Lübeck (Heizungsfach). Gewerkschaftshaus, 10 Uhr.
Merseburg-Rüchеln. Kasino, 5 Uhr.
M.-Gladb.-Dülken. Rintens, 1/211.
M.-Gladb.-Kaldenkirchen-Venlo. Hotel Huitgens in Venlo, 2 1/2 Uhr.
Neuwied a. Rh. Rhein. Frühstücksstube, 4 Uhr.
Osnabrück-Lengerich. Halb 11 Uhr.
Rostock (Elektrom.) Philharmonie, 10.
Saarbrücken (Heizungsmonteure u. Helfer). Gewerkschaftshaus, 11 Uhr.

Montag, 3. August:

Barmen-Elberf. (Klempn. u. Install.) Gewerkschaftshaus, Barmen, halb 9.
Crefeld (Heizungsm.). Volkshaus, 1/29

Dienstag, 4. August:

Crefeld (Elektromont.) Volkshaus, 1/29.
Halle a. S. (Elektromont.) Goldene Kette, Alter Markt, halb 9 Uhr.
Köln a. Rh. (Klempner u. Installat.) Volkshaus, Severinstraße, 1/29 Uhr.
Memel. Gewerkschaftshaus, 8 Uhr.

Mittwoch, 5. August:

Breslau. (Zigarettenmaschinisten.) Gewerkschaftshaus, 8 Uhr.
Döbeln-Hartha Stadt. Bleibe, 8 Uhr.
Hagen (Klempn.) Verbandshaus, 1/29.

Samstag, 8. August:

Dortmund-Aplerbeck. Wehr, Aplerbeck, halb 9 Uhr.
Dortm.-Lünen. Goldn. Löwen, 1/29.
Hagen-Haspe. Schneider, halb 9 Uhr.
Hagen-Rückelhausen. v. d. Höhe, 1/29.
Hag.-Westerbauer. Alter Fritz, 1/29.
Schwerin. Thalia, halb 9 Uhr.
Wolgast (Pommern). Schultz, halb 9.

Sonntag, 9. August:

Hagen. (Heizungsmont. u. Helfer). Verbandshaus, Neue Welt, 10 Uhr.

Vertrauensleutezusammenkünfte.

Chemnitz (Elektromont.). Samstag, 1. Aug., abends halb 9 Uhr, im Restaurant Nordpol.
Crefeld. Mittwoch, 5. August, abends 1/29 Uhr, im Volkshaus.
Dortmund. Donnerstag, 6. Aug., abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Lessingstraße.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.

Alfeld a. L.-Delligsen. Die Adresse des Vorsitzenden ist: Aug. Vespermann, Planstr. 3. Unterstützungen zahlt aus der Kassier: Fritz Albrecht im Vereinshause von vorm. 10 Uhr bis abends 7 Uhr, Sonntags bis 12 Uhr mittags. Verkehrslokal: Vereinshaus, Winzenburgerstr. 21.

Köln a. Rh. Reisegeld wird nur von 6 bis 7 Uhr abends ausbezahlt, Aufenthaltsunterstützung von Mai bis Oktober nur von 11 bis 12 Uhr vormittags. (Nicht wie im Adressenverzeichnis für Juli irrtümlich angegeben ist.) Lokalgeschenk wird nicht bezahlt.

Stuttgart-Cannstatt. Die ordentliche Generalversammlung findet nicht am 25. Juli, sondern 8 Tage später, am Samstag den **1. August** im Gewerkschaftshaus statt. Tagesordnung: Tätigkeits- und Kassenbericht vom zweiten Quartal. 2. Beratung der vorliegenden Anträge.

Werdau. Zum Geschäftsführer wurde Kollege Dietrich Rüter, Hannover, gewählt. Den übrigen Bewerbern besten Dank.

Gestorben.

Dortmund. Karl Schultz, Kesselschmied, 47 Jahre, Unfall.
München. Franz Mischke, Mechan., Lungenleiden (30).
— Mich. Raiser, Mechaniker, Darmtuberkulose (31).
— Jos. Riedl, Dreher, Herzlähm. (32).
— Anton Miethanner, Schlosser, Lungenleiden (33).
— Johann Fellner, Monteur, Nierenleiden (34).
— Max Ratzlsberger, Hilfsarbeiter, Lungenleiden (35).
— Josef Groß, Mechaniker, Lungenleiden (36).
— Wilh. Fischer, Spengler, Lungenleiden (37).
— Michael Mayer, Hilfsarbeiter, Lungenleiden (38).
— Karl Giesel, Former, Krebsl. (39).
— Josef Bräu, Schmied, Blutvergiftung (40).
— Richard Monat, Monteur, Lungenleiden (41).
— Georg Wagner, Dreher, Lungenleiden (42).
— Paul Koppold, Magenkrebs (43).
— Johann Hornauer, Monteur, Herzwassersucht (44).
— Adam Pretscher, Spengler, freiwilliger Tod (45).
— Ludwig Weber, Kernmacher, freiwilliger Tod (46).
— Ed. Mack, Installateur, Lungenleiden (47).
— Sebast. Scheitle, Schlosser, Herzschlag (48).
— Karl Kohlroser, Spengler, Herzschlag (49).
— Richard Prignitz, Mechaniker, freiwilliger Tod (50).
Zittau. Richard Maier, Schlosser, 23 Jahre, Lungentuberkulose.
— Ernst Fähne, Kernmacher, 46 J., Hirnschlag.

Privat-Anzeigen.

(Zuschriften betr. die Arbeitergesuche sind niemals an die Inserenten, sondern stets nur an den Verlag der Metallarbeiter-Zeitung zu richten.)

Tüchtige Graveure für Warmpreßformen u. Stanzen sofort in dauernde Stellung gesucht. 300] **Ernst Max Knecht, Solingen.**

301] Stellen besetzt. Bewerbern best. Dank. **Breitenfeld & Scholz**, Eiseng., Sorau, N.-L.

Geübt. Feilenschleifer, gel. Handh., f. dau. Beschäft. gef. **O. Löhner, Zella**, St. B. Thür.

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Cie., Buchdruckerei und Verlag. Stuttgart, Rötestraße 16 B.